DA
DIREKTE AKTION
anarchosyndikalistische Zeitung
H20318 · 34. JAHRGANG
209 | JANUAR/FEBRUAR 2012 EUR 1,50

Aus dem Inhalt

Betrieb und Gesellschaft

Betreuung als Verfolgung 3
Interview mit Anne Allex vom Arbeitskreis „Marginalisierte – gestern und heute“

Marginalisierung in Serie. 4
Für viele Menschen, die vor Ausgrenzung geflohen sind, setzt sich die Marginalisierung in Deutschland fort

Mit Angestellten spielt man nicht 7
Andauernder Konflikt mit Spielgerätehersteller Bally Wulff. Basisgewerkschaft fordert Weiterbeschäftigung ohne Verschlechterungen für Siebdrucker

Zeitlupe

Fallstricke nationaler Befreiung. 8
FLN gegen „Messalisten“: Die Unterdrückung rivalisierender Richtungen innerhalb der algerischen Unabhängigkeitsbewegung (1954-1962)

Globales

Vom Protestcamp zum Generalstreik 9
Die amerikanische Occupy-Bewegung entwickelt sich weiter

Sonne, Strand und Sexarbeit 10
Dass beim Sextourismus der Tourismus weiblich und der Sex männlich sein kann, zeigt das Beispiel „Karibik“

Amsterdam hat „ausgekrakt“ 11
Repression und Kriminalisierung von Hausbesetzungen im liberalen Holland

Hintergrund

Wundersame Stalinismusheilung durch Geschichtsphilosophie?. 13
Eine Besprechung des Buches *Jenseits von Staat, Macht und Gewalt* von Abdullah Öcalan

Kultur

Transzendental meditierend auf dem Friedenspfad. 15
Ein Gespräch mit William T. Hathaway, ehemaligem GI im Vietnamkrieg und bereits seit langem Friedensaktivist.

WWW.DIREKTEAKTION.ORG

Direkte Aktion · Schwanthaler Str. 139 Rgb, 80339 München
Deutsche Post AG · PVSt · „Entgelt bezahlt“ · VKZ H20318

Hau bloß ab!

Zunehmend werden soziale Gruppen marginalisiert und stigmatisiert. Der Kampf gegen sie bewegt sich zwischen autoritären Reflexen und kapitalistischem Normalvollzug

Kapitalismus produziert nicht nur Krisen, sondern auch beständig Elend. Von der Lohnarbeit in die Leiharbeit, von der Prekarität in die Erwerbslosigkeit, in die private Insolvenz, an den Rand, ins Nichts. Selbst in Zeiten verstärkter sozialer Widersprüche wie in der gegenwärtigen Krise gelingt es Teilen der Gesellschaft, das produzierte Elend effektiv auszublenden. Dabei werden diejenigen, die im Schatten der Gesellschaft leben müssen, nicht einfach nur zu Unberührbaren. Sie werden regelrecht zum Feindbild.

Soziale Gruppen werden ausgeschlossen und marginalisiert, wenn sie für die Gesellschaft angeblich keine Funktion, keine Bedeutung, keinen Nutzen mehr haben. Allein ihre Existenz wird schon zum Affront. Illegalisierte, Obdachlose, TrinkerInnen, Prostituierte oder auch Indigene und SlumbewohnerInnen – sie sind von Teilhabe ausgeschlossen, werden verfolgt und vertrieben oder schlichtweg draußen gehalten aus den Plastik-Fantastik-Welten. Niemand will sich mit dem auseinandersetzen, was zum Kapitalismus fest dazugehört.

In Verbindung mit autoritären Ideologien und Regierungstechniken kann diese Marginalisierung den Charakter einer peinigenden Bestrafung annehmen. Dieser Kampf gegen Marginalisierte wird zumeist mit objektiven Rechtfertigungen verschleiert. Nicht selten wird suggeriert, es geschehe, um den Betroffenen zu helfen, etwa wenn in einem vorgeblichen Kampf gegen Zwangsprostitution SexarbeiterInnen schikaniert oder DrogenkonsumentInnen unter dem Vorwand der Suchtbekämpfung kriminalisiert werden.

Die Zahl der Wohnungslosen in Deutschland wird derzeit auf ca. 250.000 geschätzt. Obwohl Wohnungslosigkeit eine urbane Realität ist, ist vor allem in den Zentren des Konsums, die uns eine heile, prachtvolle Welt präsentieren, die Empfindlichkeit gegen „Störer“ besonders hoch. Der „Durchschnittsfamilie“ soll ein entspannter Rahmen für Konsum und Reproduktion geboten werden. Aber auch unter Brücken, in Gassen und an sonstigen Plätzen hängen keine Willkommensschilder. Sichtbares Elend ist dem Konsum und der Vermarktung, aber auch dem Image von Gemeinden oder Stadtteilen wenig zuträglich. Hierbei spielt die heiß diskutierte Gentrifizierung mit in die Marginalisierungsprozesse hinein.

Seit Jahren nimmt die Vertreibung von Obdachlosen an einschlägigen Orten zu. Bahnhöfe, innerstädtische Einkaufsmeilen bis hin zu ganzen Quartieren werden zu No-Go-Areas für unpassende Gruppen. In Hamburg versuchte der SPD-Rechtsaußen Markus Schreiber zuletzt, Obdachlose von einer Brücke in St. Pauli zu vertreiben. Er ließ einen drei Meter hohen Zaun errichten. Nur heftiger Protest zwang ihn dazu, den Zaun ein paar Wochen später wieder abzubauen. Der notorische Wille bleibt. Und nicht nur in Hamburg, in dutzenden Großstädten ist mittlerweile eine rigide Praxis zu beobachten, mit der die Öffentlichkeit von unliebsamen Gruppen „befreit“ werden soll.

In Konsequenz können diesen Gruppen auch die letzten Nischen in der Gesellschaft genommen werden. Das zeigt das Beispiel Ungarn. So wurde zuletzt in der Hauptstadt Budapest nicht nur Obdachlosigkeit faktisch kriminalisiert – nicht ohne vorher eine Anzahl von Unterkünften für Wohnungslose zu schließen –, sondern auch das „Mülltauchen“, das Suchen nach Essbaren in den Abfällen der Supermärkte, unter eine relativ schwere Strafe gestellt. Dies geschieht vor dem Hintergrund eines neu eingeführten Arbeitsdienstes für sozial Deklassierte und einer explodierenden Gewalt von neonazistischen Schergen gegen Obdachlose, Roma und andere marginalisierte Gruppen unter der nationalkonservativen Fidesz-Regierung.

Vielerorts wird ein Klima erzeugt, in dem Marginalisierte als Schuldige verschiedenster Missstände erscheinen. Wenn die Gesellschaft durch ökono- mische und soziale Widersprüche instabil zu werden droht und autoritäre Vorstellungen und Ressentiments die gesellschaftlichen Diskurse durchdringen, bedarf es offenbar jener „Prügelknaben“. Die Dynamik dieses rasend erscheinenden Ausgrenzungs- und Disziplinierungswahns potenziert sich mit jedem Tritt, den man nach unten weiter geben kann. Dabei wird das makabere Spiel mit den Marginalisierten zu einem zusätzlichen Machtfaktor. Denn mit der Projektion der Wut auf die schwächsten der Gesellschaft wird von den eigentlichen Ursachen der sozialen Missstände abgelenkt.

Sebastien Nekyia

Mehr zum Thema „Marginalisierung und Minderheiten“ auf den Seiten 1, 3, 4, 8, 10, 11, 12-13, 14, 16.

Durchbruch im Süden

Deutschland macht die Demontage Griechenlands zu einem Modell für Europa

Der 28. Oktober, der „Óxi-Tag“, ist Nationalfeiertag in Griechenland. An diesem Tag hatte der faschistische Diktator Metaxás 1940 durch sein „nein“ (óxi) ein Ultimatum seines italienischen Kollegen Mussolini zur kampflosen Übergabe des Landes zurückgewiesen. Die italienischen Faschisten marschierten ein und wurden durch den Widerstand der griechischen Armee und der Bevölkerung geschlagen. Die erste Niederlage der Achsenmächte im Zweiten Weltkrieg. 1941 besetzten weit überlegene deutsche Truppen das Land. Bis zur Befreiung 1944 wurden zehntausende GriechInnen grausam ermordet, hunderttausende verhungerten. Zurück blieb ein zerstörtes Land.

Dass 2011, bei den Paraden am „Óxi-Tag“, griechische Honoratioren und PolitikerInnen als „Verräter“ beschimpft, mit Deutschlandfahnen verfolgt, gejagt und zum Teil geschlagen wurden, verdeutlicht die Wut vieler GriechInnen auf die einheimische Elite. Es ist auch ein Hinweis auf ihr Verhältnis zum mächtigsten Staat der EU. Nach zwei Jahren kapitalistischer Verarmungspolitik, die maßgeblich von Deutschland gegen breite Bevölkerungsschichten Griechenlands durchgesetzt wurde, liegen die Nerven blank. Dass der in Athen eingesetzte Leiter der EU-Task-Force, Horst Reichenbach, der bei der Umsetzung der durchgeprügelten Sparpakete und Privatisierungsgesetze helfen soll, Deutscher ist, passt ins Bild. Viele GriechInnen verweisen auf die Gräuel während der deutschen Besatzung, für die bis heute keine Reparationszahlungen geleistet wurden. Andere betonen süffisant die erste Silbe in *Reich*enbachs Namen, um Assoziationen mit den Nationalsozialisten zu wecken.

Da die Regierung in Athen nun auch die restlichen Staatsbetriebe verhökern soll, wirbt Reichenbach um Vertrauen: „Ein guter Investor sucht immer nach günstigen Gelegenheiten“. Fügt er dann noch hinzu, dass Griechenland derzeit „großartige Gelegenheiten“ biete, wird dies zu Recht als Drohung verstanden: Als solle die Niederlage der Deutschen im Zweiten Weltkrieg nun durch einen wirtschaftlichen Raubzug wettgemacht werden.

Als „Durchbruch zur Stabilitätsunion“ feierte Angela Merkel noch im November das Ergebnis des EU-Gipfels. Dort haben sich die Staaten der Eurozone zu „strikter Haushaltsdisziplin“ verpflichtet; „Verstöße gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt“ führen ab sofort zur automatischen Einleitung eines Defizitverfahrens. Der seit zwei Jahren in Griechenland mit brutaler Polizeigewalt durchgesetzte soziale Kahlschlag soll so – durch eine völkerrechtliche Sonderregelung neben den EU-Verträgen – zum bindenden Modell in der EU werden.

Ralf Dreis (FAU Frankfurt)

Catwalk

Du Opfer!

Sich Schwache als „Opfer“ herauszusuchen, sie zu demütigen und zu schikanieren, ist kein besonderer Charakterzug migrantischer Jugendlicher, wie es manche Boulevard-Medien gerne darstellen. Mobbing – zuweilen bis zum Tod – ist schlichtweg Alltag auf den Gängen des Kapitalismus.
Die DA widmet sich in dieser Ausgabe den Prozessen sozialer Marginalisierung und dem Kampf gegen Marginalisierte und Minderheiten. Alles zu unserem Schwerpunktthema auf den Seiten 1, 3, 4, 8, 10, 11, 12-13, 14, 16.

Kein Opfer dem Standort!

Um der verschärften kapitalistischen Ausplünderung in der Krise einen breiteren Widerstand entgegenzusetzen, fand Anfang Dezember ein internationales Koordinierungstreffen antiautoritärer, anarchistischer und linksradikaler Organisationen und anarchosyndikalistischer Gewerkschaften in Frankfurt am Main statt.
In einem ersten Schritt wird nun fern ab von Standortnationalismus und Heuschreckenhetze zu einem antikapitalistischen Aktionstag am 31. März mobilisiert. Achtet auf Ankündigungen auf www.fau.org!

Kauf dich glücklich!

Fritz Scherer, einem anarchistischen Vagabunden, zu Ehren hat der Wanderverein Bakuninhütte die Gedenkschrift „Rebellen-Heil“ herausgegeben (zu Scherer siehe auch S. 14 & 16). Das Buch enthält – neben Lebenserinnerungen und vielen Fotos – eine DVD mit dem zweiteiligen Dokumentarfilm „Landstraße, Kunden, Vagabunden“ von Klaus Trappmann.

Wanderverein Bakuninhütte (Hg.): „Rebellen-Heil“.
64 Seiten, Broschur, durchgängig s/w-Bilder, mit DVD (120 Min).
Für 19,80 Euro.
ISBN: 978-3-87956-350-0.
Zu bestellen auf: www.bakuninhuette.de.

FAU-Ticker

+++ Auch dieses Jahr beteiligten sich AktivistInnen verschiedener FAU-Syndikate an den Proteste gegen den Atommülltransport nach Gorleben. Dieser war mit über 120 Stunden der längste Transport bislang +++ Am bundesweiten Aktionstag gegen den Spielgerätehersteller Bally Wulff gab es in acht Städten Aktionen von lokalen FAUistas und UnterstützerInnen. Mehr zu diesem Konflikt auf Seite 7 +++ Die FAU Leipzig engagiert sich für einen Stolperstein, mit dem an Artur Holke (FAUD) erinnert werden soll. +++ Ein kurdisches Mitglied der FAU Berlin hatte mit einer Verfassungsbeschwerde vor dem Kammergericht Berlin gegen seine menschenverachtende Fesselung Erfolg. Mehr auf Seite 4 +++ Endlich Sommer! Unter diesem Motto findet am 21. Januar wieder eine Soliparty für die Gewerkschaftsarbeit der FAU Berlin statt. Ort ist das Zielona Gora in Friedrichshain. Näheres auf www.fau.org/berlin +++ Am 5. Januar startet die FAU Freiburg ihre gewerkschaftliche Beratung mit einer Infoveranstaltung. Ort ist das Strandcafé auf dem Grether-Gelände, Adlerstraße 12 +++ Das Treffen der ASJ-Kampagne „jung und billig" ist jeden 1. und 3. Donnerstag im Monat im Lokal der FAU Berlin. Die Kontaktadresse ist info@minijob.cc +++ Weiteres aus der FAU in den Meldungen auf Seite 7 +++

Zugegeben, das Cover dieser Ausgabe zeigt ein besonderes Beispiel für Marginalisierung. David Lynchs „Elefantenmensch" erzählt die Geschichte eines körperlich stark missgebildeten Mannes und dessen Streben nach sozialer Akzeptanz. Gerade eine körperliche „Verunstaltung" kann zu besonders scharfer Ausgrenzung führen, wovon etwa auch der Film-Klassiker „Freaks" handelt. Menschen werden allerdings aus verschiedensten Gründen an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Soziale Marginalisierung geht i.d.R. mit ökonomischen Misslagen einher, die die Existenz gefährden. Obdachlosigkeit, in der jetzigen Jahreszeit lebensgefährlich, ist ein zugespitzter Ausdruck dessen.

Marginalisierte haben sich ihr Leid selbst zuzuschreiben, meinen viele. Sie seien „Versager", die ihre Leistung nicht erbracht hätten. Während die Medien sich über Jugendliche entrüsten, die sich „Opfer" herauspicken und drangsalieren, lebt der Kapitalismus tagtäglich das Prinzip des sozialen Terrors vor: Sozial Schwache werden schonungslos gepeinigt, und wenn sie hilflos am Boden liegen, wird nachgetreten.

Mit dieser Ausgabe der DA *wollten wir uns verschiedenen Formen von Marginalisierung widmen. Alle konnten wir gewiss nicht abdecken. So war es leider nicht möglich, spezifisch auf die Ausgrenzung etwa von Menschen mit Behinderung einzugehen oder z.B. auf die Probleme der Heimkinder. Auch ein Blick auf Initiativen und Projekte, die sich gegen Marginalisierungen stemmen, wäre von Interesse gewesen, muss aber leider entfallen.*

Dafür haben wir uns die Frage nach dem Verhältnis von Marginalisierten und Minderheiten gestellt. Oftmals werden ja ganze ethnisierte Gruppen marginalisiert. Diese Marginalisierung setzt sich häufig auch nach einer Flucht fort. Das zeigen wir etwa am Beispiel der Roma. Aber auch für andere, die gegen ihre Marginalisierung gekämpft haben und letztlich flüchteten, geht die Peinigung weiter. Sie bekommen, wie im geschilderten Fall eines kurdischen Flüchtlings, die deutschen Behörden als verlängerten Arm ihres Herkunftslands zu spüren.

Der Kampf von marginalisierten Minderheiten wirft auch die Frage nach Befreiung auf. Immer wieder musste sich die Linke der „nationalen Frage" stellen. Dies führte zur Unterstützung von separatistischen oder antikolonialen Kämpfen, deren emanzipatorischer Charakter fragwürdig war und die häufig nur neue Despotien hervorgebracht haben. Dieses Kapitel der europäischen Linken wurde nie adäquat aufgearbeitet, noch heute setzen sich „befreiungsnationalistische" Positionen fort. Wie sich Anarchismus und Syndikalismus zu dieser heiklen Frage verhalten haben, versuchen wir in der „Zeitlupe" und im „Hintergrund" zu beleuchten.

Dabei kamen aber auch Bauchschmerzen bei uns auf. Es wird nämlich auch der nationale Befreiungskampf der KurdInnen thematisiert. Seit wenigen Jahren ist von einem Strategiewechsel der Bewegung die Rede, in den libertäre Positionen eingeflossen sein sollen. Für uns stellte sich die Frage, wie dieser Strategiewechsel theoretisch grundiert ist. Dafür haben wir uns das zentrale Buch Abdullah Öcalans vorgenommen, was durchaus etwas Überwindung abverlangte. Freilich ist mit einer Begutachtung dieses Werkes nicht alles gesagt. Um dessen Inhalt einzuordnen, ist es notwendig, die theoretischen Positionen mit der reellen Praxis der Bewegung zu kontrastieren. Das war hier nicht zu leisten, wird aber hoffentlich noch folgen. Die geneigten LeserInnen sind deshalb dazu angehalten, Öcalans Positionen selbst zu bewerten. So viel Zumutung darf sein.

Eure Redaktion „Betrieb & Gesellschaft"

Lokalföderationen, Syndikate und Kontakte der Freien Arbeiter/innen-Union (FAU-IAA)

REGION NORD

Bad Segeberg... Kontakt: <fause@fau.org>
Bielefeld ..... FAU Lokalföderation Bielefeld/OWL, c/o BI Bürgerwache e.V., Rolandstr. 16, 33615 Bielefeld. Offenes Treffen jeden 2. Montag (ungerade Kalenderwoche) ab 19.30h, Raum 102 in der „Bürgerwache". AGs und Syndikate siehe www.fau-bielefeld.de.vu <faubi@fau.org>
Braunschweig .. FAU Braunschweig, c/o Wohn- und Kulturprojekt Nexus, Frankfurter Straße 253, 38122 Braunschweig. Offener Abend jeden letzten Donnerstag im Monat ab 20:00Uhr. <faubs@fau.org>
Bremen ..... FAU-IAA Bremen, c/o Kurzschluss e.V., Lahnstraße 16, 28199 Bremen, <fauhb@fau.org>, (0151) 17 93 52 90, www.fau-bremen.tk, www.bremer-aktion.tk; Syndikat der Lohnabhängigen und Erwerbslosen (SLE-FAU), <sle-hb@fau.org>
Flensburg..... FAU Flensburg, c/o Infoladen Subtilus,Norderstraße 41,24939 Flensburg, www.fau-fl.org, <fau-flensburg@fau-fl.org>
Hamburg ..... FAU-IAA Hamburg, Fettstraße 23, 20357 Hamburg. Offenes Treffen: freitags 19 bis 21 Uhr, <fauhh@fau.org>, (040) 43 22 124
Hannover ..... FAU Hannover, UJZ Korn, Kornstraße 28-30, 30167 Hannover. Treffen jeden Di. 21.00 Uhr, letzten Di. im Monat offener Abend ab 20.00 Uhr, Allgemeines Syndikat, <fauh@fau.org>, 2. Di im Monat 21.00 Uhr, Gewerkschaft Gesundheitsberufe (GGB), <ggb-hannover@fau.org>, 2. Di im Monat 21.00 Uhr
Kiel ..... FAU Kiel, Postfach 20 61, 24019 Kiel, <fauki@fau.org>
Wismar..... FAU Westmecklenburg, c/o Tikozigalpa, Doktor-Leber-Straße 38, 23966 Wismar, <fauhwi@fau.org>, fauwm.systemausfall.org

REGION OST

Altenburg ..... Kontakt über Leipzig
Berlin ..... FAU Berlin, Lottumstr. 11, 10119 Berlin (U2 Luxemburg-Platz/U8 Rosenthaler Platz), <faub@fau.org>, www.fau.org/berlin, (030) 287 008 04. Offenes Büro freitags 16.00–20.00 Uhr. Infoveranstaltung für Interessierte und Neumitglieder „FAU – Wie funktioniert das?", 1. Fr. im Monat, 19.00 Uhr. Allgemeines Syndikat (ASy), 2. Mi. im Monat 19.00 Uhr. (war: Gesundheit): Sektion Sozialwesen, 3. Mo im Monat 19.00 Uhr <faub-soziales@fau.org>. Sektion Kultur, letzter Fr. im Monat 19.00 Uhr <faub-kultur@fau.org>. Sektion Bildung, 1. & 3. Di. im Monat 19.30 Uhr <faub-bildung@fau.org>, Sektion Bau und Technik, 3. Mo im Monat 19.00 Uhr, <faub-bautec@fau.org>
Dresden..... FAU Dresden, IT-Kontakt: <it-l@fau.org>, <faudd@fau.org>, SMS: (0151) 25 11 45 04
Gransee..... Kontakt über Berlin
Halle/Saale..... VAB FAU Halle, Ludwigstraße 37, 06110 Halle, <fauhal@fau.org>, Offenes Treffen: sonntags 19.00 Uhr Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>
Ilmenau ..... Kontakt über Meiningen
Leipzig ..... VAB FAU Leipzig – und Landkreise Leipzig und Nordsachsen, c/o „Libelle", Kolonnadenstr. 19, 04109 Leipzig. Präsenzzeit: donnerstags 17.00 – 18.00 Uhr, <leipzig@fau.org>, Tel. (0341) 22 46 650, Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>, IT-Kontakt: <it-l@fau.org>
Magdeburg ..... FAU Magdeburg, <faumd@fau.org>, c/o „Blaue Welt Archiv", Thiemstr. 13, 39104 Magdeburg.
Meiningen ..... FAU Südthüringen, Postfach 100139, 98601 Meiningen, <fausm@fau.org>
Potsdam ..... Kontakt über Berlin
Südwestsachen FAU-Vernetzung für Chemnitz, Erzgebirgskreis, Mittelsachsen, Vogtlandkreis und Zwickau: <fau-sws@fau.org>, Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>

REGION WEST

Aachen ..... FAU Aachen, <info@fau-aachen.net>, www.fau-aachen.net, Tel. (0176) 87519975
Bonn ..... FAU Bonn, Wolfstraße 10 (Hinterhaus), 53111 Bonn-Altstadt. Treffen jeden Mi. 20.00 Uhr, außer am ersten Mittwoch im Monat. (0228) 90 93 171, <faubn@fau.org>, www.fau-bonn.de
Dortmund ..... FAU Dortmund c/o „Langer August", Braunschweiger Str.22, 44145 Dortmund, (0231) 84 04 71-1 (AB), (0231) 84 04 71-2 (Fax), <faudo@fau.org>
Duisburg..... FAU Duisburg, Schwarz-Roter Stammtisch: Jeden ersten So. im Monat um 19.00 Uhr im „Ostende", Oststr. 64, 47057 Duisburg-Neudorf, Info-Telefon und SMS: (0179) 325 86 48, <faudu@fau.org>, www.fau-duisburg.tk
Düsseldorf ..... FAU Düsseldorf, Allgemeines Syndikat, Postfach 10 24 04, 40015 Düsseldorf, Fax: (01212) 5 110 29 174, Fon/SMS: (0179) 32 586 48, <faud@fau.org>, www.fau-duesseldorf.org
Köln ..... FAU Köln, Öffentliches Treffen: jd. 2. Mi im Monat 19 Uhr, Kontakt über <fauk@fau.org>
Krefeld ..... Kontakt über Duisburg
Moers ..... FAU Moers, c/o „Barrikade", Bismarckstr. 41a, 47443 Moers
Münster..... FAU Münsterland, c/o Interkulturelles Zentrum Don Quijote, Scharnhorststr. 57, 48151 Münster, Treffen 2. bis 5. Di. im Monat ab 20.00 Uhr <faums@fau.org>, www.fau-muensterland.de
Solingen ..... FAU Solingen, Postfach 10 08 02, 42608 Solingen, Treffen 14-tägig sonntags um 15 Uhr, <fausg@fau.org>, www.fau.org/ortsgruppen/solingen/

REGION SÜD

Aschaffenburg. Kontakt über Frankfurt
Darmstadt ..... FAU Darmstadt, c/o Oettinger Villa, Kranichsteiner Straße 81, 64289 Darmstadt, <fauda@fau.org>
Dreieich ..... Kontakt über Frankfurt/M.
Frankfurt/M. ... FAU Frankfurt, c/o DFG/VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main, sonntags 19.00 Uhr, Treffen: sonntags 19.00 Uhr. Offenes Büro: donnerstags 19.00 bis 21.00 Uhr <fauffm@fau.org>
Freiburg ..... FAU Freiburg, <faufr2@fau.org>, Treffen: jeden ersten Freitag im Monat ab 20 Uhr, KTS, Baslerstr. 103 Jeden dritten Freitag ab 20 Uhr in der Fabrik e.V., Habsburgerstr. 9, (Cafe im Hauptgebäude 1.OG links – nicht mit der Kneipe im Vorderhaus verwechseln!).
Karlsruhe ..... FAU Karlsruhe, www.fau-karlsruhe.org, <fauka@fau.org>, Treffen jeden 1.Samstag im Monat 16.00 Uhr, Viktoriastr.12 (Hinterhof), 76133 Karlsruhe
Kassel..... Kontakt über <fauffm@fau.org>
Lich..... FAU Lich, Postfach 1215, 35420 Lich, <fauli@fau.org>
Ludwigshafen .. FAU-Gründungsinitiative: faumalu@fau.org
Mainz..... Kontakt über Frankfurt/M.
Mannheim ..... FAU-Gründungsinitiative: faumalu@fau.org
Marburg..... Treffen montags ab 19.00 Uhr bei Radio Unerhört Marburg, R.-Bultmann-Str. 2b., <faumr@fau.org>
München ..... FAU Lokalföderation München, Schwanthaler Str. 139 (Rgb.), 80339 München, http://www.fau-m.de/, <faum@fau.org>, Allgemeines Syndikat: jeden zweiten Mittwoch (ungerade Kalenderwochen) ab 19 Uhr
Neustadt/W..... FAU Neustadt/Weinstraße, 67433 Neustadt/Weinstraße, (01578) 16 77 780 , <faunw@fau.org>
Nürnberg ..... FAU Nürnberg c/o Armer Teufel, Bauerngasse 14, 90443 Nürnberg, <faun@fau.org>
Saarbrücken .... Kontakt über Neustadt/W
Stuttgart..... FAU Stuttgart, Postfach 10 14 19, 70013 Stuttgart, <faus@fau.org>, (01578) 17 81 177, Treffen jeden 1. und 3. Donnerstag im Monat, 19 Uhr
Wiesbaden ..... GNLL-Kontakt, über Frankfurt/Main

AG Jugend & ASJ

Berlin ..... ASJ Berlin, Lottumstraße 11 c/o FAU Berlin, 10119 Berlin <asj-berlin@riseup.net>, www.asjberlin.blogsport.de Vollversammlung: Jeden Dienstag 18.00 Uhr, Treffen der Jung und Billig Kampagne: 1. und 3. Do. im Monat 19.00 Uhr <info@minijob.cc>, www.minijob.cc
Bielefeld ..... ASJ Bielefeld (Selbamachen), Infoladen Anschlag, Heeper Str. 132, 33607 Bielefeld <selbamachen@riseup.net> www.selbamachen.blogsport.eu Treffen: Jeden Dienstag 18.30 Uhr
Bonn ..... ASJ Bonn, Le Sabot c/o ASJ Bonn, Breite Straße 76, 53111 Bonn, <asjbonn@riseup.net>, asjbonn.blogsport.de Offenes Treffen: 1. Mi. im Monat, im Netzladen, Wolfstr. 10
Göttingen ..... ASJ Göttingen, Nikolaikirchhof 7 c/o Buchladen Rote Straße, 37073 Göttingen, <asjgoe@riseup.net>, www.asjgoe.blogsport.de
Herne/ ..... ASJ Herne/Recklinghausen, Wickingstr.7
Recklinghausen c/o Schwarz & Weidensdorfer Gbr. 45657 Recklinghausen, <asjruhrgebiet@riseup.net>, www.asjruhrpott.blogsport.de
Köln ..... ASJ Köln, <asjköln@riseup.net> www.asjkoeln.blogsport.de
Leipzig ..... ASJ Leipzig, Kolonnadenstr. 19 04109 Leipzig, Plenum: Jeden Montag um 20.00 Uhr, Tel./Fax: 0341/22 46 650 <asj-leipzig@googlegroups.com>, www.asjl.blogsport.de
Mainz..... ASJ Mainz, <asjmz@hotmail.de> www.asjmainz.blogsport.de
Moers ..... ASJ Moers, Barrikade: Verein zur Förderung alternativer Kultur und Kommunikation e.V., Bismarckstr. 41a, 47443 Moers <asjmeors@riseup.net>, www.asjmoers.blogsport.de
NRW ..... Regionalföderation NRW, <asj-nrw@riseup.net> www.asjnrw.blogsport.de

Bundesweite Branchen-Koordinationen

Bildungswesen: <bsy-public-info@list.fau.org>
Branchen-Homepage zur Leiharbeit: www.fau.org/leiharbeit
Gesundheits- und Sozialwesen, Lebensmittel und Landwirtschaft, IT: Regionale Kontakte siehe www.fau.org/syndikate

Regionalkoordinationen

Nord: Hannover <reko-nord@fau.org> | West: Düsseldorf <reko-west@fau.org>
Ost: Berlin <reko-ost@fau.org> | Süd: Frankfurt/M. <reko-sued@fau.org>

Geschäftskommission der FAU-IAA

FAU-IAA, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main, <geko@fau.org>

Internationales Sekretariat der FAU-IAA

FAU-IAA, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main, <is@fau.org>

Internationale ArbeiterInnen-Assoziation (IAA)

IAA/IWA/AIT-Sekretariat, Oslo (Norwegen), Secretariat of the International Workers Association, Boks 1977, Vika, 0121 Oslo, NORVÈGE, Tel./Fax: 0047 22 30 06 40, <secretariado@iwa-ait.org>, www.iwa-ait.org

Schweiz

Bern ..... FAU Bern, Quartiergasse 17, CH-3013 Bern, www.faubern.ch

Österreich

Föderation der ArbeiterInnen-Syndikate (FAS) – www.syndikate.at
Die FAS besteht aus:
.. Allgemeines Syndikat Wien, c/o „Hängematte", Stiftgasse 8, 1070 Wien, <allgemeines@syndikat-wien.org>
.. Allgemeines Syndikat Oberösterreich, Infoladen Wels c/o ASOÖ, Anzengruberstr. 8, 4600 Wels, Tel. +43 (0)650 69 32 864, <syndikat_ooe@linuxmail.org>
.. ArbeiterInnen Syndikat Wissens-Industrie (AS:WI), Stiftgasse 8, 1070 Wien, <aswi@lnxnt.org>
.. Libertäre Initiative Sozial Arbeitender (LISA) c/o „Hängematte", Stiftgasse 8, 1070 Wien, <lisa.syndikat@linuxmail.org>, www.lisasyndikat.wordpress.com

Betreuung als Verfolgung

Interview mit Anne Allex vom Arbeitskreis „Marginalisierte – gestern und heute“

Der Arbeitskreis „Marginalisierte – gestern und heute“ hat sich mit der Verfolgung der sog. „Asozialen“ in der NS-Zeit und den bundesdeutschen Kontinuitäten im Umgang mit sozialen Randgruppen befasst. Der Arbeitskreis führte zahlreiche Informations- und Gedenkveranstaltungen durch und gab den Band „Ausgesteuert – ausgegrenzt … angeblich asozial“ heraus. Das Buch thematisiert die Diskriminierung von Frauen und Mädchen, die Unterdrückung von Heimkindern, die Repression gegen Strafgefangene und die Verfolgung von Bettlern, „Widerständigen“ und „Gemeinschaftsfremden“ im historischen Spannungsfeld der deutschen Sozialpolitiken. Die DA *sprach mit der Mitherausgeberin Anne Allex.*

Welche sozialen Gruppen meint ihr heute, wenn ihr von Marginalisierten sprecht?

Wir zählen dazu sowohl die „besonderen“ Gruppen wie Erwerbslose, Kranke, Menschen mit Behinderungen, Inhaftierte oder Haftentlassene, MigrantInnen, Flüchtlinge, Papierlose, Verschuldete, Wohnungslose, Suchtkranke und viele andere, die überwiegend von sehr geringen Sozialleistungen abhängig sind oder gar nicht erst welche bekommen. Im weiteren Sinne aber auch Erwerbstätige im sog. Niedriglohnsektor bzw. prekär Beschäftige, die nicht kontinuierlich in sozialversicherungspflichtigen Vollzeitstellen beschäftigt werden, etwa mies verdienende FreiberuflerInnen, KünstlerInnen oder Gewerbetreibende.

Was zeichnet diese Gruppen aus, was haben sie gemeinsam, damit sie sich als Marginalisierte fassen lassen?

Marginalisierung heißt heute vor allem Ausschluss aus einem verhältnismäßig guten Leben, das keine Sorge wegen zu wenig Geld kennt. Dies ist das eigentliche Hauptthema aller Marginalisierten, die wir meinen. Sie eint ihre Einkommensarmut. Die erlaubt es ihnen und ihren Kindern nicht, sorgenlos Lebensmittel, moderne Bekleidung, Bücher, Zeitschriften, Zeitungen oder neue technische Geräte einzukaufen, spontan ins Kino, Theater, zur Ausstellung, zum Sport oder zum Konzert zu gehen. Urlaub zu machen ist finanzieller Luxus und für viele Gruppen wegen Residenzpflicht selten möglich. Und diese Ausgrenzung wird nicht alleine – wie gern behauptet wird – mit der „Teilhabe“ an der Erwerbsarbeit überwunden. Dass die „Teilhabe an der Erwerbsarbeit“ allein gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht, ist eine Lüge, die kaschiert, dass es massenhaft zu schlecht entlohnter Jobs gibt. Zudem werden alle marginalisisierten Gruppen enorm angegriffen durch Medien und Politik.

Romantisierte Marginalisierte. Um die Hoboes, vagabundierende Gelegenheitsarbeiter in den USA, herrscht ein regelrechter Kult.

Es gibt sicherlich verschiedene Qualitäten oder Formen von Marginalisierung. Unterliegen bestimmte Gruppen besonderen Marginalisierungsmechanismen?

Nicht die Leute mit ihren „besonderen Merkmalen“ sind das Problem, sondern die öffentlichen und privaten Arbeitgeber, die sie extrem ausbeuten, unterdrücken und um Lohn betrügen. Sicherlich gibt es mehrere Marginalisierungsmerkmale bei den eingangs Aufgezählten. Zum Beispiel: Über 50-jährige Erwerbslose sind mitunter verschuldet, wohnungslos oder suchtkrank. Die Ausgrenzung wegen der Herkunft, die medial angeheizt wird, zeigt sich vor allem im Verwaltungshandeln. Auch die Gruppe der Trans-Menschen wird schwer diskriminiert. Mein Eindruck ist, dass Behinderung und Krankheit die stärksten Ausgrenzungskriterien sind.

Wie bewertet ihr dabei das Zusammenspiel von Sozialchauvinismus und Rassismus?

Sozialchauvinismus ist für mich eine Spielart des Rassismus – der Nützlichkeitsrassismus. Hier wird behauptet, dass Erwerbslose und Nichterwerbsfähige faul in den Tag hinein leben würden. Diese Behauptung stinkt zum Himmel, denn Erwerbslose gehen sehr oft kleinen Gelegenheitsjobs und 400-Euro-Jobs nach. Nichterwerbsfähige nach SGB XII müssen häufig bis zu achtstündige Akkordarbeit in Schwerbehindertenwerkstätten leisten, für Auto- oder Elektrokonzerne, in sog. sozialrechtlichen Beschäftigungsverhältnissen. Ebenso werden zunehmend Inhaftierte aus Vollzugsanstalten für Anlern- und Facharbeitertätigkeiten bei Autokonzernen beschäftigt und haarsträubend ausgebeutet. Sozialchauvinismus ist umkehrt Wohlstandschauvinismus. Ganz nach dem Motto: „Eure Armut kotzt mich an“. Es wird alles abgewertet und Menschen, ohne konkretes Wissen um die einzelnen Personen, eine „Minderwertigkeit“ und ein „unnützes Dasein“ attestiert. Deshalb führt Sozialchauvinismus zu gruppenbezogenen Rassismen, die als Projektionen und wohl behütete Verblendungszusammenhänge aufrechterhalten und gespeist werden.

Ihr arbeitet insbesondere zu marginalisierten Gruppen in der Vergangenheit. Gibt es in Deutschland eine Wirkungskontinuität in den sozialen Marginalisierungsprozessen?

Beim Arbeitskreis stehen im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit die sog. Asozialen im deutschen Faschismus, die weder in der DDR noch in der BRD als Opfer des Nationalsozialismus anerkannt oder entschädigt wurden. Das erscheint uns wenig verwunderlich, weil ja das deutsche Arbeitsethos ungebrochen existiert. Es zeigt sich nach wie vor in einem ganzes Set von Arbeitszwangsmaßnahmen, die mit der Scheinbehauptung gerechtfertigt werden, die Menschen in Arbeit integrieren zu wollen. Dabei gibt es Ausschlussmechanismen, wie etwa Sanktionen, die Androhung der Nichtweiterzahlung von Sozialleistungen, die Einleitung psychologischer Gutachten, die Wege in die Wohnungslosigkeit, in den Knast oder in die Psychiatrie bedeuten können. Die ständige Bedrängung von ALG-II-Berechtigten mit Bewerbungs-Beschäftigungs-Therapien mit Androhung von Leistungskürzungen nennen wir deshalb auch schon lange „Verfolgungsbetreuung“.

Spielen Marginalisierungsprozesse bei der deutschen Krisenbewältigung eine Rolle?

Natürlich. In Wirtschafts- und Währungskrisen wächst generell die Erwerbslosigkeit, wie das in Spanien gut sichtbar ist und in Deutschland seit Jahren immer stärker verschleiert wird. Wenn die Regierung die Banken finanziell speist und Milliardenpakete dazu nutzt, wirtschaftlich schwächeren Ländern die Streichung von Arbeitsrechten und Sozialleistungen zu diktieren, damit unter anderem deutsche Konzerne dort möglichst steuerfrei agieren können, dann muss das von jemandem bezahlt werden. Und das trifft auch die Lohn- bzw. Transferleistungsabhängigen in Deutschland. Die Ausbeutung der griechischen Lohnabhängigen geht mit einer Ausbeutung der Lohnabhängigen hierzulande einher, wie sie in der bundesdeutschen Geschichte einmalig ist. Diese Entwicklungen stoßen tausendfach Menschen in Armut und Elend. Zwangsumzüge, die wachsende Wohnungslosigkeit von Frauen und Kindern und die Unterversorgung von mindestens zwölf Millionen Menschen in diesem Land sind einige Indizien dafür, dass die aktuelle Krisenbewältigung eine Erweiterung von Marginalisierungsprozessen bedeutet.

Wie ist die aktuelle Entwicklung historisch einzuordnen?

Meines Erachtens handelt es sich um einen „Roll-Back“ der Lebens- und Arbeitsbedingungen von Lohnabhängigen. Dieser geht einher mit einer Umstrukturierung und Expansion des Kapitals, das seine Verwertungsbedingungen zu verbessern sucht. Dabei wandeln sich Sozialversicherungen in Versicherungskonzerne, erlangt die private Rentenversicherung prioritäre Bedeutung, werden Wohnungen durch Privatisierung und Bodenspekulation für Einzelne unerschwinglich etc. Die Konzerne nutzen jede Möglichkeit der Investition: Aufkauf der Allmende, Privatisierungen, Kommerzialisierung sozialer Angebote usw. Zunehmend stehen Verwaltungen – sei es das Jobcenter oder das Jugendamt – den Menschen feindlich gegenüber. In dieser Entwicklung zeichnen sich zunehmend die Konturen einer Diktatur der Konzerne ab, wie sie bereits sehr deutlich in Chile, Honduras, Mexiko und Kolumbien zu erkennen ist.

Vielen Dank für das Gespräch.

Interview: Marius Paszieka

Kolumne Durruti

Das Umland von Jena hatte für mich etwas Exotisches. Anders lässt sich nicht erklären, warum ich mit Freunden häufiger in die bedrückende Thüringer Peripherie fuhr, wo wir uns in einem verfallenen und noch bedrückenderen Bauernhof einquartierten. Von dort aus unternahmen wir Expeditionen in andere Dörfer – unseres bestand nur aus wenigen Häuschen, in denen angeblich Leute wohnen sollten –, um Konzerten mit Cover-Bands, Dorffesten mit Cover-Bands und Vereinsfeiern mit Cover-Bands beizuwohnen. Zum festen Inventar dieser Veranstaltungen gehörte scheinbar auch eine größere Horde von Menschen, die für jeden erkennbar der Gattung der Neonazis angehörten. Die Feste verliefen immerhin friedlich – es gab schließlich keine „fremdartig“ Ausschauenden, deren Anwesenheit belästigte. Auch in der breiten Masse gab es keine Anwandlungen sozialer Abweichung. Den Nazis gegenüber war man wohlwollend.

Wer hier outfittechnisch durch das „Zecken“-Raster fällt, kann erfahren, wie erstaunlich schnell Nazis zutraulich werden. In sogenannten Unterhaltungen muss man lediglich das Banalstmögliche sagen. Zustimmung ist garantiert. Eine kleine Legende – ich bin (deutscher Name) aus (entfernte deutsche Stadt; für die ganz Selbstbewussten kommt die Schlesien-Nummer in Frage) und gerade zu Besuch, stolzer Deutscher, besorgt um die Heimat etc. – und die Kumpanei beginnt. Man erfährt etwas über den Thüringer Heimatschutz, lernt unkonventionelle Ansichten zur Geschichte kennen und erhält verblüffend simple Lösungsvorschläge für die Probleme der Gegenwart.

Diese Gespräche verlaufen allesamt nach Schema F. Ich weiß, wovon ich rede. Mein Vater, selbst ein Knecht an der Maschine, aber in erster Linie Chauvinist, hatte, als ich jünger war, mit neonazistischen Einstellungen nicht gegeizt. Man muss ihm zugutehalten, dass er heute Menschen nur noch in zweierlei Kategorien unterteilt: in Arschlöcher und größere Arschlöcher, wie er sagt. Die Schimpfe auf „Kanaken“ hat er aufgegeben. Er hat festgestellt, dass er selbst nur ein armer Tropf im Räderwerk ist. Viele machen heute jedoch die umgekehrte Entwicklung. Hochzeiten in der Provinz sind dafür ein guter Indikator: Am Tisch wird viel geredet, vorwiegend geschwallt: all das, was man von den Thüringer Festzelten her kennt. Und zwischen zwei Schluck Bier wird präventiv festgestellt, dass man das doch wohl noch sagen werden dürfe. Aus den Herren spricht nämlich die „Lebenserfahrung“, wie sie betonen.

Nun wäre die Welt sicherlich ein besserer Ort, wenn Lebenserfahrung wirklich zu mehr Weisheit unter den Menschen führen würde. Männer, wohlgemerkt vom Typus Ringer, die frequentiert ausländerfeindliche Sprüche vor sich her rülpsen, den allgemeinen Stresspegel durch Pöbeleien erhöhen, um dies in chauvinistischen Schunkelliedern kulminieren zu lassen, zeugen nicht gerade davon. Es sei hiermit davor gewarnt, diese Kulmination ihrer Lebenserfahrungen anzufechten, sei es mit Worten oder einem Bierkrug. Der Mahnende gerät schnell in die Rolle des Outlaws, und je nach Verlauf werden dann auch mal Fantasien geäußert, in denen der Störenfried am Galgen hängen soll.

Es ist schon ein verdrehtes Kreuz, dass der Nazi von heute mit seiner Identität zu tragen hat. Er kreiert sich ein Feindbild, das er bezichtigt, ungebildet, unzivilisiert und gewalttätig zu sein und zeigt sich selbst meist in Gestalt eines bildungsresistenten „Asi“, der seine Mitmenschen animalisch bekeift und immer öfter auch traktiert. Warfen nicht schon die Nazis der alten Schule ihren jüdischen Feinden vor, herrschsüchtig, asozial und hinterhältig zu sein, nur um selbst nach der Weltmacht zu greifen, Menschenmassen für sich arbeiten zu lassen und sie und ihre wehrlosen Kinder niederträchtigst zu ermorden? Als ob sie auf andere projiziert hätten, was sie selbst in sich trugen. Und so ist womöglich auch das blühende Feindbild des „Kanaken“ nur ein Spiegel der deutschen Seele selbst.

Pasqual Schänke

TERMINE

☞Berlin

Sa. 21. Januar, 22.00 Uhr
Zielona Gora, Grünberger Straße 73
Kult: „Endlich Sommer!“
Soliparty zugunsten der gewerkschaftlichen Arbeit der FAU Berlin

Sa. 28. Januar, 21.00 Uhr
KvU, Kremmener Straße 9-11
Kult: „Solikonzert gegen Repression“
Berlinska Droha spielen für das geräumte Hausprojekt Liebig 14

☞Freiburg

Fr. 5. Januar, 19.00 Uhr
KTS, Baseler Straße 103
Info: „FAU – Wie geht das?“
Infoveranstaltung über die Funktionsweise der Basisgewerkschaft und anschließende gewerkschaftliche Beratung

Fr. 27. Januar, 19.30 Uhr
KTS, Baseler Straße 103
Info: „2 Jahre kapitalistische Kahlschlagpolitik in Griechenland“
Ralf Dreis, Übersetzer und freier Journalist in Griechenland und Deutschland berichtet von den Entwicklungen der letzten zwei Jahre.

☞Halle

Fr. 13. Januar, 19.00 Uhr
VL, Ludwigstraße 37
Buchvorstellung: „Gegen die Arbeit“
ArbeiterInnenkämpfe in Barcelona und Paris 1936-38

☞Kiel

Sa 25. Februar, 10.00 Uhr
Kulturzentrum Hansa 48
Info, Küche, Kultur: Street Art zwischen Revolte, Repression und Kommerz
Siehe Randspalte S. 15

☞Leipzig

Do. 12. Januar, 20.00 Uhr
Libelle, Kolonnadenstr. 19
Buchvorstellung: „Gegen die Arbeit“
ArbeiterInnenkämpfe in Barcelona und Paris 1936-38.

☞Ludwigsburg

So. 29. Januar, 19.00 Uhr
Demokratisches Zentrum Ludwigsburg, Wilhelmstraße 45/1
Info: „Schocktherapie – Zur Lage in Griechenland“
Ralf Dreis, Übersetzer und freier Journalist in Griechenland und Deutschland berichtet von den Entwicklungen der letzten zwei Jahre.

Weitere Termine auf www.direkteaktion.org/termine

Anzeige

Anzeige

Anzeige

graswurzel revolution

www.graswurzel.net

Monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft

„Die 'Graswurzelrevolution' lässt sich vom Siegeszug des Kapitalismus nicht beirren." (Frankfurter Rundschau)

„Ein Blick in die Graswurzelrevolution zeigt dir ein anderes Bild der Welt ... Obwohl deutlich gemacht wird, in welch krankem System wir leben, zeigt die GWR immer wieder, dass auf der ganzen Welt Menschen dagegen kämpfen." (Plastic Bomb 67, 7/09)

„...ultimativ beste Bewegungszeitung, die 'Graswurzelrevolution'." (BI Hamm, 5/2011)

Probeheft kostenlos. Abo: 30 Euro (10 Ausgaben)

GWR-Vertrieb, Birkenhecker Str. 11, D-53947 Nettersheim. Tel.: 02440/959-250, Fax: -351, abo@graswurzel.net

GWR Nr. 365, Jan.: „Auf der Straße, auf der Schiene"; Anti-Atom-Kraft; Occupy; Sabotage im Alltag; Götterdämmerung für den S21-Widerstand?; Comic: Schlapphüte stoppen!; Libyen: Wem sollen wir glauben?; Antifa; Antimilitarismus; Anarchie; For ever black. Nachruf auf Georg Kreisler, u.v.m.

Marginalisierung in Serie

Für viele Menschen, die vor Ausgrenzung geflohen sind, setzt sich die Marginalisierung in Deutschland fort

In vielen Ländern dieser Welt sind ganze Bevölkerungsgruppen, oft „ethnische" Gruppen genannt, von Marginalisierung betroffen. Es handelt sich dabei zumeist um Minderheiten, die die von einer mehrheitlichen Bevölkerungsgruppe des Nationalstaats ausgegrenzt werden. Hier zeigt sich der Wirkungszusammenhang von Marginalisierung und Rassismus ganz deutlich. Gerade bei sog. autochthonen Minderheiten entwickeln sich daraus häufig ein eigenes Nationalgefühl und separatistische Ambitionen. Die KurdInnen insbesondere in der Türkei sind dafür ein gutes Beispiel. Ein anderes Ventil im Umgang mit der eigenen Marginalisierung ist für viele Menschen die Migration. Doch in den sog. „Aufnahmeländern" unterliegen die Geflohenen neuen und oftmals auch ähnlichen Ausgrenzungen. Ihre Marginalisierung setzt sich somit fort.

Das Beispiel der Roma

Dies trifft auf einen großen Teil der MigrantInnen in Deutschland zu, gerade auf die Illegalisierten, denen gar die deutlichste Form der Marginalisierung droht: die Unterbringung im Lager, mittellos und unter der Gefahr der Abschiebung. Ein etwas anderes, spezifisches Beispiel sind etwa die Roma. In ganz Europa sehen sie sich verstärkter Verfolgung ausgesetzt: vom alltäglichen Abschiebesystem, das Roma aus Nicht-EU-Ländern trifft, über die Räumung ihrer Siedlungen in Frankreich und Übergriffe in Italien bis hin zu regelrechten Pogromen, etwa in Tschechien, Ungarn oder Bulgarien. In Deutschland hat der Antiziganismus noch keine eskalativen Formen angenommen, virulent ist er dennoch. Er schwingt im Alltag in Form des „Zigeuner"-Bilds mit und wird durch Medien mit Berichten über verwahrloste und bettelnde Roma angeheizt.

Die Situation der Roma ist geprägt von multiplen Ausgrenzungsmechanismen: politische Regelungen und rassistische Normen haben Auswirkungen auf ihre ökonomischen Möglichkeiten und wirken auf die soziale Situation der Roma zurück. Sie sind häufig von Wohnungsnot betroffen. Die überwiegende Mehrzahl der Roma im Bundesgebiet, die keine deutsche Staatsbürgerschaft haben, besitzt keinen regulären Aufenthaltstitel, sondern wird lediglich geduldet und ist offiziell „ausreisepflichtig".

Insgesamt wird die Zahl der dauerhaft in Deutschland lebenden Roma auf etwa 80.000 bis 120.000 Personen geschätzt. Allein im Berliner Stadtteil Neukölln soll es nach Schätzungen des Berliner Senats 15.000 bis 20.000 Roma geben. Viele von ihnen sind EU-Bürger. Denn nachdem Rumänien und Bulgarien im Jahr 2007 der EU beigetreten waren, wanderten viele der dort marginalisierten, zuweilen auch verfolgten Roma nach Westeuropa aus, unter anderem nach Deutschland. Zumindest die Niederlassung zu wechseln, so viel Freizügigkeit wurde ihnen gewährt. Darüber hinaus sind Roma aus Rumänien und Bulgarien in Deutschland jedoch EU-Bürger zweiter Klasse. Schließlich hatte Deutschland davon Gebrauch gemacht, die Einführung der vollen „Arbeitnehmerfreizügigkeit" für Menschen aus diesen Ländern bis 2014 aufschieben zu können. Daher haben viele Roma trotz EU-Bürgerschaft keine Arbeitserlaubnis in Deutschland (siehe „Bloß jeglichen Anreiz vermeiden", DA. Nr. 207).

Foto: Christian Horn

Exemplarisch für die Situation von Flüchtlingen in Deutschland – das Asylbewerberheim am Stadtrand von Zella-Mehlis zwischen Wald und Gewerbegebiet isoliert von der restlichen Bevölkerung

Die Hermetik der Marginalität

Marginalität ist für sie ein fast schon geschlossener Kreislauf, ein Teufelskreis sozusagen. Ohne Arbeitserlaubnis und ohne Anspruch auf Sozialleistungen (abgesehen vom Kindergeld), werden sie in die Illegalität gedrängt, sei es in Form von Kriminalität, sei es in Form von Prostitution oder illegaler Beschäftigung. Dabei sind sie weitestgehend auf schlecht bezahlte Gelegenheitsarbeiten angewiesen, die in der Regel nicht ausreichen, an der Gesundheitsversorgung teilzuhaben. Erschwerend kommt hinzu, dass den Roma auch in den Botschaften ihrer Herkunftsländer, die für sie etwa in Sachen Krankenversicherung zuständig sind, ebenso der Wind der Diskriminierung entgegenschlägt. Und ist es ohne finanzielle Mittel ohnehin schon schwierig, an akzeptablen Wohnraum zu gelangen, erschweren gerade die Vorurteile gegen Roma für diese die Wohnungssuche enorm. Denn bei vielen VermieterInnen gelten diese als verwahrlost, nomadisch oder gar kriminell. Die legale und saubere Anmietung einer Wohnung wird so fast unmöglich. In Konsequenz sind viele Roma auf informelle Mietverhältnisse angewiesen.

Diese Wohnungen sind meist nicht nur überbelegt, sondern auch überteuert. In Konsequenz ist selbst dies für einige Roma nicht zugänglich. Auf dieses Problem machten im Sommer verschiedene linke und gewerkschaftliche Gruppen in München aufmerksam, wo es Proteste gegen das Wohnungsamt gab, das Mietwucher und Obdachlosigkeit fördere, wie die KritikerInnen anführten. Damit wurden etwa 1000 bulgarische ArbeiterInnen unterstützt, die unter extrem prekären Bedingungen leben müssen. Aufgrund verwehrter Arbeitserlaubnis und eingeschränkter Freizügigkeit haben sie kein Anrecht auf Sozialleistungen und leben häufig auf der Straße, in Autos oder in speziellen Unterkünften mit völlig überteuerten Preisen: 250 Euro Miete pro Kopf in einem Vier-Personen-Zimmer sind da keine Seltenheit.

Ebenso im vergangenen Sommer für Aufsehen sorgten in diesem Zusammenhang mehrere Roma-Familien in Berlin. Über mehrere Wochen campierten sie in einem öffentlichen Park im Stadtteil Kreuzberg, solange, bis ihnen einen neue Unterkunft zur Verfügung gestellt wurde. Der Fall sorgte für eine Diskussion über die Wohnungsnot der Roma. Aber auch hier überwog wieder die Annahme, die Roma seien selbst schuld an ihrer Lage. Mit ihrem rückständigen und unzivilisierten Verhalten würde sie niemand als MieterInnen oder Nachbarn haben wollen. Ausgeblendet wird dabei stur, dass vieles, das den Roma in Deutschland vorgeworfen wird, eben gerade mit ihrer bitteren Armut zusammenhängt. Auch, dass sie die Sozialsysteme ausnutzen würden, wird ihnen weiter unterstellt, obwohl sie ja vielfach keine Leistungen beanspruchen können. Schließlich lautet die inoffizielle Devise der Nation in Bezug auf Roma ungebrochen: Bloß jeglichen Anreiz vermeiden. Um die Niederträchtigkeit dieses Manövers zu übertünchen, scheint es wohl nötig, jegliche Verantwortung auf die Betroffenen selbst abzuwälzen.

Ferencz Bartók

Der lange Arm der türkischen Justiz

Quasi-Folter in Moabit – Verfassungsgericht gibt kurdischen Flüchtling recht

Die Mühlen der Justiz mahlen. Vor allem langsam. Fünf Jahre nach dem Klein-Guantanamo für ein Mitglied des damaligen Kultursyndikats der FAU Berlin hat der Berliner Verfassungsgerichtshof das örtliche Kammergericht ins Unrecht gesetzt. Das oberste Gericht erklärte die tagelange Fesselung des traumatisierten Flüchtlings für rechtswidrig. Doch der Fall ist noch nicht abgeschlossen.

Im September 2006 hatte die Berliner Polizei den kurdischen Flüchtling Dervis Orhan festgenommen. Der damals im Kultursyndikat organisierte Schildermaler sollte an die Türkei ausgeliefert werden. Vollstreckt worden wäre damit das Unrechtsurteil eines türkischen „Staatssicherheitsgerichts", das eben den Grund für das Asyl des Kollegen darstellte: In der türkischen Republik war Orhan 1997 zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Bis ihm 2003 die Flucht in die Bundesrepublik gelang, war er bereits mehr als elf Jahre lang in türkischen Gefängnissen inhaftiert, davon drei Jahre in Einzelhaft, und mehrfach schwer gefoltert worden. Seither leidet Orhan an einer posttraumatischen Belastungsstörung, die ihn im Alltag schwer behindert.

Doch mit der Verhaftung nicht genug. Fünf Tage und Nächte lang war der Kollege allein in einem Kellerraum der Krankenabteilung der JVA Moabit untergebracht. In diesem Raum ohne Tageslicht war Orhan durchgängig mit Metallfesseln an beiden Beinen und der rechten Hand in Rückenlage an eine Pritsche „fixiert". Zwangshaltungen wie diese zählen zu Foltermethoden, die international geächtet sind.

Die FAU Berlin machte damals gemeinsam mit verschiedenen Initiativen und Anwälten den Fall öffentlich (siehe *DA* Nr. 178). Als Orhan am siebenten Tag seiner Inhaftierung endlich medizinisch untersucht wurde, stellte der Anstaltsarzt fest, dass durch die Inhaftierung eine schwere Retraumatisierung eingetreten war und ein lebensbedrohlicher Zustand kurz bevorstehe. Daraufhin wurde der Flüchtling und Gewerkschafter wegen Haft- und Verwahrunfähigkeit sofort auf freien Fuß gesetzt.

Die juristische Aufarbeitung dieses Falles ist bis heute nicht beendet. Zwar lehnte das Kammergericht den Antrag auf Auslieferung Orhans in einem späteren Verfahren ab. Es erklärte aber alle Maßnahmen, denen Orhan ausgesetzt war – insbesondere die Inhaftierung ohne richterlichen Beschluss und die methodisch als Folter zu bezeichnende „Fixierung" –, für rechtmäßig. Mit der jetzigen Entscheidung hat der Berliner Verfassungsgerichtshof das Kammergericht in deutlichstem und ausdrücklichstem Maß als unqualifiziert und die Grundrechte verletzend gerügt. Das Kammergericht hätte die Fesselung schon deshalb nie rechtfertigen dürfen, weil die Anstalt den erforderlichen Antrag auf Genehmigung einer solchen Maßnahme nie gestellt hat. Der Verfassungsgerichtshof legt dem Kammergericht schwerste Verletzungen seiner Aufklärungs- und Prüfungspflichten zur Last.

Bereits 2010, ein Jahr zuvor, hatte das Bundesverfassungsgericht festgestellt, dass auch die Inhaftierung zur Prüfung einer Auslieferung richterlicher Prüfung und Beschlussfassung bedarf. Die Inhaftierung von Orhan kann demnach, so sein Anwalt, nichts anderes als rechtswidrig gewesen sein. Denn es gab im September 2006 weder einen richterlichen Beschluss noch irgendeine rechtliche Prüfung, sondern lediglich die Verfügung eines Bereitschaftsrichters, der Flüchtling solle in die JVA Moabit gebracht werden. Dieses Vorgehen scheint jedoch der jahrzehntelangen Praxis in derartigen Verfahren zu entsprechen. Ein endgültiges Urteil steht in dieser Sache noch aus.

Der Flüchtling und Kollege Orhan wohnt derweil in Mecklenburg, wo er seinen Kampf für ein Bleiberecht fortführte. Im Sommer 2010 musste er wieder zum Mittel des Hungerstreiks greifen, um die Behörden auf Trab zu bringen. So gelang es ihm, nach der Anerkennung als politischer Flüchtling eine Niederlassungserlaubnis zu erhalten und endlich in Sicherheit zu leben.

André Eisenstein

DA Direkte Aktion anarchosyndikalistische Zeitung

Abonnement

c/o FAU München
Schwanthaler Str. 139 Rgb
80339 München
da-abo@fau.org
www.direkteaktion.org

Ich will folgendes Abo haben:

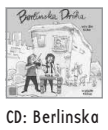
- ☐ 6 Ausgaben-/1 Jahr (Euro 9,–)
- ☐ 12 Ausgaben-/-2 Jahre (Euro 18,–)
- ☐ Förderabo – 12 Ausgaben (Euro 25,-)
- ☐ 6 Ausgaben Ausland /-1 Jahr (Euro 12,-)
- ☐ 12 Ausgaben Ausland /2 Jahre (Euro 24,-)

WiederverkäuferInnen:

Schickt mir bitte _____ Ex. zum Wiederverkauf (Mind. 3 Ex.75 Cent pro Heft zzgl. Porto auf Rechnung)

2-Jahres-NeuabonnentInnen können zwischen folgenden Geschenken wählen (ankreuzen):

☐
T-Shirt (rot) mit Brustlogo, Größe L, Ladyshirt M

☐ 
CD: Berlinska dróha - um die ecke**

☐

Comic: Ostberlin

direkte aktion 209

Meine Anschrift

Vor- und Nachname

Straße/Postfach

PLZ, Ort

Geld:

Mit der ersten Nummer erhaltet ihr eine Rechnung, auf der eure Kundennummer vermerkt ist (bitte als Verwendungszweck angeben). Das Abo gilt ab dem Zeitpunkt, ab dem eure Überweisung auf unserem Konto eintrifft.

Direkte Aktion · Konto 32 33 623
Landesbank Baden-Württemberg Stuttgart,
BLZ 600 501 01
Für SEPA-Überweisungen aus dem Ausland:
IBAN (Kto.): DE93 6005 0101 0003 2336 23
BIC (BLZ): SOLADEST

Gleich schlechter Lohn

Mit dem Mindestlohn in der Leiharbeit werden die Niedriglöhne gesetzlich zementiert

Seit Anfang Dezember ist es offiziell: Es wird ab diesem Jahr einen branchenspezifischen Mindestlohn für LeiharbeiterInnen geben. Die Berliner *Taz* feierte das bereits Mitte November: „Jetzt können die rund 900.000 Leiharbeiter hoffen". Diese Hoffnung besteht in einem Lohn von 7,89 Euro in West- und von 7,01 Euro in Ostdeutschland

– in dieser Höhe ausgehandelt von den DGB-Gewerkschaften, die in der Öffentlichkeit doch eigentlich immer für einen Mindestlohn von 8,50 Euro eintreten, und festgenagelt bis Oktober 2013. Dann dürfen sich Gewerkschaften und Leiharbeitsverbände wieder an einen Tisch setzten und neu verhandeln.

Das ist ein allgemeines Manko der Mindestlöhne, nicht nur in Deutschland: Sie sind, genau wie Tarife, Verhandlungssache. Die Regierung spricht dem Verhandlungsergebnis lediglich einen gesetzlichen Status zu. Und da es bei den Verhandlungen um ein Minimum geht, wird auch nie besonders viel dabei herumkommen.

Equal pay in Scheibchen

Die Einführung eines Mindestlohns für LeiharbeiterInnen hatte die Bundesregierung bereits im März 2011 beschlossen. Nötig geworden war dies auch, nachdem die CGZP, die Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften für Zeitarbeit, für nicht tariffähig befunden wurde. Dass es bis jetzt gedauert hat, über diesen Mindestlohn zu entscheiden, lastet die *Taz* einer Verzögerungstaktik der Leiharbeitsverbände, insbesondere der IGZ (Interessengemeinschaft Zeitarbeit), an. Diese hätten allerdings gar keinen Grund, die Verhandlungen mit den DGB-Gewerkschaften über die Höhe des Mindestlohns zu verzögern, liefert dieser doch die Rechtssicherheit, auch bei fehlenden Tarifverträgen um die Gleichbezahlung (equal pay) mit Festangestellten herumzukommen.

So hat die IG Metall in Friedrichshafen mit der Leiharbeitsfirma ZF AG erstmals einen Tarifvertrag mit Equal-Pay-Regelung abgeschlossen, der offiziell im Dezember in Kraft getreten ist. Der Haken an der Sache: „Ein Ausstieg ist möglich, wenn es gesetzliche Regelungen oder einen Flächentarifvertrag, der dies beinhaltet, geben sollte" (*Südkurier* vom 21. November 2011). Der Ausstieg wäre also mit Einführung des „Mindestlohns" möglich.

IG Metall und IG BCE versuchen nun, sich gegenseitig mit flächendeckenden Equal-Pay-Forderungen zu übertrumpfen, die in den nächsten Tarifrunden ausgehandelt werden sollen. Die IG BCE hat bereits Anfang Dezember eine entsprechende Vereinbarung mit den Leiharbeitsfirmen getroffen, die im Chemiebereich tätig sind. Danach soll der ungleiche Lohn „stufenweise" abgebaut werden. Es ist schon fragwürdig, etwas „auszuhandeln" oder erst „stufenweise" einzuführen, das eigentlich längst europaweit gesetzlich geregelt ist. Das ist aber gleichzeitig auch der Hintergrund, warum sich hier plötzlich recht viel tut: Die EU tritt der deutschen Bundesregierung allmählich auf die Füße. ArbeitsrechtlerInnen gehen denn auch davon aus, dass die Gleichbezahlung nur noch eine Frage der Zeit ist. Mit Mindestlöhnen auf unterem Niveau wie auch mit deren stufenweisen Einführung versucht die Leiharbeits-Meute dies noch hinauszuzögern. Die Anerkennung einer stufenweisen Angleichung der Löhne spekuliert natürlich darauf, dass kaum LeiharbeiterInnen so lange in einem Betrieb bleiben, dass sie in den Genuss gleicher Bezahlung kämen.

Von der Leiharbeit zum Werkvertrag

Noch verheerender ist allerdings der Vorschlag aus Reihen der CDU, welcher von Seiten des christdemokratischen „Arbeitnehmerflügels" im November geäußert wurde, nämlich diesen „branchenspezifischen" Niedriglohn als Messlatte für einen allgemeinen Mindestlohn anzusetzen. Das würde nicht nur endgültig Niedriglöhne als wirtschaftliche Selbstverständlichkeit mit staatlichem Segen manifestieren, sondern auch die Leiharbeit entsprechend als Normalarbeitsverhältnis aufwerten: der gleiche schlechte Lohn für alle. Gleich kommt auch noch ein Vorschlag aus dem Unternehmerflügel der Union: Die Rentenversicherung solle doch einfach mal darauf verzichten, die Renten- Sozialversicherungs- und Krankenkassenkosten der Leiharbeitsfirmen zu überprüfen, die mit ungültigen CGZP-Tarifverträgen gearbeitet haben. Denn diese Firmen hätten ja nicht ahnen können, dass diese Tarifverträge für gut 200.000 LeiharbeiterInnen rückwirkend für ungültig erklärt werden.

Nichtsdestotrotz führen der Druck der LeiharbeiterInnen selber und entsprechender Kampagnen wie auch der institutionelle Druck aus der EU dazu, dass die Unternehmerseite unruhig wird und Equal Pay zwar für verzögerbar, aber nicht mehr für verhinderbar hält. Die „neue" Lösung der Unternehmen ist eigentlich eine alte – das klassische Outsourcing. Ob Regaleinräumen im Supermarkt oder Einzelprozesse am Fließband

– vermehrt werden Subunternehmen über Werkverträge engagiert. Schon hat sich ein neuer Arbeitgeberverband für diese Subunternehmen gegründet: Im Verband „Instore und Service Logistik Dienstleistungen" (ILS) sind 14 von ihnen organisiert. Der ILS gibt an, dass durch Werkverträge 150.000 ArbeiterInnen beschäftigt würden; Gewerkschaftsschätzungen liegen weit höher. Laut der *Zeit* bekommen die 50.000 ArbeiterInnen der ILS-Unternehmen Tariflöhne: 6,50 Euro im Westen und 6,00 Euro im Osten.

Den Tarifvertrag hat der ILS mit dem Deutschen Handelsgehilfen-Verband (DHV) ausgehandelt – mal wieder einer Mitgliedsgewerkschaft des Christlichen Gewerkschaftsbunds. Dabei wurde schon im März 2008 gerichtlich festgestellt, dass der DHV nur für kaufmännische und Verwaltungsberufe tariffähig ist. Eine Equal-Pay-Regelung gibt es für WerkvertragsarbeiterInnen nicht. Dennoch: „Die Bundesregierung sieht keinen Handlungsbedarf", wie es in einer Antwort auf eine kleine Anfrage zum Thema Werkverträge heißt.

Torsten Bewernitz

Sich geringfügen heißt lügen

Kampagne der ASJ Berlin gegen Ausbeutung im Mini-Job gestartet

Geringfügige Beschäftigung ist zu einem wichtigen Element der deutschen Beschäftigungspolitik geworden. Viele der seit den Hartz-Reformen „geschaffenen" Arbeitsplätze sind sog. Mini-Jobs, auch 400-Euro-Jobs genannt. Oftmals handelt es sich um ehemalige Vollzeitstellen, die in mehrere geringfügige Jobs aufgesplittet wurden. Der „Arbeitgeber" wird so flexibler bei den Anstellungen und spart ordentlich Lohnnebenkosten. Vor allem verlieren die Beschäftigten zunehmend ihre Bindungen zueinander und werden zu Nomaden der Betriebe. Die Organisationsmacht der Lohnabhängigen leidet darunter schwer, das Lohnniveau wird nachhaltig abgesenkt.

Mini-Jobs haben so allerorts Einzug gefunden. Sie sind zentraler Bestandteil des berüchtigten deutschen Niedriglohnsektors. Was dabei gerne übersehen wird, ist, dass gerade geringfügige Beschäftigungen schon lange von einem großen Teil der Jugendlichen ausgeübt werden. Darauf macht nun die Anarchosyndikalistische Jugend (ASJ) Berlin aufmerksam: Mit ihrer Kampagne „Jung und billig" richtet sie sich gegen die Ausbeutung insbesondere von jungen Menschen in Mini-Jobs. Inspiriert wurde die Berliner Jugendorganisation durch eine ähnliche Kampagne der SUF, der Jugendorganisation der syndikalistischen SAC, in Schweden. Diese richtete sich gegen die sog. Sommer-Jobs, mit denen alljährlich viele junge Menschen vorwiegend in Aushilfstätigkeiten ausgenutzt werden.

„Wir sind uns darüber bewusst, wie schwierig es ist, sich in diesem Bereich zu organisieren", erklärte ein Aktivist bei der Auftaktveranstaltung zur Kampagne Mitte Dezember in Berlin. „In erster Linie wollen wir zunächst einmal Aufklärung betreiben." Die AktivistInnen haben ihre eigenen Erfahrungen in Mini-Jobs gemacht und schildern eine Situation, in der viele junge JobberInnen nicht die geringsten Kenntnisse über ihre Rechte haben und dementsprechend schonungslos ausgenutzt werden.

Dies betrifft freilich nicht allein die Mini-Jobs. Darauf wurde auf der Veranstaltung ebenso aufmerksam gemacht, indem Gäste über Organisierungserfahrungen in prekären Bereichen berichteten. Dabei wurde auch diskutiert, wie sich die Erfahrungen der Kampagne „Keine Arbeit ohne Lohn!" nutzen lassen – dort ging es vor allem um junge Menschen, etwa Studierende, die sich in Praktika oder durch Probearbeiten ausbeuten lassen. Würden Menschen in prekären Jobs nur ihre bestehenden Rechte wie bezahlten Urlaub und Krankentage kennen und wahrnehmen, wäre bereits einiges an der Situation verbessert, erklärte eine Aktivistin.

Dass die Kampagne über Aufklärungsarbeit hinauskommt, finden die AktivistInnen zwar wünschenswert, aber zunächst zweitrangig. Für sie ist es schon ein wichtiger Schritt, sich mit der Materie besser vertraut zu machen und ihre Praxis zu konkretisieren, wie beim Auftakt erläutert wurde. Die bereits in der Hauptstadt kursierenden Materialien und die Internetseite der Kampagne zeugen zumindest von Mühe und Zielstrebigkeit. Man wird – noch ein wenig lückenhaft, aber dennoch ausführlich – über die Problem- und Rechtslage informiert, findet Erfahrungsberichte und Anregungen zur Problembewältigung, inklusive eines Mustervertrags. Darauf lässt sich zweifellos aufbauen. Und auch dass die Erfahrungen prekärer Organisierung gerade im syndikalistischen Spektrum zunehmen, könnte vielleicht dazu beitragen, dass die Kampagne keine geringfügige bleibt.

Verena Neise

Die Kampagnenseite: www.minijob.cc

§§§-Dschungel

Kleine Einführung in die „Sittenwidrigkeit" – Teil II

(Fortsetzung des ersten Teils aus der DA Nr. 208, in dem Grundlegendes zur Sittenwidrigkeit erläutert wurde.)

Auffälliges Missverhältnis zwischen Leistung und Gegenleistung

Etwas mehr gesetzliche (und das heißt: politische) Steuerungswirkung als der erste Absatz von §138 BGB (vgl. dazu Teil I) hat der zweite Absatz des Paragraphen. Danach liegt ein Verstoß gegen die „guten Sitten" insbesondere dann vor, wenn es sich **zum einen** um ein auffälliges Missverhältnis zwischen Leistung und Gegenleistung handelt. Vom Bundesarbeitsgericht ist der Ausdruck „auffälliges Missverhältnis" für den Lohnbereich dahingehend konkretisiert worden, dass es eine Unterschreitung des Tariflohns um ein Drittel oder mehr meint, wobei die Unterschreitung nicht durch besondere Umstände des Einzelfalls gerechtfertigt ist. Darüber hinaus muss der jeweilige Tarifvertrag auch tatsächlich wirksam sein, das heißt: *tatsächlich* die *übliche* Bezahlung regeln. Gelingt es einem Betrieb nachzuweisen, dass der übliche Lohn in dem Anwendungsbereich eines Tarifvertrags niedriger ist als im Tarifvertrag festgelegt, so kommt es für die Berechnung der Unterschreitung auf den üblichen Lohn an.

Ausbeutung einer Zwangslage usw.

Um einen Vertrag nach §138 Absatz 2 BGB nichtig zu machen, reicht es aber nicht aus, dass dieses auffällige Missverhältnis vorliegt. Denn **zum anderen** muss die Vertragsgestaltung durch die Ausnutzung einer Zwangslage, der Unerfahrenheit, des Mangels an Urteilsvermögen oder der erheblichen Willensschwäche der benachteiligten Vertragsseite zustande gekommen sein. Auf diese Umstände wird sich nicht jeder und jede (gerne) berufen wollen. Und mit Zwangslage ist nicht allein schon *die* Zwangslage gemeint, die – leicht abgefedert durch Arbeitslosengeld – darin besteht, dass alle Leute, die weder Vermögen noch Unterhaltsansprüche gegen andere haben, Lohnarbeit leisten müssen. Es muss sich schon um *besondere* Schwierigkeiten handeln, durch die eine Person veranlasst war, sich auf miese Vertragsbedingungen einzulassen. Allerdings schließt allein der Anspruch auf Arbeitslosengeld nicht aus, dass dennoch tatsächlich eine Zwangslage vorliegt, so das LAG Bremen.

Ist die Unterschreitung des üblichen Lohns bzw. das Missverhältnis zwischen Leistung und Gegenleistung besonders krass, so wird von der Rechtsprechung – auch unabhängig davon, ob die „Ausbeutung einer Zwangslage" usw. nach Absatz 2 vorliegt – jedenfalls eine Sittenwidrigkeit nach §138 Absatz 1 BGB angenommen. Wenn der Wert der empfangenden Leistung doppelt so hoch sei, wie der der gegebenen Gegenleistung, dann liege – unabhängig von den weiteren Umständen des Vertragsabschlusses – eine Sittenwidrigkeit vor. Denn, so eine etwas abweichende Argumentation, im Normalfall sei nicht ersichtlich, warum sich Leute aus anderen Gründen als einer Zwangslage auf solch schlechte Vertragsbedingungen einlassen sollten.

Der gesetzliche Lohnanspruch, der an die Stelle der sittenwidrigen Lohnvereinbarung tritt

Erweist sich eine Lohnvereinbarung als sittenwidrig, d.h. nichtig, so tritt an deren Stelle gemäß §612 Absatz 2 BGB die übliche, in der Regel also die tarifvertragliche Lohnhöhe. Es ist dann – nach dem eindeutigen und von der Rechtsprechung akzeptierten Wortlaut des Gesetzes – der übliche Lohn in voller Höhe, nicht etwa der übliche Lohn minus 33,3 Prozent zu zahlen.

Zwei praktische Beispiele

Öffentliches Aufsehen erregte 2009 eine Entscheidung des LAG Hamm. Der Textildiscounter Kik hatte in Nordrhein-Westfalen Verkäuferinnen und Packerinnen von 2004 bis 2008 für 5,20 Euro pro Stunde beschäftigt. Da der damalige – in der Praxis auch weitgehend eingehaltene – Tarifvertrag aber ein Entgelt von ca. zwölf Euro für VerkäuferInnen und ca. 9,50 Euro für PackerInnen vorsah, war die Lohnvereinbarung sittenwidrig.

Das LAG-Urteil unterscheidet nicht klar zwischen §138 Absatz 1 und Absatz 2 BGB. Das LAG sieht einerseits allein schon durch die um mehr als 50-prozentige Unterschreitung des Tariflohns die Sittenwidrigkeit (wohl im Sinne von Absatz 1) als gegeben an, spricht aber andererseits auch davon, dass die insgesamt miesen Vertragsbedingungen zeigten, dass Kik eine „Zwanglage" (wohl im Sinne von Absatz 2) ausgenutzt habe. Im Ergebnis wurde die Entgeltvereinbarung jedenfalls für nichtig erklärt und durch die gesetzliche Regelung des §612 Absatz 2 BGB ersetzt: Die klagenden Beschäftigten bekamen die Differenz zwischen dem bis dahin gezahlten Lohn und dem tarifvertraglichen Entgelt nachgezahlt. Besondere Beweisschwierigkeiten gab es in dem Fall nicht, da tatsächlich gezahlter Lohn und tatsächlicher Arbeitsumfang den arbeitsvertraglichen Regelungen entsprachen.

Komplizierter war es im aktuellen Fall in einem Berliner Spätkauf. Dort war für eine monatliche Arbeitszeit von 25 Stunden ein Entgelt von 120 Euro vereinbart worden, also ein Stundenlohn von 4,80 Euro. Der Tariflohn lag während dieser Zeit zwischen ca. 8,70 und ca. 10,90 Euro. Auch hier war der Tariflohn also die meiste Zeit – schon nach der schriftlichen Vertragsregelung – um mehr als 50 Prozent unterschritten. Hinzukam aber, dass der Kollege statt der vereinbarten 25 Stunden im Monat faktisch 60 Stunden in der Woche arbeiten musste, ohne mehr Geld zu erhalten. So ergab sich ein tatsächlicher Stundenlohn von unter einem Euro. Die Rechtslage ist wiederum eindeutig (es besteht ein Lohnnachzahlungsanspruch), schwierig ist aber, die tatsächliche Arbeitszeit lückenlos nachzuweisen. Außerdem ist ein kleiner Ladenbesitzer nicht so zahlungsfähig, wie eine große Textilkette. Deshalb ist es schwierig, den vollen Lohnnachzahlungsanspruch durchzusetzen, wie die gerade erfolgte Einigung (siehe dazu Randspalte S. 7) auch zeigt.

Detlef Georgia Schulze

PhilosophIn und PolitikwissenschaftlerIn. Hat zuletzt in einem Projekt zum Thema „Der Rechtsstaat in Deutschland und Spanien" gearbeitet.

AntifaschistInnen in Hannover im Visier der Soko 19/2

Laut einer Mitteilung des linken Mobilisierungsbündnisses aus Hannover, das im letzten Jahr Busse nach Dresden organisierte, hat die Soko 19/2 aus Sachsen nun ihre Ermittlungen gegen AntifaschistInnen auf Niedersachsen ausgeweitet. Anfang Dezember erhielten mehrere NazigegnerInnen, deren Personalien in Dresden in einem Polizeikessel festgestellt wurden, Bescheide, dass sie „beschuldigt" werden, jedoch ohne konkreten Tatvorwurf. Die Soko 19/2 ermittelt seit Monaten und sorgt beständig für Skandale. Gegen den Verfolgungswahn der Behörden richten sich mittlerweile Kampagnen wie „Sachsen dreht frei.staat".

SN

Arm, sexy, xenophob?

Laut einer neuen repräsentativen Studie hat jeder vierte Mensch in Berlin Abneigungen oder Vorurteile gegen MigrantInnen. Die Studie „Wie tolerant ist Berlin?" ist vom Meinungsforschungsinstitut Info GmbH durchgeführt worden. Laut dessen Chef zeigt sie, dass Berlin im Bundesvergleich schlecht abschneidet. In Stadtteilen wie Marzahn-Hellersdorf hatten ca. 50% der BewohnerInnen Abneigungen und Vorbehalte gegen BerlinerInnen migrantischer Herkunft geäußert. Insbesondere gegen Menschen mit türkischem, arabischem oder russischem Migrationshintergrund bestehen Vorurteile. Im selben Zusammenhang stellte auch der Konfliktforscher Wilhelm Heitmeyer seine Studie zu Gewaltaffinität in Berlin vor. Gerade bei Menschen, die zu rechten Positionen neigen, nimmt demnach die Billigung von Gewalt zu. Nach der Definition dieser Studie ist jeder zehnte Deutsche rechtspopulistisch eingestellt.

SN

Anzeige

express
ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

Ausgabe 12/11 u.a.:
Kirsten Huckenbeck/ Rainer Herth: »Hoffentlich Allianz versichert?«, zur Pleite bei manroland
Anja Kirsch: »Erneuerung durch Fusionen?«, ein Blick auf 10 Jahre ver.di
Kirsten Huckenbeck: »Bresche im Befristungswahn?«, Produktion akademischen Proletariats mittels Zeitverträgen
Kim Moody: »Millionen Briten vor dem Ausstand«

○ Probelesen?! 4 Ausgaben für 10 Euro

Niddastraße 64
60329 FRANKFURT
Tel. (069) 67 99 84
express-afp@online.de
www.express-afp.info

Alles wie immer, nur schlimmer

Zur Debatte um Rechtsterrorismus, staatliche Verwicklungen und die Qualität neonazistischer Gewalt

Es ist *das* Thema seit Monaten: Rechtsterrorismus. Die Politik ist überraschenderweise überrascht. Es wird sich auf das NPD-Verbot eingeschossen. Zu mehr reicht es nicht. Umso deutlicher behördliche Verwicklungen mit der braunen Terrororganisation NSU zu Tage treten, umso mehr scheint auf die Nebelkerze NPD-Verbot gesetzt zu werden.

Bereits vor mehr als zehn Jahren hat der Verfassungsschutz 2000 Euro für falsche Ausweispapiere zuleiten wollen. Der Versuch, auf diesem Wege an die Identität der Neonazis zu gelangen, sei aber laut VS gescheitert, da ihr Mittelsmann das Geld schlichtweg für den eigenen Bedarf verwendet hätte. Symptomatisch für ein ganzheitliches wie dilettantisches Scheitern einer Überwachungsbehörde, deren Aufgabe, die Kontrolle der Neonaziszene durch umfassende Überwachungs- und Bespitzelungsmethoden, sich als das bewahrheitet hat, was sie immer schon war: eine Illusion. Der Verfassungsschutz als Lachnummer.

Derweil wird bewährten Mitteln „gegen rechts" der materielle Boden unter den Füßen weggezogen. Während die Verstrickung des VS in die Machenschaften der NPD ein Parteiverbot verunmöglicht, werden weiter rigide Kürzungen bei zivilen Stellen gegen Rechtsextremismus durchgedrückt, Einrichtungen mit Gesinnungsparagraphen traktiert und Hetzkampagnen gegen linke AntifaschistInnen durchgeführt. Soziale Einrichtungen, die sich dem Kampf gegen die braune Pest verschrieben haben, sollen sich an eine „Demokratie" anbiedern, die sie generell per „Hufeisen-Theorie" in den gleichen Topf mit Neonazis und RassistInnen schmeißt. Und im Zweifel steht der Feind wie gewohnt links. Die Kriminalisierung von Antifaschismus ist nicht nur deutscher Alltag, sondern ebenso seit den großflächigen Ermittlungen einer frei drehenden sächsischen Justiz auf einem Massenverfolgungslevel angekommen. Die unwissenschaftliche Extremismustheorie, die sich in CDU-Landstrichen besonders bemerkbar macht, sieht AntifaschistInnen somit auf derselben Stufe wie jene Neonazis, die seit der Wende mehr als 140 Todesopfer zu verantworten haben. Faschismus und Antifaschismus sind laut Kristina Schröder ein und dasselbe – bizarr.

Ein geschichtlicher Exkurs stellt die Außergewöhnlichkeit des NSU-Terrors nicht in Frage, lässt aber eine neue Betrachtungsweise zu: Die unaufgearbeitete Geschichte der Stay-Behind-Armeen (Codename „Gladio"), die in ganz Europa unterhalten wurden, hat auch in Deutschland ihre Spuren hinterlassen. Hier sind maßgeblich überzeugte Faschisten und Neonazis rekrutiert worden. Betreut und versorgt von NATO und den jeweiligen Inlandsgeheimdiensten sind sie ein Musterbeispiel für die konspirative Kooperation von staatlichen Institutionen mit FaschistInnen. Bei der 1980 verbotenen Wehrsportgruppe Hoffmann deutet vieles auf Berührungspunkte mit Gladio hin. Die Verstrickung zwischen Staat, respektive Geheimdiensten und FaschistInnen ist seit jeher eine unterschätzte Realität.

Mit der wiederholten Nichtfestnahme der NSU-Mitglieder hat ein deutscher Geheimdienst nicht etwa neues Terrain betreten, sondern führte eine Tradition fort. Die Gefahr, die von mordenden Neonazis und einem Staat ausgeht, der vehement Antifaschismus kriminalisiert, ist damit nicht größer oder geringer geworden. Sie ist erschreckend gewöhnlich.

Sebastien Nekyia

Quelle: Indymedia

Demo gegen Nazizentrum in der Odermannstraße 8 (Leipzig) am 26.11.2011 - Die geplante Veranstaltung mit Rechtsterrorist Karl-Heinz Hoffmann wurde vorher abgesagt.

Von Döner und Menschen

Ein Kommentar von Markus Liske

Urheber: Findus

20 Jahre nachdem ein völkischer Mob in ganz Ostdeutschland Asylbewerberheime stürmte, 18, 17 bzw. 15 Jahre nach den Toten von Mölln, Solingen und Lübeck stellen Politik und Medien erschüttert fest, dass es einen rechten Untergrund gibt, der Menschen wegen ihrer Hautfarbe oder Herkunft tötet. Kein neues Verbrechen befördert diese Erkenntnis, sondern eine bereits 11 Jahre andauernde Mordserie. Man muss den TäterInnen dankbar sein, dass sie ein perverses Video-Geständnis hinterließen. Sonst wären die Morde wohl für immer einer gemutmaßten türkischen Döner-Mafia zur Last gelegt worden, inklusive Kriminalisierung der Opfer. Dass sich mit solchen xenophoben Verdachtsmomenten eine rechte Mordtat ganz wunderbar verbergen lässt, hat schon der Anschlag in Lübeck gezeigt, dessen zehn Tote bis heute nicht als Opfer rechter Gewalt anerkannt werden. Sei's drum, das Video ist da und die Gesellschaft erschüttert – wenigstens für ein paar Wochen. Man pumpt neue Gelder in die Sozialarbeit und denkt mal wieder darüber nach, die NPD zu verbieten. Die Hauptsache: Niemand fragt, wo das alles eigentlich herkommt. Es darf nicht daran erinnert werden, dass die Chronologie rechter Gewalt vor 1990 auf einem Bierdeckel Platz findet, während seit 1990 mindestens 147 Todesopfer zu beklagen sind. Denn machte man sich das bewusst, müsste ja die Erkenntnis folgen, dass die Wurzeln dieses rechten Untergrunds in der größten nationalen Erfolgsgeschichte zu suchen sind, der sogenannten „Wiedervereinigung", die ihren völkischen Pferdefuß schon im Namen trägt. Das darf nicht sein. Lieber wieder lang und breit über ein NPD-Verbot diskutieren, während das eigentliche Thema in der Presse erkaltet, so dass am Ende, wenn sich die NPD dank ihrer VS-Vernetzung mal wieder nicht verbieten lässt, niemand mehr wissen wird, warum man sie überhaupt verbieten wollte. Und all die Zeit wird so lange „Gegen Extremismus von beiden Seiten!" geschrien, bis brennende Autos und brennende Menschen wieder eins sind. Bis nichts bleibt, als der bürgerliche Schauer über eine gewalttätige Welt, die dringend mehr Überwachung und Kontrolle braucht. Darauf eine Lichterkette!

Der große Bruder schaut dich an.

KONTROLLE, ÜBERWACHUNG, EINSCHÜCHTERUNG

Tausende Handys geortet

Ein üblicher Vorgang der Polizei zur Überwachung (u.a.) politischer Aktivistinnen und Aktivisten ist die Ortung der Zielperson über das Handy. Auf Drängen und Antrag der Partei Die Linke veröffentlichte die Landesregierung Nordrhein-Westfalen erstmals Zahlen. Demnach wurden im Jahr 2010 genau 2644 Menschen per Handy-Ortung überwacht. Rund 250.000 Ortungsimpulse wurden in Form einer SMS verschickt, um die Zielperson aufzuspüren. Im Jahr 2009 sollen es sogar 320.000 Impulse gewesen sein.

Zu verwechseln ist die Handy-Ortung per Impuls nicht mit der Funkzellenauswertung, wie sie beim Naziaufmarsch in Dresden angewendet wurde (die *DA* berichtete). Während in Dresden in erster Linie auf breiter Fläche Daten gesammelt wurden, wird mit der Ortung zielgerichtet vor allen Dingen der Ort, an dem sich die betreffende Person gerade aufhält, ausgemacht. Durch das kontinuierliche Versenden von SMS lässt sich der Observierte sogar in quasi Echtzeit verfolgen.

Die Mobilfunk-Ortung hat für den Überwachungsapparat den Vorteil, juristisch nicht gegen das Recht auf Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis zu verstoßen, da es sich nicht um einen Akt der Kommunikation handelt. Voraussetzung zur möglichen Ortung laut Behörden ist allerdings der Umstand, dass das Handy eingeschaltet ist.

AL

Deutsch-britische Spitzelausleihe

Die deutsch-britische Spitzelausleihe gehört zu den aktivsten innerhalb der EU. Allein beim G8-Gipfel in Heiligendamm infiltrierten 13 Spitzel aus Großbritannien die Bewegung. Aktuell prominentester Fall ist der Brite Mark Kennedy, der unter dem Namen „Mark Stone" auch in Berlin Straftaten begangen hat. 2007 wurde gegen ihn wegen Brandstiftung ermittelt. Das Verfahren wurde jedoch eingestellt. Weshalb es eingestellt wurde, ist nicht klar. Beobachter vermuten einen Deal zwischen Staatanwaltschaft und Kennedy, der weitere politisch Aktive denunziert haben könnte.

Die Taktik von Spitzeln wie Kennedy ist perfide: Zuerst stiften sie die politisch Aktiven zu einer strafbaren Tat an, dann geben sie ihren Vorgesetzten den entscheidenden Hinweis, um die in die Falle getappten auf frischer Tat dingfest machen zu können. Kennedy scheute auch nicht davor zurück, sich selber einer Anklage auszuliefern, um weiter an seiner „Legende" stricken zu können. Von einer Verurteilung hatte Kennedy auch deshalb nichts zu befürchten, da diese unter falschen Namen stattgefunden hätte. Noch unter Eid behalten viele Schnüffler ihre falsche Identität bei und schaffen es dadurch sogar noch, die Verteidigungsstrategien der Juristinnen und Juristen auszuforschen, die sich der Sache der politisch Aktiven angenommen haben.

AL

Behörden-Anfragen bei Google

In ihrem „Transparency Report" legte die Internetplattform Google jüngst Daten vor, die einen deutlichen Anstieg von Anfragen nach Nutzerdaten durch deutsche Behörden dokumentieren. Laut des Berichts sind 1800 Google-Accounts betroffen. Allein im ersten Halbjahr 2011 wurden mehr als tausendmal Nutzerdaten durch die deutschen Behörden abgefragt. Darunter seien auch Profildaten von Nutzern der Google-Videoplattform YouTube gewesen.

Google veröffentlichte auch Statistiken über juristische Versuche aus Deutschland, Inhalte im Internet zu entfernen. Demnach gab es 125 Anfragen, insgesamt 2405 Inhalte zu löschen.

AL

Deutsche Behörden an US-Staatstrojaner interessiert

Im Zuge der Entwicklung der deutschen Variante einer staatlichen „Schnüffelsoftware" gab es laut *Spiegel Online* eine Anfrage deutscher Behörden beim FBI. Die Ermittlungsbehörde aus den USA hatte bis dorthin erfolgreich mit einem Programm namens CIPAV operiert. Deutsche Behörden zeigten offenbar Interesse an einem Austausch von Überwachungstechnologie mit den US-Amerikanern, speziell der Technologie der CIPAV-Software. Das belegt eine öffentlich gewordene Mail eines US-Ermittlungsangestellten, wie *Spiegel Online* berichtete.

CIPAV kann über präparierte Websites in fremde Rechner eindringen und dort unbemerkt nicht nur die Kommunikation der Zielperson auskundschaften, sondern auch auf sämtliche andere Daten Zugriff bekommen. Dabei werden Sicherheitslücken im Webbrowser der ausgekundschafteten Person genutzt.

AL

Facebook will den gläsernen Menschen

Nachdem Google+ auf die Bühne der sozialen Netzwerke getreten ist und Facebook ordentlich Konkurrenz macht, nicht zuletzt dadurch, dass sie ordentlich bei ihrem Konkurrenten kopiert haben, hat Facebook-Gründer Mark Zuckerberg mit einigen Neuerungen nachgezogen, die unter dem Aspekt „big brother is watching you" nicht ganz unerheblich sind. Mit der neuen Funktion Timeline protokolliert Facebook minutiös alles, was der User auf Facebook macht, in chronologischer Reihenfolge. Dein Leben auf einem Blick. Freunde, Kommentare, Profilbilder, Vorlieben und Interessen – bei Facebook werden sie für die Nachwelt archiviert. Willigt der Nutzer bloß ein, wird beispielsweise das Abspielen eines Liedes oder das Verlinken einer Nachricht in der Timeline vermerkt. Das Ganze kommt einem Museum gleich, das der User noch zu Lebzeiten von sich selbst einrichtet. Doch will man das? Und wenn man das jetzt will, will man das auch noch in zehn Jahren? Und nehmen wir dem Verfassungsschutz nicht alle Arbeit ab, wenn wir sämtliche Informationen über uns selbsttätig und freiwillig öffentlich im Internet für alle einsehbar zur Verfügung stellen?

AL

Keine Arbeit ohne Lohn!

Keine Arbeit ohne Lohn!
[kampagne gegen unbezahlte arbeit]
www.keine-arbeit-ohne-lohn.de

Amazon nutzt Gesetzeslücke

Der Internetbuchhändler Amazon nutzte wohl seit Jahren eine Gesetzeslücke, um jedes Jahr erneut SaisonarbeiterInnen, vermittelt durch die Arbeitsagentur, einzustellen. Im Normalfall absolvieren SaisonarbeiterInnen eine „Maßnahme zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung“. Diese dauert sechs Wochen, wovon jedoch zwei nicht bezahlt werden. Unter dem Status dieser „Einarbeitung“ stellte Amazon oftmals dieselben SaisonarbeiterInnen wieder ein und sparte sich dabei jedes Mal die Auszahlung von zwei Wochen Lohn. Das Jobcenter zahlt für diese Praktika. Schätzungsweise die Hälfte der etwa 9000 SaisonarbeiterInnen war davon betroffen. Dies geschah mit Schwerpunkt im westfälischen Werne und im rheinischen Rheinberg. Diese Praxis ist bis jetzt legal möglich und wird von Amazon verteidigt. Die Arbeitsagentur sprach in diesem Zusammenhang von einem „Fehler der korrigiert werden muss“. SN

Weiterhin Praktika ohne Lohn

AkademikerInnen haben nach wie vor schlechte Chancen auf einen nahtlosen Übergang ins Berufsleben. Laut einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung haben vier von zehn HochschulabsolventInnen nach ihrem Hochschulstudium keinen Job, sondern ein oder mehrere Praktika. Dabei bekommen 40 Prozent weder Lohn noch Taschengeld. Eine „angemessene Vergütung“, wie im Berufsbildungsgesetz für längere freiwillige Praktika vorgeschrieben, findet demnach nicht statt. Lediglich PraktikantInnen, die weniger als vier Wochen beschäftigt sind, muss kein Geld gezahlt werden. Denn dies gilt als Betriebsbesuch, bei dem sie nicht als Arbeitskraft tätig sind und damit einen wirtschaftlichen Beitrag für den Betrieb erarbeiten.

Praktikumsvergütung eingeklagt
In einigen Bereichen ist die Bezahlung von Praktika in Tarifverträgen festgelegt, wie etwa im öffentlichen Dienst. PraktikantInnen in Kindertagesstätten beispielsweise, steht laut ver.di-Tarifvertrag für Bund und Gemeinden eine Vergütung von ca. 1280 Euro zu. Unabhängig davon gilt: Arbeiten PraktikantInnen letztlich als vollwertige Arbeitskraft, besitzen sie Vergütungsanspruch. Einem Praktikanten, der über ein Jahr lang in einem Altenpflegeheim in Vollzeit für 200 Euro monatlich gearbeitet hat, stand demnach eine Summe von 10.000 Euro zu, die ihm das Arbeitsgericht Kiel zusprach. Der Bemessungsmaßstab war der übliche Lohn für eine vergleichbare Tätigkeit. (Az.: 4 Ca 1187d/08) SN

Anzeige

Winter der Utopie!

Vier neue Bücher zu Gesellschaften jenseits von Macht und Profit. Von Herbst 2011 bis Frühjahr 2012 erscheinen:

Herrschaftsfrei wirtschaften – Texte zu solidarischer Ökonomie, Umsonstleben, alternativem Wirtschaften usw. A5, ca. 90 S., 4 €

Technik und Technikkritik – Kritik am Allheilmittel Technik und emanzipatorischen Perspektiven jenseits des Primitivismus. A5, ca. 90 S., 4 €

Freie Menschen in freien Vereinbarungen – herrschaftsfreien Gesellschaft auf Basis politischer Skepsis, emanzipatorischer Perspektive und wissenschaftlich-materieller Analyse. A5, ca. 180 S., 10 €

Anarchie - Anspruch und Wirklichkeit all derer, die Herrschaft oder Staat irgendwie doof finden. Ca. 200 S., 14 €

Das und mehr, z.B. Texte-CD „Utopien“, Reader „HierarchNIE!“, Bücher zu Demokratiekritik, Ökologiethemen, Justiz- und Polizeikritik ... auf

www.seitenhieb.info

Mit Angestellten spielt man nicht

Andauernder Konflikt mit Spielgerätehersteller Bally Wulff. Basisgewerkschaft fordert Weiterbeschäftigung ohne Verschlechterungen für Siebdrucker

Seit Oktober verteidigt die FAU Berlin eines ihrer Mitglieder, einen Siebdrucker beim Spielgerätehersteller Bally Wulff, gegen eine Änderungskündigung, die schlechtere Arbeitsbedingungen nach sich ziehen würde.

Die Siebdrucker bei Bally Wulff sind (noch) verantwortlich dafür, Walzen, Glasscheiben und die Geräte im Allgemeinen zu bedrucken. Durch die Umstellung von mechanischen Spielgeräten auf softwarebasierte Geräte fällt das Bedrucken der Walzen in Zukunft weg. Das Bedrucken der Glasscheiben der Maschinen wird dadurch jedoch nicht überflüssig. Wenn diese Aufgaben nicht mehr im Betrieb durchgeführt werden, dann müssen sie wohl an externe Dienstleister outgesourct werden. So wie der Putzdienst von einer externen Firma verrichtet wird. Die Versuche der Geschäftsführung von Bally Wulff, sich von dem Makel des Outsourcings reinzuwaschen, liefn also ins Leere.

Ende 2007 wurde Bally Wulff von der Schweizer „Zugerberg 7 Vermögensverwaltungs AG“ übernommen, nachdem in den Jahren zuvor der Private-Equity-Fonds Orlando einen großen Teil der Firmensubstanz versilbert hatte. Mit den neuen Investoren kam der Personalabbau: Die Beschäftigtenzahlen sanken von 354 im Jahr 2007 auf 222 im Dezember 2008 – hauptsächlich in der Produktion. Lange Zeit war unklar, wer hinter Zugerberg 7 steht und den Umbau zu Lasten der Beschäftigten zu verantworten hat. Anfang 2011 gab schließlich die Schmidt-Gruppe zur internationalen Fachmesse für Unterhaltungs- und Warenautomaten (IMA) bekannt, dass Bally Wulff zu ihnen gehört. Der Familienkonzern hält Firmen rund um die Glücksspielbranche, darunter etwa 170 Spielstätten in Deutschland.

Foto: FAU Berlin

Kundgebung am Werksgelände in Berlin am 4. November

Die FAU Berlin demonstrierte vor dem Bally-Wulff-Gelände gegen die Behandlung der von Änderungskündigung Betroffenen. Die Geschäftsführung sah sich zu einer Gegendarstellung genötigt, die wiederum von einer gewerkschaftlichen Stellungnahme beantwortet wurde. Zusätzlich versucht sie der FAU Berlin per Einstweiliger Verfügung den Mund zu verbieten, z.B. Outsourcing als solches zu benennen. Für den 18. November rief die FAU Berlin zu einem Aktionstag auf, an dem bundesweit FAU-Gewerkschaften an Bally-Wulff-Standorten Präsenz zeigten. Jedoch ist die Geschäftsführung auch weiterhin nicht zu substanziellen Gesprächen zur Beilegung des Konflikts bereit und eine Güteverhandlung zur eingereichten Kündigungsschutzklage blieb erfolglos.

Doch was steckt dahinter, den verbleibenden zwei qualifizierten Facharbeitern eine weniger qualifizierte Tätigkeit mit finanziellen Verschlechterungen anzubieten – nach 23 Jahren im Betrieb? Eine Abfindung nach so vielen Jahren Betriebszugehörigkeit läge bei mehreren Zehntausend Euro. Das könnte sich das Unternehmen sparen, wenn die Mitarbeiter selbst kündigen. Es gibt allerdings noch andere Möglichkeiten: So ist es nicht unüblich, MitarbeiterInnen eine Weiterbildung über den Zeitraum der Kündigungsfrist anzubieten, wenn der Verbleib im Unternehmen ohne Verschlechterungen gewollt ist. Warum nicht auch bei Bally Wulff? So lässt sich der Eindruck nicht vermeiden, dass das Unternehmen die Mitarbeiter billig loswerden möchte. Diesen Eindruck könnte die Geschäftsführung von Bally Wulff einfach ausräumen. Es liegt an ihnen, ein seriöses Angebot zur Weiterbildung und -beschäftigung zu machen. Oder einfach auf die Vorschläge der Beschäftigten konstruktiv einzugehen.

Das Allgemeine Syndikat der FAU Berlin bleibt gesprächsbereit und wird ein konkretes Angebot vorlegen. So lange der Konflikt ungelöst ist, wird die Gewerkschaft auch weiter ihr Mitglied verteidigen und die Praktiken der Chefetagen offenlegen. Möglichkeiten bieten hier die Messehöhepunkte 2012, wie die IMA in Düsseldorf vom 17.-20. Januar. Ein Angriff auf Einzelne ist schließlich ein Angriff auf uns alle!

Thomas Winzer

Ratlosigkeit auf allen Seiten

Ein Bericht aus Südwestsachsen

Die FAU in Südwestsachsen hat seit langem mit der Problematik einer fest verankerten neonazistischen Szene zu kämpfen. Antifaschismus ist dort pure Notwendigkeit. Mit dem zu Tage treten des rassistischen Terrors des NSU hätte man auf ein Aufwachen hoffen können. Für die DA *schildert Yve Segert Impressionen einer selbstgerechten Inszenierung aus Zwickau.*

Ein Treffen am Rande des Stadtzentrums mit rund 100 Personen. Eine Kette mit Schildern von 192 Opfern von FaschistInnen seit 1990 aufgespannt. Auf geht's durch die Stadt zur Kundgebung der „Anständigen“. Verdutze Menschen bei unserer Ankunft. Wir umspannen die komplette Kundgebung mit unserer Opferkette. Flyer werden verteilt. In Gesprächen machen wir unser Anliegen deutlich. Der örtliche rechte Stadtrat Klose wird inmitten der Kundgebung entdeckt. Die Kundgebungsleitung wird darauf hingewiesen. Bedauern über seine Teilnahme wird bekundet. Verwiesen wird er nicht. Dies passiert erst durch couragierte BürgerInnen. Jetzt ist die Welt wieder heil. Für die „Mitte“ der Gesellschaft!

Wir sind gekommen um gegen die Scheinheiligkeit dieser selbsternannten Mitte zu protestieren. Kaum ein Wort wird über die Opfer verloren. Extremismus ist der Grundtenor, rechts gleich links, Gewalt muss autoritär begegnet werden. Ums Image wird gebuhlt: Die Täter sind keine (gebürtigen) Zwickauer – sie schaden dem Ruf der Stadt – Zwickau ist kein Schwerpunkt der rechten Szene – alle sind bestürzt.

Verzweiflungsschreie nach Autorität und Lokalpatriotismus dominieren die Veranstaltung. Inhaltliche Auseinandersetzung: Fehlanzeige. Entwicklung und Umfeld der Nazis: uninteressant. Zwickau ist kein Einzelfall. Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt die feste Verankerung von Elementen rechter Ideologien in der Breite der Gesellschaft. Gleichsetzung von menschenverachtender Ideologie mit emanzipatorischer Gesellschaftskritik dient als Nährboden und Legitimierung einer nationalistisch-konservativen Gesellschaft. So bringt der Tag wenig Neues. Ein kleiner Teil der „Mitte“ folgt dem Aufruf, ein symbolisches Zeichen zu setzen. Der weitaus größere Rest bleibt zu Hause.

Unsere Aktion trifft auf positive Resonanz. Dennoch: Unsere Hilflosigkeit im Umgang mit der Breite der Gesellschaft ist genauso groß wie der der „Mitte“ mit FaschistInnen. Wir brauchen keine oberflächlichen Aktionen. Keine für die „Mitte“ nicht nachvollziehbaren Parolen. Wir brauchen Konzepte. Konzepte um Menschen zum Denken und Handeln zu bewegen.

Arbeit und Krieg

In Kiel fordert ver.di den Erhalt eines Marinearsenals der Bundeswehr. Wir sprachen mit Thilo von der FAU Kiel über Standortlogik und gewerkschaftlichen Antimilitarismus.

Ihr habt als GewerkschafterInnen eine antimilitaristische Stellungnahme veröffentlicht, in der ihr ver.di kritisiert. Schildert uns doch mal kurz, worum es geht.

Kiel ist einer der Heimathäfen der Bundeswehr, von dem heraus sie ihre Auslandseinsätze organisiert. Das Verteidigungsministerium verkündete Ende Oktober 2011 die Schließung des Marinearsenals. Dazu gab es eine Pressemitteilung der ver.di Nord, in der sie aus einer Standortperspektive und pro Marine und somit pro Krieg argumentiert. Ver.di behauptete zudem rotzfrech, dass ALLE Kieler Gewerkschaften gegen die Schließung sind. Wir wollten dieser „Harmonie“ etwas entgegensetzen: Gegen Kriegs- und Standortlogik und eine Ablehnung von Militarismus! Darauf gab es vereinzelte positive Reaktionen, öffentliche blieben jedoch aus.

Ihr sprecht von „Kriegs- und Standortlogik“. Inwiefern wurde diese Logik gerade beim Kampf um das Marinearsenal deutlich?

Ver.di geht über die reine Bestrebung des Erhalts von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen weit hinaus. Sie gehen so weit, sich Gedanken über die strategische Ausrichtung der Bundeswehr zu machen. Damit verlassen sie das Terrain einer Gewerkschaft und mutieren ganz im sozialpartnerschaftlichen Sinne zu einer Art „Think Tank“. Ver.dis Aussagen könnten so glatt einem Arbeitspapier des Verteidigungsministeriums entstammen.

Ist antimilitaristische Gewerkschaftsarbeit für euch widerspruchsfrei?

Gewerkschaftsarbeit ist oft voller Widersprüche und Konflikte. Klar können wir junge Leute verstehen, die aus Angst um ihren Arbeitsplatz auf die Straße gehen. Denen ist oft nicht bewusst, dass ihre Arbeit Teil einer Kriegsmaschinerie ist. Natürlich werden die verarscht und ausgenutzt. Aber was Krieg angeht, kann es einfach keine Kompromisse geben. Bisher stehen wir mit dieser klaren Antikriegs-Position auf offizieller Gewerkschaftsebene in Kiel noch alleine. Wir hoffen, das ändert sich.

Meldungen aus der FAU

Genf
Im April 2010 legte die FAU Berlin Beschwerde gegen die Bundesregierung bei der ILO, der internationalen Arbeitsorganisation der UN, ein. Grund waren die stark eingeschränkten Gewerkschaftsrechte sowie die von der BRD ratifizierten aber vernachlässigten Konventionen, insbesondere Konvention 87 und 98. Nun hat die ILO die Bundesregierung angemahnt, diese Gewerkschaftsrechte zu garantieren. Damit bestärkte die ILO die Rechte von Minderheitsgewerkschaften. Der FAU Berlin werden insbesondere das Recht der freien Meinungsäußerung, das Zutrittsrecht zu sämtlichen Betrieben, in denen sie Mitglieder hat, und das Recht auf Teilnahme an Betriebsratssitzungen, sofern sie auf betrieblicher Ebene repräsentativ ist, zugesprochen. Ebenso ging aus dem Antwortschreiben der Bundesregierung erstmalig schriftlich hervor, dass die durch viele GewerkschafterInnen und Gewerkschaften kritisierte Gesetzesinitiative zur Tarifeinheit fallen gelassen wurde.

Berlin
Die FAU-Berlin hat den Konflikt in einem Friedrichshainer Spätkauf mit einem Vergleich zu Gunsten der gestellten Forderungen vor dem Arbeitsgericht beendet. Das Mitglied, das bis zu 60 Stunden wöchentlich zu einem Niedrigstlohn arbeitete (siehe DA 208) erhielt eine Abfindung von 4000 Euro. Alle Anzeigen gegen die FAU und andere linke Akteure und Medien mussten zurückgezogen werden. Das Mitglied erhielt zudem den entscheidenden Nachweis seiner tatsächlichen geleisteten Arbeitszeit und konnte alle seine Forderungen durchsetzen. Die FAU Berlin hatte zuletzt starken Druck ausgeübt und erhielt rege Unterstützung von einer Nachbarschaftsinitiative und der Gruppe „interKomm“. Dabei wurden Veranstaltungen und Kundgebungen im Kiez durchgeführt. Die FAU Berlin sieht dies als Beweis, dass auch in schwer organisierbaren Branchen Widerstand möglich ist.

Dortmund
Ein Mitglied der FAU Dortmund wehrt sich gegen seine außerordentliche Kündigung bei Lidl. Dem Azubi, der zuvor zwei Monate als Hilfskraft arbeitete, wurde unter fadenscheinigen Begründungen gekündigt. Die FAU Dortmund hat mit anderen Aktiven am 19. Dezember eine erste Protestaktion vor der Lidl-Filiale abgehalten. Nun steht eine Kündigungsschutzklage vor dem Arbeitsgericht Bochum zu Verhandlung.

Fallstricke nationaler Befreiung

FLN gegen „Messalisten“: Die Unterdrückung rivalisierender Richtungen innerhalb der algerischen Unabhängigkeitsbewegung (1954-1962)

Der Anspruch der FLN (*Front de Libération nationale*), die einzige Strömung der algerischen Unabhängigkeitsbewegung zu sein, war immer nur propagandistischer Anspruch. Er war während des Algerienkrieges niemals Wirklichkeit – wie das übrigens bei vielen, besonders bewaffneten, nationalistisch ausgerichteten antikolonialen Unabhängigkeitsbewegungen, die sich propagandistisch als „Einheitsfront“ konstituierten, der Fall war. Dieser Anspruch wurde aber von Jean-Paul Sartre und der autoritär-marxistischen Linken Frankreichs sowie durch den blinden Glauben an sie überall in Europa gerade als angebliche Wirklichkeit verbreitet und setzte sich auch in der BRD-Linken so tief fest, dass die von Albert Camus unterstützte Konkurrenzorganisation zur FLN, die MNA (zunächst *Mouvement National Algérien* von 1954-57, danach *Mouvement Nord-Africain*) von Messali Hadj hierzulande vollständig vergessen ist.

Messali Hadj war revolutionärer Syndikalist, ein guter Freund von Daniel Guérin und suchte im Gegensatz zur FLN gerade das Bündnis mit libertären und undogmatisch-linken Strömungen der radikalen Arbeiterbewegung Frankreichs – zeitweise ebenso das Bündnis mit trotzkistischen Strömungen, die dann aber teilweise mit Messali Hadj brachen und zur FLN überliefen, um sie beim Kampf um die algerische Unabhängigkeit zu unterstützen. Camus war mit Messali Hadj seit den 30er Jahren befreundet und schrieb nun, in den 50er Jahren, in derselben Zeitung des revolutionären Syndikalismus wie Messali Hadj, nämlich der *Révolution prolétarienne*!

Massaker gegen messalistische Dörfer und die Rolle Frantz Fanons

Als Messali Hadj, der immer zugleich Gewerkschafter und Unabhängigkeitskämpfer war, 1954 mit der Kriegsstrategie der FLN konfrontiert wurde, war er der Meinung, dass noch nicht alle Möglichkeiten, auf friedlichem Wege die Unabhängigkeit zu erreichen, ausgeschöpft seien. Zu Beginn des Algerienkrieges waren die „Messalisten“ weitaus zahlreicher als die Kämpfer der FLN. Als die FLN am 1. November 1954 schließlich bewaffnet losschlug, richtete sich die erste Welle der französisch-militärischen Repression fast ausschließlich gegen messalistische Organisationen. Das war der FLN bewusst.

In diesem internen Krieg zwischen FLN und „Messalisten“ in Algerien kam es 1956 und 1957 zu drei blutigen inneralgerischen Kampagnen durch Angriffe der FLN auf „Messalisten“. In der Nacht vom 13. auf den 14. April 1956 wurden von FLN-Einheiten „mehrere Hundert“ (andere Quellen sprechen von 490) messalistische BewohnerInnen des Dorfes Tifraten, darunter Frauen und Kindern, die Kehlen durchgeschnitten. Die Tat ist heute als „rote Nacht“ bekannt.[1] In der Nacht vom 28. auf den 29. Mai 1957 wurden 303 (andere Quellen sprechen von 374) unbewaffneten Männern, messalistischen Sympathisanten, im Dorf Beni Ilmane bei Melouza von der FLN die Kehlen durchgeschnitten. Die Urheberschaft der FLN wurde viel später, im unabhängigen Algerien, durch den damals befehlshabenden FLN-Offizier Amirouche in der Zeit der demokratischen Öffnung zwischen 1988 und 1992 öffentlich zugegeben und bestätigt. Der Massenmord ist heute als „Massaker von Melouza“ bekannt.[2]

Alice Cherki, die Biographin Frantz Fanons, schreibt dazu: „Anfang Juni 1957, am Vorabend der Entdeckung der Toten von Mélouza, wird Fanon überraschend zum Sprecher der FLN ernannt. […] In Tunis schiebt Fanon bei einer Pressekonferenz […] die Verantwortung für das Massaker von Mélouza auf die französische Armee, wobei er seine ganze Eloquenz einsetzt. Doch er irrt sich. In Wirklichkeit ist der Befehl zum Töten von Amirouche, dem FLN-Militärchef der Wilaya 3, gegeben worden.“ Fanon, so Cherki, hätte keinen Grund gehabt, den Angaben der eigenen Guerilla zu misstrauen. Doch er blieb bei seiner Version, auch nachdem er erfuhr, wer die Täter waren. Cherki weiter: „Fanon, der auf diese Weise getäuscht und bloßgestellt wurde, äußerte sich nicht dazu. […] Aber ‚das Volk hat immer recht‘ und im Kampf darf man seine Vertreter nicht desavouieren, was immer man von ihnen hält, dachte Fanon.“[3]

Protagonist der algerischen Unabhängigkeitsbewegung und revolutionärer Syndikalist: Messali Hadj

Im September 1957 schließlich kam es zu einer weiteren Welle von mörderischen Anschlägen auf messalistische Gewerkschafter in den Städten Algeriens, als die FLN ihre eigene Gewerkschaft, die *Union Générale des Travailleurs Algériens* (UGTA), gegen die bisher in den Städten etablierte *Union Syndicale des Travailleurs Algériens* (USTA), die messalistisch orientiert war, durchsetzen wollte. Camus protestierte gegen letztere Attentatswelle an messalistischen GewerkschafterInnen durch folgenden Aufruf, den lediglich die libertären Zeitschriften *La Révolution prolétarienne* im November 1957 und *Le Monde libertaire* im Dezember 1957 abdruckten. Bei den orthodox-marxistischen Zeitschriften oder der Zeitung Sartres wollte davon niemand etwas wissen:

„Ich wende mich an Gewerkschafter und habe ihnen wie mir eine Frage zu stellen. Lassen wir es zu, dass die besten aktiven Gewerkschafter Algeriens durch eine Organisation ermordet werden, die scheinbar mit dem Mittel des Attentats die algerische Bewegung in eine totalitäre Richtung zwingen will? Die algerischen Kader, auf die das Algerien von morgen, *wie immer es auch aussehen möge*, nicht verzichten kann, sind rar genug (und wir tragen unsere Verantwortung in diesen Dingen). Aber unter ihnen befinden sich in der ersten Reihe gewerkschaftliche Aktivisten. Man tötet sie einen nach dem anderen, und jedes Mal, wenn ein Aktivist fällt, verdunkelt sich die Zukunft Algeriens ein wenig mehr. Man muss das wenigstens sagen, und so laut wie möglich, um zu verhindern, dass der Anti-Kolonialismus zum guten Gewissen erstarrt, das alles rechtfertigt, und zuallererst die Mörder.“[4]

Inhaltliche Unterschiede zwischen FLN und „Messalisten“

Camus hat den Verlauf des Algerienkrieges, sowohl die FLN wie die „Messalisten“, genau beobachtet. In einem Interview mit Jean-Michel Bloch für die (nicht-libertäre) Zeitschrift *Demain* vom 21. Februar 1957 sagte Camus etwa zum unterschiedlichen Umgang beider algerischer Bewegungen mit dem gleichzeitig stattfindenden Aufstand in Ungarn: „Was Algerien betrifft, so hat – zumindest meines Wissens – nur Messali Hadjs MNA gegen die russische Intervention in Ungarn protestiert, ohne auch nur um Haaresbreite von den eigenen Forderungen abzulassen. Ein Protest der FLN ist mir nicht zu Ohren gekommen.“[5]

Die FLN bezog über Nasser ihre Waffen aus der Sowjetunion, während die Strömung um Messali Hadj weitaus unabhängiger vom sowjetischen Einfluss blieb, zwar mit erbeuteten Waffen des Kolonialherrn ebenfalls bewaffnet kämpfte, ohne aber Waffenlieferungen zu bekommen. Die MNA ging gegen Antisemitismus in den eigenen Reihen aktiv vor, während Antisemitismus innerhalb der FLN unkritisch verbreitet, ja sogar durch die Aufnahme von Ex-Nazis in die eigenen militärischen Reihen gefördert wurde.[6] Föderalistische Konzepte waren im Messalismus weit mehr präsent als in der rein nationalistischen FLN, auch wenn der Messalismus nicht frei war von autoritären Tendenzen und Handlungen. So hatten die „Messalisten“ vor dem Beginn des Algerienkrieges, im Jahre 1949, sogar eine interne Säuberung gegen die damals sogenannte „berbero-nationalistische Strömung“ in ihren Reihen durchgeführt (geleitet übrigens von Krim Belkacem, der dann nach Gründung der FLN sofort überlief und einer ihrer klandestinen Chefs wurde).

Trotzdem konnten die kabylischen BerberInnen in der messalistischen Strömung in der Regel offen als solche auftreten und ihre eigene Sprache sprechen, was im Nationalismus der FLN undenkbar war, wo das Arabische als einheitliche Nationalsprache und der Islam als einheitliche Religion propagiert wurde.[7] Mit der Unterstützung des ungarischen Aufstands war für den Messalismus schließlich die Sicht verbunden, dass Ungarn in gewisser Weise ebenfalls Opfer eines Kolonialismus ist, des Kolonialismus der Sowjetunion in Osteuropa nämlich.

Diese inner-algerischen Auseinandersetzungen bleiben notorisch unbekannt und unverständlich, wenn nicht die Artikel von und über Messali Hadj in der revolutionär-syndikalistischen Zeitung *La Révolution prolétarienne* hinzugezogen und gelesen werden. Da findet sich etwa in der Ausgabe Nr. 439 vom Mai 1959 auf Seite 24 oben ein Artikel „Messali Hadj nous parle de l'Afrique“ (Messali Hadj spricht zu uns über Afrika) über ein Treffen von Libertären und revolutionären SyndikalistInnen mit Messali Hadj direkt nach seiner Freilassung. In diesem Kreis fühlte sich Hadj, wie dort nachzulesen ist, „wie zuhause“ und hier verkündete er seine neue Strategie, dass von nun ab vordringlich von französischer Seite mit allen anti-kolonialen Strömungen ohne Vorbedingungen verhandelt werden solle – eine Forderung, die Camus als Forderung nach einem „runden Tisch“ mit allen anti-kolonialen Strömungen schon lange vor der Zeit vorgebracht hatte, als de Gaulle begann, ausschließlich mit der FLN zu verhandeln. Und unten auf derselben Seite 24 dieser Ausgabe von *Révolution prolétarienne* findet sich ein Artikel des Aktivisten Albert Sadik, der Camus zu seinem Engagement an der Seite des Anarchisten Louis Lecoin für die Kriegsdienstverweigerung innerhalb der französischen Armee dankt und gratuliert.[8]

Der Stalinismus des Sartre-Mitarbeiters Jeanson

Bereits etwas früher, im Februar 1956, findet sich in der *Révolution prolétarienne* Nr. 403 ein Offener Brief von Yves Dechezelles, eines Aktivisten dieser Zeitschrift und gleichzeitig Anwalt von Messali Hadj in seinen Prozessen vor französischen Gerichten. Hadj war mehrfach ins Gefängnis geworfen, deportiert oder mit Hausarrest belegt worden. Dechezelles kritisiert nun die gerade erschienene erste Buchveröffentlichung mit Dokumenten aus dem algerischen Befreiungskrieg, das Buch *L'Algérie hors la loi* (Das Algerien der Gesetzlosen) von Francis und Colette Jeanson, als ein Machwerk, das ausschließlich Dokumente der FLN und keines der „Messalisten“ abgedruckt und somit den Eindruck erweckt habe, die FLN sei die einzige Befreiungsbewegung Algeriens. In dem Buch, so Dechezelles' Kritik weiter, wird Messali Hadj als Kollaborateur und Lakai des französischen Gouverneurs und der CIA dargestellt. Weiter wird Hadj explizit aus prokommunistischer Perspektive der Zusammenarbeit mit dem Trotzkismus beschuldigt – ein typisch stalinistischer Vorwurf, damals noch ein mit dem Tode zu bestrafendes Verbrechen. Die Jeansons schreiben in diesem Buch sogar wörtlich: „Der Messalismus befindet sich auf dem Weg der Liquidierung“ – die Massaker der FLN, die noch folgen sollten, bereits vorwegnehmend.[9] Hier muss daran erinnert werden, dass es Francis Jeanson war, der im Auftrag Sartres 1952 die Kritik an Camus' *Der Mensch in der Revolte* für *Les Temps modernes* geschrieben hatte und dann das *Réseau Francis Jeanson* aufgebaut hatte, das ausschließlich die FLN mit finanzieller Unterstützung und Lieferungen für den bewaffneten Kampf (den sogenannten „Kofferträgern“) unterstützte.

Die Proteste des „Messalisten“-Freundes Camus

Es waren diese mörderischen Kampagnen der Jahre 1956 und 1957 gewesen, die Camus auf eine inhaltlich begründete Distanz zur FLN gehen ließen. Wer die libertären und revolutionär-syndikalistischen Zeitschriften dieser Zeit liest und zur Kenntnis nimmt, kann das plausibel nachvollziehen. Camus protestierte aber auch in seinen Büchern öffentlich gegen diese Massaker und schrieb im März/April 1958 dazu in seinem „Vorwort zur Algerischen Chronik“:

„Das blinde Niedermetzeln einer unschuldigen Menge, in der der Mörder im vorhinein gewiß ist, Frauen und Kinder zu treffen, wird jede Sache jederzeit entehren. […] Darum erschien es mir zugleich unanständig und schädlich, gemeinsam mit den Leuten, die Melouza oder die Verstümmelung der europäischen Kinder sehr gut verdaut haben, gegen die Folterungen zu protestieren. So wie mir es schädlich und unanständig schien, den Terror an der Seite der Leute zu verurteilen, die sich so leicht mit der Folter abfinden.“[10]

Im Zusammenhang mit dieser Passage weist Camus übrigens auch auf das Beispiel Gandhi hin, der bewiesen habe, „daß man für sein Volk kämpfen und sogar siegen kann, ohne auch nur einen einzigen Tag aufzuhören, Achtung zu verdienen.“[11]

Ende 1957 war die messalistische Strömung am Boden. Der inneralgerische Krieg im anti-kolonialen Befreiungskrieg forderte rund 10.000 Tote und 23.000 Verletzte.[12] Das algerische FLN-Regime ist bis heute an der Macht und in der Bevölkerung so desavouiert wie die anderen arabischen Regime auch, die derzeit von den arabischen Aufständen hinweggefegt werden.

Lou Marin

Anmerkungen:

[1] Angaben zur „roten Nacht“ von Tifraten mit unterschiedlichen Opferziffern auf messalistischer Seite, aber in beiden Quellen keine Opfer auf FLN-Seite bei Gilbert Meynier: „Le PPA-MTLD et le FLN-ALN, étude comparé“, in Mohammed Harbi und Benjamin Stora (Hg.): *La Guerre d'Algérie*, Paris 2004, S. 416-450, hier S. 436ff.; und bei „FLN contre MNA, une mémoire sanglante“, in *Le Monde*, 28. April 2004, Sonderbeilage zum Algerienkrieg. Dt. Zusammenfassung in *Graswurzelrevolution* Nr. 297, März 2005, S. 14f.

[2] Angaben zum „Massaker von Melouza“ mit unterschiedlichen Opferziffern auf messalistischer Seite, aber in beiden Quellen kein Opfer auf FLN-Seite genannt: bei Moula Bouaziz, Alain Mahé: „La Grande Kabylie durant la guerre algérienne“, in Harbi/Stora (Anm. 1), S. 253, und bei Jean Daniel: „Témoignage de Jean Daniel“, in Harbi/Stora (Anm. 1), S. 497. Dt. Zusammenfassung in *Graswurzelrevolution* Nr. 297, März 2005, S. 14f.

[3] Alice Cherki: *Frantz Fanon. Ein Portrait*, Edition Nautilus, Hamburg 2001, S. 151f.

[4] Albert Camus: „Postscriptum“, in Lou Marin (Hg.): *Albert Camus et les libertaires 1948-1960*), Égrégores Éditions, Marseille 2008, S. 296f.

[5] Albert Camus: „Der Sozialismus der Galgen“, in ders.: *Fragen der Zeit*, Reinbek 1960, S. 183-188, hier 184.

[6] Darüber berichtet der Friedenspreisträger des dt. Buchhandels 2011, Boualem Sansal, in seinem herausragenden Roman: *Das Dorf des Deutschen oder das Tagebuch der Brüder Schiller*, Merlin Verlag, Gifkendorf 2009.

[7] „Die Besiegten und Vergessenen des Algerienkrieges“, Teil 1 und Teil 2, in *Graswurzelrevolution* Nr. 296 und 297, Februar und März 2005

[8] „Messali Hadj nous parle de l'Afrique“ und Albert Sadik: „Un acquittement qui fait date“, in *La Révolution prolétarienne*, Nr. 439, Mai 1959, S. 24, wiederabgedruckt in Lou Marin (Hg.): *Albert Camus et les libertaires 1948-1960* (Anm. 4), S. 319-323.

[9] Yves Dechezelles: „À propos d'un livre sur l'Algérie. Lettre ouverte à Francis et Colette Jeanson“ in *La Révolution prolétarienne*, Nr. 403, Februar 1956, S. 21f., wiederabgedruckt in Lou Marin (Hg.): *Albert Camus et les libertaires 1948-1960* (Anm. 4), S. 311-318. Dt. Übersetzung in *Graswurzelrevolution* Nr. 296, Februar 2005.

[10] Albert Camus: „Vorwort zur Algerischen Chronik“, in ders.: *Fragen der Zeit* (Anm. 5), S. 146.

[11] ebd.

[12] Guy Pervillé: „La guerre d'Algérie: combien de morts?“, in Harbi/Stora (Anm. 1), S. 477-493, hier 484.

Vom Protestcamp zum Generalstreik

Die amerikanische Occupy-Bewegung entwickelt sich weiter

Occupy Oakland macht den Hafen dicht

Während die europäische Occupy-Bewegung nur der hässliche kleine Zwilling ist, scheint die Lobhudelei in den USA kein Ende zu nehmen. Bürgerrechtler, Philosophen, NGO'ler, Berufspolitiker und Querulanten: Alle sind sich einig. Im Jahre 2011 ist Einschneidendes in den USA geschehen. Das Erstarken der Occupy-Bewegung, zunächst an der Wall Street und dann in hunderten amerikanischen Städten wird als die Wiederauferstehung des revolutionären Bürgertums gefeiert.

„Das Aufregendste an der Occupy-Bewegung ist die Konstruktion von Verbindungen und Anschlüssen, die es überall gibt. Wenn dies bewahrt und ausgebaut werden kann", freut sich Noam Chomsky, „können die Anstrengungen von Occupy dazu führen, dass unsere Gesellschaft eine humanere Richtung einschlägt." Im Unterschied zu den deutschen Wutbürgern und anderen Empörten gehen die Akteure der aktuellen Proteste aufs Ganze. Sie weigern sich ihre Studienkredite zurückzuzahlen, besetzen Häuser, verhindern Zwangsräumungen und unterstützen Streiks. Ihre praktischen Ansätze und ihre Anschlussfähigkeit machen sie attraktiv und notwendig.

Gleichzeitig zeigt sich aber auch neben allem Aktivismus, dass es Leerstellen in der Bewegung gibt.

Schließt die Häfen!

Am 12. Dezember blockierten über 1000 AktivistInnen die Zufahrtsstraßen der Häfen von Oakland, Seattle, Portland, Longview, Los Angeles, Anchorage und Vancouver. Aufgrund der Proteste wurden Hafeneinrichtungen vorübergehend oder komplett geschlossen. Die Blockaden richteten sich vor allem gegen die beiden Unternehmen SSA Marine (Hafenbetreibergesellschaft) und die EGT (Getreideexporteur). An der SSA Marine hält die Investmentbank Goldmann Sachs große Anteile. Darüber hinaus befand sich die Gewerkschaft ILWU (International Longshore and Warehouse Union) in einem Tarifstreit mit dem Terminal für Getreideexport und sollte in ihrem Kampf unterstützt werden. Hierzu versuchte die Occupy-Bewegung in Utah zeitgleich das Logistikzentrum von Wal-Mart zu blockieren.Gerade die Arbeiter und der Großteil der vertretenen Gewerkschaften waren es allerdings, die ihnen nicht ihre volle Unterstützung zuteil werden ließen. Die ILWU ließ sogar mehrfach verlautbaren, dass sie den Protest nicht unterstütze. Den Besetzern warfen Sprecher der Gewerkschaft vor, die demokratischen Entscheidungsfindungsprozesse der Hafenarbeiter nicht zu respektieren und den Tageslohn damit aufs Spiel zu setzen.

Einzelne Arbeiter verhielten sich vor Ort dennoch solidarisch. Vor allem die Polizeigewalt, die den Besetzungen folgte und die Verhaftungen werden in den USA mit Entsetzen wahrgenommen.

Zwei Schritte voraus

Währenddessen denkt man aber auch schon über die Zukunft der Bewegung nach. Im Dezember fand die Konferenz „Occupy onwards" in New York City statt.

„Es ist naiv zu glauben, das System werde verschwinden, nur weil ein paar Leute sich aus ihm lösen. Goldman Sachs ist es egal, dass du deine eigenen Hühner hältst. Wir müssen die politische Kultur verändern", forderte die amerikanische Historikerin Julia Ott. Die Soziologen Christopher Chase-Dunn und Michaela Curran-Strange sehen diese Kultur laut einer aktuellen Studie in Kalifornien bereits verändert: So gäbe es in bereits fast 30% der kalifornischen Gemeinden eine Occupy-Bewegung. Jenseits der Bewegungen der großen Städte, sei dies gerade für viele Kleinstädte erstaunlich. Insbesondere sei neu, dass sich die Bewegungen gleichmäßig zwischen dem als eher konservativ geltenden Süden und dem eher als „links" geltenden Norden aufteilten.

Auf Bundesebene machte die Occupy-Bewegung bereits am 7. Dezember von sich hören, als unter dem Motto „Take back Capitol" (Holen wir uns das Kapitol zurück) AktivistInnen aus 46 Bundesstaaten die Büros ihrer Senatoren in Washinton D.C. besetzten. Wie bei jeder Bewegung, ist es wohl auch hier falsch, direkt die Systemfrage zu stellen. Wie bei jeder Bewegung, ist es dennoch wichtig und richtig, den nächsten Schritt zu gehen und nicht stehen zu bleiben. Bei allen Mängeln: die Bewegung in den USA scheint in diesem Sinne der europäischen und vor allem der deutschen Bewegung mindestens zwei Schritte voraus zu sein.

Lars Röhm und Vera Dracke

Tschau Tschesku!

Die „Anarchosyndikalistische Initiative Rumäniens" versucht Alternativen jenseits von Kapitalismus und Stalinismus zu bieten

Die neue Anarchosyndikalistische Initiative, ASIR, ist das einzige revolutionäre gewerkschaftliche Projekt in Rumänien, der einzige frische Wind in einer unter Klassenkollaboration, Sozialpartnerschaft und undemokratischen Praxen leidenden Arbeiterbewegung," betont die im November 2011 gegründete Gruppe aus Bukarest. In einem kürzlich in der IWW-Zeitung *Industrial Worker* erschienenen Interview präsentieren sie sich selbstbewusst und zielsicher: „Wir versuchen sowohl die Industrie als auch die Mainstream-Gewerkschaften anzugreifen, aber es ist ein harter Kampf."

Nach eigener Einschätzung kann die noch junge und kleine Initiative aus Südosteuropa internationale Unterstützung gut gebrauchen und hat bereits die Aufnahme in der Internationalen Arbeiterassoziation (IAA) beantragt.

Ein Land im Wandel...

Die rumänische Gesellschaft steckt in einer tiefen wirtschaftlichen und somit auch sozialen Krise, in welcher die traditionellen Gewerkschaften ihrer eigentlichen Aufgabe, dem Kampf für lebenswürdige Löhne oder wenigstens der Verteidigung von sozialen Standards nicht mehr nachkommen können. Viel zu lange hatte es gedauert, bis die großen Gewerkschaften auf die von Sozialabbau und Lohnkürzungen begleitete Finanzkrise 2009 reagierten. Die liberal-konservative Regierung Basescu hatte mit Rücksicht auf einen Notkredit über 20 Milliarden Dollar vom Internationalen Währungsfonds (IWF) zuerst die Mehrwertsteuer von 19% auf 24% angehoben, im Sommer dann alle öffentlichen Gehälter um 25% gekürzt, die Renten gesenkt, Krankenhausschließungen und massiven öffentlichen Stellenabbau durchgesetzt. Gleichzeitig verblieb die einheitliche Einkommenssteuer bei nur 16%.

Selbst der Vorsitzende des IWF Dominique Strauss-Kahn äußerte damals seine Verwunderung über den einseitigen Sparkurs der Regierung: „Die Regierung sagte, sie würde 25% kürzen. Wir rieten ab: Wenn Sie sparen wollen, erhöhen Sie Steuern, insbesondere für die Reichen. Aber die Regierung antwortete: Nein, wir sind diejenigen, die entscheiden."

„Anarchistische und anarchosyndikalistische Ideen werden populärer, immer mehr Leute interessieren sich für diesen Ansatz. Es sind kleine Schritte, aber die Unterschiede zu den vergangenen Jahren sind erkennbar", so ASIR gegenüber der *DA*. Trotz des immer noch großen Einflusses bröckelt das Vertrauen in die monopolistisch und undemokratisch agierenden Großgewerkschaften. „Es ist nicht einfach, an die bürgerlichen Gewerkschaften heranzukommen. Sie verhalten sich wie gelbe Gewerkschaften und sind auf jede Alternative eifersüchtig."

Die Seilschaften zwischen ehemals staatlichen Gewerkschaften, Regierungs- und Wirtschaftsvertretern sind eng geknüpft. Nicht nur in Rumänien konnten sich ehemalige Parteikader quasi über die Wende-Nacht zu Marktwirtschaftlern und Businessmen wandeln. Gleichzeitig auch noch eine Gewerkschaftsfunktion zu bekleiden, ist in ihren Augen nicht Ausdruck von Doppelzüngigkeit, sondern von Geschäftsgeist. Die Verhandlungskanäle zwischen Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Regierungsvertretern sind dementsprechend wenig transparent und von Korruption durchzogen.

„Die aktuelle Krise wurde von einigen wichtigen Ereignissen begleitet. Kurz nachdem die Regierung entschied, Löhne und Renten zu kürzen, nahm die Staatsanwaltschaft Untersuchungen gegen Gewerkschaftsfunktionäre auf. Das ist kein Zufall, selbst wenn hohe Gewerkschafter korrupt sind. Die Regierung wollte sichergehen, dass es keine Gegenstimmen zu ihrer Politik gibt, die Änderung des Arbeitsrechtes und die Prekarisierung von Arbeitern eingeschlossen. Vor kurzem wollte der Innenminister ein Gesetz erlassen, das Demonstrationen verhindert, indem die Anmeldung von öffentlichem Protest erschwert werden sollte. Bei jeder noch so kleinen Kundgebung gibt es jede Menge Polizisten, um sämtliche Teilnehmer zu erfassen. Das schüchtert alle diejenigen ein, die ihre Unzufriedenheit mit der aktuellen Politik und den Regierungsentscheidungen auf die Straße tragen wollen. Eine solche Reaktion der Mächtigen war zu erwarten, denn Macht existiert nur aus einem Grund – sich selbst zu erhalten."

...der jedoch Chancen bietet

Bis heute scheint diese Rechnung aufzugehen. Die Proteste gegen die massiven Gehaltskürzungen im öffentlichen Dienst und den umgreifenden Sozialabbau waren bislang weitgehend erfolglos. Zeitgleich senkte sich das allgemeine Lohnniveau im Land; Misstrauen und Resignation bleiben am Ende. Dies sei nicht nur in Rumänien, sondern weltweit zu beobachten, resümiert die ASIR: „Der Wohlfahrtsstaat – der alle radikalen Bewegungen in Europa entradikalisierte – fällt. Kapitalismus ohne Begrenzung und ohne die Sowjetunion als Gegenpart wird zu Selbstzerstörung führen, denn Kapitalismus bedeutet die Bündelung von Wohlstand in immer weniger Händen."

Dieser Trend ist in Rumänien offensichtlich, gleichzeitig ist jedoch eine Zunahme unabhängiger sozialer Proteste zu beobachten. In Bukarest wurde erstmalig die Universität mit der Forderung nach mehr Autonomie und demokratischen Strukturen im Bildungsbereich besetzt, in Cluj kam es zu symbolischen Enteignungen der städtischen Behörden und bei der Parade zum Nationalfeiertag wurde der Präsident mit Buhrufen empfangen.

Ein Erfolg für ASIR war auch der kürzliche Streik in dem metallverarbeitenden Betrieb GDS MS in Arad. Nach vergeblichen Verhandlungen der kleinen Gewerkschaft NEMIRA konnten die Metallarbeiter mit einem unbefristeten Streik ihren Lohn von gerade einmal 125 Euro durch Lebensmittelcoupons aufbessern und gerechtere Arbeitsverträge aushandeln. Um die ignorante Berichterstattung der Mainstream-Medien zu durchbrechen, übernahm ASIR auf ihrer Webseite die Öffentlichkeitsarbeit und versuchte, über Kontakte zu anderen anarchosyndikalistischen Initiativen außerhalb Rumäniens, eine breitere Aufmerksamkeit für die Arbeitsbedingungen bei dem Global Player GDS zu schaffen.

„Rumänien kann keinen Aufschwung erwarten, nicht nach all den Kürzungen und der Beschneidung von Freiheiten durch die Regierung. Vor diesem Hintergrund jedoch hat eine anarchosyndikalistische Bewegung die Chance, stärker zu werden", hofft die Initiative.

Roland Ibold

Anzeige
"Warum sollen wir Kleidung tragen, die von ausgebeuteten ArbeiterInnen hergestellt wurde?"

www.bekleidungssyndikat.de
fair – bio – vegan

Anzeige

Anzeige
Querstellen statt querlesen
alk
analyse & kritik
Zeitung für linke Debatte und Praxis
3 Ausgaben für 5 Euro
Bestellungen: www.akweb.de

strug·gle ['strʌgl]

Nachrichten von der Klassenfront

Kasachstan: Massive Streikwelle rollt durch den zentralasiatischen Staat

Das von Nursultan Nasarbajew und seiner Einheitspartei Nur Otan diktatorisch regierte Land erlebt seit Monaten einen heftigen Streik der ÖlarbeiterInnen aus der Region Mangistau. Bei einem Protestzug der Streikenden in dem kleinen Ölstädtchen Schanaosen am Tag der Feierlichkeiten zur Unabhängigkeit kam es zu schweren Auseinandersetzungen mit der Polizei, in deren Folge die Polizei laut AugenzeugInnen in eine Menge unbewaffneter DemonstrantInnen schoss. Die Angaben zu Toten und Verletzten schwanken stark zwischen 14 und 70 Toten bzw. 86 und mehreren hundert Verletzten. Ein Ausnahmezustand mit Ausgangssperre und daraus resultierendem Verbot zu demonstrieren wurde verhängt. Der Streik in dem rohstoffreichen Land richtet sich gegen die enorme Ausbeutung von Arbeitskraft, gefordert werden deutliche Lohnerhöhungen. Während sich ein Großteil der seit Frühjahr 2011 Streikenden mit kleinen Zugeständnissen an den Arbeitsplatz zurückdrängen ließ, kämpft der Rest weiter. Knapp 1.000 Leute wurden im Zuge des Arbeitskampfes gekündigt, unzählige weitere sitzen im Gefängnis.

China: 8.000 Menschen bestreiken südkoreanischen Panelhersteller LG Displays

In der chinesischen Industriestadt Nanjing, unweit von Chinas Ostküste entfernt, kämpfen die ArbeiterInnen des dortigen Fertigungswerkes von LG Displays seit dem 26.12. gegen die rassistische Firmenpraxis. Die koreanischen Werksarbeiter erhielten am Ende des Jahres einen Bonus von rund sechs Monatsgehältern, während die chinesischen ArbeiterInnen nur einen Bonus von rund einem Monatsgehalt bekommen. Zunächst demonstrierte nur eine einzelne Fabrikhalle, doch der Protest weitete sich schnell zu einem Streik aus, der ca. 80 Fertigungsstraßen erfasste. Weder die Androhung, das gesamte Werk zu schließen und die RädelsführerInnen anzuklagen, noch das Angebot, den Bonus zu verdoppeln, konnte den Arbeitskampf beenden. Es wird weiterhin die komplette Gleichbehandlung von ChinesInnen und KoreanerInnen gefordert. Es ist gut möglich, dass der Streik noch mehr Forderungen hervorbringt. So wird zum Beispiel angeprangert, dass die über zwölf Arbeitsstunden pro Tag zu viel, die umgerechnet $430 Lohn zu wenig sind und das Kantinenessen zu mies ist.

Global: Working for Scrooge – Kür zur gewerkschaftsfeindlichsten Firma 2011

Das International Labor Rights Forum (ILRF) hat seine Top 4 der gewerkschaftsfeindlichsten Unternehmen 2011 veröffentlicht. Diese weltweit operierenden Großunternehmen werden jährlich von der Anwaltsvereinigung exemplarisch angeprangert, steht doch jeder Name für ein genauso exemplarisches Vorgehen gegen jegliche Zusammenschlüsse von ArbeiterInnen. Auf der Liste finden sich die Philippine Airlines, der Süßwarenhersteller Hershey's, der Obst- und Gemüseproduzent Dole sowie die Handelskette Wal-Mart. An den Unternehmen wird kritisiert, dass sie zum Beispiel in ihrer Lieferkette im Ausland Kinderarbeit oder (para-) militärische Gewerkschaftsbekämpfung dulden. Für 2012 lässt sich jetzt schon sicher sagen: Die von den Anwälten als Heilmittel gepriesenen Petitionen und Klagen werden wieder nichts ändern und die Unternehmen für die nächstjährige Liste werden wieder mal nicht ausgehen.

Jemen: Streik gegen Amtsmissbrauch und Korruption

Auch wenn gerne versucht wird die Aufstände im Nahen und Mittleren Osten als Drang zur Demokratie im „westlichen" Sinne darzustellen, so stecken dahinter neben einem meist nicht näher definierten Befreiungswunsch auch ökonomische Interessen. So wird beispielsweise der Jemen neben ständigen sozialen Protesten auch mit jeder Menge Streiks konfrontiert. Oft geht es hierbei um Vetternwirtschaft und Korruption und die daraus resultierenden Nachteile für die ArbeiterInnen. So begann die jüngste Streikwelle als MitarbeiterInnen der nationalen Fluggesellschaft forderten, den Direktor Abdel-Khalq al-Qadhi zu feuern. Der Erfolg der KollegInnen veranlasste viele Menschen ebenfalls dazu, ihre Präsident Saleh treuen Vorgesetzten aus dem Betrieb zu jagen. Am stärksten beteiligten sich staatliche Stellen an dem Streik, darunter auch die staatliche Fernsehanstalt.

USA: Aussperrung von Krankenschwestern nach Warnstreik

Ende Dezember traten 6.000 Krankenschwestern in einen eintägigen Streik. Der Arbeitskampf fand in neun Krankenhäusern der San Francisco Bay-Area und Los Angeles statt und richtete sich gegen Personalmangel und die damit verbundene Arbeitshetze. Des Weiteren wurde für den anstehenden neuen Tarifvertrag eine Verbesserung bei den Krankenversicherungsbeiträgen gefordert. Bereits seit einem halben Jahr dauert der Konflikt an und die Fronten zwischen Gewerkschaften und dem Sutter-Health-Konzern sind verhärtet. Mit der nun verhängten Aussperrung streikender KrankenhausmitarbeiterInnen hat der Krankenhausbetreiber eine neue Eskalationsstufe betreten. Die Krankenschwestern protestieren gegen die Aussperrung. Sie wollen ihre Aktionen und notfalls Streiks weiter fortsetzen.

Anzeige

CONTRASTE

Die Monatszeitung für Selbstorganisation

Protest vor der Frontex-Zentrale in Warschau Foto: Marily Stroux

FRONTEXPLODE Das EU-Grenzregime attackieren · »Einsatz an der Außengrenze« – Frontex als treibende Kraft der Vorverlagerung · »No one can stop the rain!« – Frontex im Einsatz in Nordgriechenland · Die Hochrüstung der Migrationskontrolle: Von Biometrie bis Satelliten · Charter der Schande – Wachsender Widerstand gegen Sammelabschiebungen · Interview: Kampfprogramm gegen Nigeria · »Boats 4 People« am Start – Schiffe der Solidarität gegen das Sterben im Mittelmeer **SERIE** »Die Kinder des Sisyfos«, 8. Folge: Ein Besuch in Krupps Villa Hügel **LINKS SEIN** Per Ideenwettbewerb zur linken Hegemonie **SOLIDARISCHE ÖKONOMIE** Katalonien: Zu einer anderen Gesellschaft · Die Vielfalt ökonomischer Alternativen **GENOSSENSCHAFTEN** Kommunale Energiegenossenschaften: Gründungsanstöße von der Politik · Fachtagung »Energiewende Jetzt«: Kuscheln unterm Sonnenschirm **u.v.m.**

Archiv-CD.3 mit »BUNTE SEITEN 2011«
siehe: www.contraste.org/archiv-cd.htm

Ein Schnupperabo 3 Monate frei Haus gibt es für 5 Euro
(Es endet automatisch und muss nicht gekündigt werden. Nur gegen Vorkasse: Schein/Briefmarken/Bankeinzug!)

Bestellungen im Internet oder über CONTRASTE e.V. Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

Probelesen: www.contraste.org

Sonne, Strand und Sexarbeit

Dass beim Sextourismus der Tourismus weiblich und der Sex männlich sein kann, zeigt das Beispiel „Karibik"

Mit der Entwicklung des internationalen Tourismus zum Massenphänomen seit den 90er Jahren fand die globale Verbreitung des Phänomens des klassischen Sextourismus statt. Tausende Männer und Frauen aus Europa und Nordamerika kommen jedes Jahr in die Karibik, um Sonne, Strände und Sex zu genießen.
Zunehmend reisen besonders Frauen in die Karibik, mit dem Ziel einige Tage in den Armen eines gutaussehenden Mannes zu verbringen. Nach wie vor unterliegt Sextourismus geschlechts-, klassenspezifischen und rassistischen Machtverhältnissen, die in der Kolonialzeit wurzeln. Allerdings geht es beim Sextourismus häufig um mehr, als um kurzfristigen, billigen Sex. Über das Thema sprach die DA *mit dem genderpolitischen Aktivisten Svenn Grant aus Trinidad/Tobago.*

Jedes Jahr kommen gut 80.000 Frauen aus einer Vielzahl relativ wohlhabender westlicher Länder allein nach Jamaika. Welchen ökonomischen Einfluss hat weiblicher Sex-Tourismus auf die Karibischen Inseln?

Ich habe keine empirischen Daten über weiblichen Sex-Tourismus in der Karibik, weder in Bezug auf die Quantität, noch auf die Preise. Es lohnt sich aber auch ohne Daten auf diese Frage zu antworten. Frauen, die Sexarbeit betreiben, gelten hier als Prostituierte, Huren und leichte Mädchen. Männer gelten als Gigolos, Beach Boys oder Nichtstuer. Diese Begriffe geben männlichen Sexarbeitern einen sozial eher akzeptablen Status. Frauen werden als Teilnehmerinnen an kriminellen Aktivitäten gebrandmarkt, während männliche Sexualität gefeiert wird – oder sie gilt als Wohltätigkeit.

Der Tourismus in der Karibik gilt zumeist als besonders paradiesisch. Touristen können hier mal richtig „rauskommen" und sich auf die Schönheit der Inseln einlassen. Für viele weibliche Reisende ohne Begleitung macht dieser Reiz, in Verbindung mit den Männern, die die patriarchalen Erwartungen eines unersättlichen Sexualtriebes erfüllen, das Angebot besonders attraktiv. Obwohl ich keinen Zweifel daran habe, dass Frauen zum Sex-Tourismus in der Karibik beitragen, ist es weit bekannt, dass Prostitution „offiziell" eher weiblich ist.

Die Erfahrung des sexuellen Tausches besteht darin, dass Frauen von Männern sexuell befriedigt werden und im Gegenzug geht die Frau mit dem Mann aus, kauft ihm Sachen, manchmal springt sogar eine vollbezahlte Reise in ihr Heimatland dabei heraus.

Wie beeinflussen sexuelle Normen und ökonomische Unterschiede die gesellschaftliche Sichtweise auf diese Interaktionen?

Der Mann wird zunächst einmal als Mann zelebriert. Manchmal erhält er einen höheren Status, weil er eine Frau mit hellerer Haut an seiner Seite hat. Das Verhältnis wird als Kurzbeziehung angesehen und selbst wenn Leute die Stirn runzeln, ist hier und da ein Witz über den Mann das Schlimmste, was ihm passieren kann. Kurzum: männliche Sexarbeiter werden gefeiert, weibliche gefickt!

Nur wenige männliche Sexarbeiter verstehen sich als Opfer der Verhältnisse, wenn sie irgendwo in Europa in ein Apartment oder eine Hütte gesperrt werden. Es gibt keinen Zweifel daran, dass einige Männer die Flucht aus der Armut suchen und gerne eine Beziehung mit einer ihrer „Klientinnen" hätten.

Ich erinnere mich an einen Mann, der mir erzählte, wie aufgeregt er sei zu reisen. Viele der Männer haben nur durch diese Tausch-Arrangements die Möglichkeit zu dieser Erfahrung. Als er an seinem Ziel ankam, wurde er ohne Schlüssel in ein Haus gesperrt. Er wurde zum Sexsklaven, der gehandelt wurde. Die Wahrscheinlichkeit, dass andere Männer hier von solchen Erfahrungen hören, ist minimal. Die traditionellen Vorstellungen von Männlichkeit bringen Männer zum Schweigen über ihre Verletzlichkeit. Es ist erstaunlich: Wenn wir verletzt werden, können wir es nicht ausdrücken…denn wir sollen nicht verletzt sein, wir sind ja Männer.

Frauen genießen Gelegenheitssex und Prostitution, aber offensichtlich auf informellere Art. Sie sehen ihre sexuellen Begegnungen nicht als ein Prostituierte-Freier-Verhältnis. Ist das nicht schlichte Heuchelei?

Viele „normale" sexuelle Beziehungen basieren mit großer Wahrscheinlichkeit auf Tausch. Nur dass es, wenn die Frau den Mann nicht bar bezahlt, nicht als Sexarbeit betrachtet wird.

Quelle: Vera Dracke

Diese sexuelle Kultur ist besonders ausgeprägt zwischen älteren Männern und jüngeren Frauen oder Mädchen in der Karibik. Und sie ist ein Hauptverursacher von HIV, vor allem weil diese sexuellen Partnerschaften zahlreich und gleichzeitig stattfinden und in der Regel ohne geschützten Verkehr. Diese Praktiken würde ich auch als eine Form von Sexarbeit bezeichnen, da sie natürlich auf bestimmten Formen von Ungleichheit basieren.

Vielleicht halten konservative Geschlechterrollen oder Moralvorstellungen einige Frauen davon ab, mehrere sexuelle Beziehungen mit Männern einzugehen. Sowohl Männer als auch Frauen können in diesen Beziehungen verletzlich sein. Für viele ist Verletzlichkeit schwer zu erkennen, wenn Männer betroffen sind.

Wie macht man es richtig im Falschen?

CNT organisiert Konferenz zum Thema „alternative Ökonomie"

Seit einigen Jahren leben die Menschen in Spanien nun mit der Erkenntnis, dass ihre sozialen Perspektiven bis auf weiteres nicht berauschend sein werden. In dieser Situation stellen sich nun viele die Frage nach Alternativen. Die CNT-IAA lud deshalb am Wochenende vom 9. bis 11. Dezember in ihr Gewerkschaftshaus in Villaverde, um Perspektiven einer alternativen Ökonomie zu erörtern. Eingeladen waren insbesondere Kollektive aus verschiedenen Branchen, die vor Ort ihre Erfahrungen austauschten und gemeinsame Perspektiven diskutierten.

Zu Beginn der Konferenz führte José Luis Carretero vom „Institut für Wirtschaftswissenschaften und Selbstverwaltung" (span.: ICEA) in das Thema des Wochenendes ein. Carretero verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass der Aufbau einer alternativen Ökonomie in konkreten Krisensituationen immer wieder ein Lösungsansatz für ArbeiterInnen war. Um aber auch eine langfristige Perspektive über den Kapitalismus hinaus zu eröffnen, sollten sich kollektiv geführte Unternehmen an einem nachhaltigen Wachstum orientieren. Eine alternative Ökonomie müsse nicht hinter den aktuellen technischen Stand zurückfallen. Es sei darüber hinaus wichtig, genau zu überlegen, ob es in der jeweiligen Branche sinnvoll sei, eine alternative Struktur zu etablieren. So mache es zum Beispiel wenig Sinn im Gesundheitsbereich alternative Strukturen zu etablieren, wo es bereits entsprechende, durch Steuermittel finanzierte Infrastrukturen gäbe. In solchen Fällen gelte es vor Ort Einfluss zu nehmen. Alternativbetriebe müssten sich deshalb auch immer auf die sozialen Kämpfe innerhalb der Gesellschaft beziehen. Als Teil einer wachsenden und auf allen Ebenen der Gesellschaft verankerten libertären Bewegung könnten sie ihren Beitrag zur Etablierung einer auf Selbstverwaltung basierenden, post-kapitalistischen Wirtschaft leisten, so Carretero.

An den folgenden Tagen tauschten sich die TeilnehmerInnen in verschiedenen Workshops über ihre direkten Erfahrungen und weitergehende Fragen aus. Auffallend war dabei der große Anteil teilnehmender Projekte aus der Landwirtschaft. Es stellten sich jedoch auch andere Projekte vor: So zum Beispiel das aus einem CNT-Konflikt entstandene Kollektiv „Vulcano" zur Herstellung von Heizöfen, oder das Netzwerk „Goteo". Letzteres widmet sich der Vermarktung von Produkten und der Finanzierung neuer Alternativprojekte durch Mikrokredite. Mit Interesse wurden auch die Berichte von „Can Masdeu" aufgenommen. Dieses Kollektiv hat rund um ein ehemaliges Krankenhaus in Barcelona eine eigene Ökonomie etabliert. In einer Form von Mischwirtschaft versuchen die Beteiligten so weit wie möglich ohne Geld auszukommen und Konsumgüter selber herzustellen oder zu tauschen. Unter einem Dach finden sich hier unter anderem ein Restaurant und verschiedene Bildungs- sowie Gartenprojekte.

Insgesamt ist an diesem Wochenende deutlich geworden, dass die Bewegung für eine alternative Ökonomie noch weit davon entfernt ist, eine gewichtige Rolle innerhalb der spanischen Gesellschaft einzunehmen. Die bisherigen Ansätze könnten allerdings eine Grundlage für eine entsprechende Entwicklung bieten. Darüber, dass Alternativen zum Status Quo benötigt werden, waren sich jedenfalls alle einig.

Florian Wegner

Kaputt Mundi...?

Wie die italienische Hauptstadt unter dem „Ex-Faschisten“ Gianni Alemanno zur Hauptstadt der Ausgrenzung und Marginalisierung wurde

Eigentlich sagt man ja: „Neapel sehen und sterben.“ Für viele ist und bleibt jedoch Rom das wahre Filetstück einer jeden Italienreise. Armut passt da freilich nicht ins Bild. Und doch hat sich die Situation der in Rom lebenden Menschen gerade unter der Ägide des Bürgermeisters Gianni Alemanno oft drastisch verschlechtert. Besonders hart trifft es dabei Prekäre, Flüchtlinge, Asylsuchende und Roma.

Das Beispiel der Romafamilien zeigt besonders deutlich, was römische Marginalisierung in der Regierungszeit Gianni Alemannos, dem ersten „ex-faschistischen“ Bürgermeister der Geschichte, bedeutet. Die Roma in Italien sind arm, obdachlos und stets von rassistischer Gewalt bedroht. Sie werden ghettoisiert und als „von Natur aus“ anders stigmatisiert. In den dreieinhalb Jahren Amtszeit von Alemanno sind neben den Roma ebenfalls die illegalen Einwanderer, die Obdachlosen, die Prostituierten ins Fadenkreuz behördlicher Verordnungen geraten. Letztere sind gar zum Objekt einer der „berühmtesten“ Verordnungen der Regierung Alemannos geworden, welcher zu Beginn seiner Amtszeit versprach, die Prostitution mittels Geldstrafen in Höhe von mehreren hundert Euro von den Straßen der Hauptstadt zu verbannen. In dieser Verordnung wurde sogar der Kleidung und der Länge der Röcke der Prostituierten Beachtung geschenkt.

Taler, Taler, du mußt wandern

Im Jahr 2008 erklärte die Regierung Berlusconi den Roma-Notstand in einigen Städten Italiens – darunter Rom. Für die Umsetzung seines darauf folgenden „Nomadenplans“ generierte die Regierung ein Budget von 32 Mio. Euro. Dieser Notstand wurde im übrigen am 18. November vom italienischen Staatsrat (Consiglio di Stato) für illegitim erklärt, was bedeutet, dass sämtliche Maßnahmen der letzten zwei Jahre ohne rechtliche Grundlage umgesetzt wurden. Die zur Verfügung stehenden 32 Mio. Euro wurden auf zweierlei Weise ausgegeben: Erstens zur Erweiterung der sogenannten ausgestatteten Camps - mit Metallgittern umzäunte Areale, die üblicherweise außerhalb des städtischen sozialen Netzes liegen und in denen hunderte Romafamilien in Containern von wenigen Quadratmetern wohnen. Diese offiziellen Camps werden 24 Stunden am Tag vom Ordnungsamt bewacht, von Videokameras gefilmt. Niemand kann herein, ohne identifiziert zu werden. Sie liegen so weit außerhalb, dass die Kinder regelmäßig zu spät zur Schule kommen.

Der zweite Teil des Geldes wurde für die „illegalen“ Roma ausgegeben, jene also, die in versteckten Baracken oder Zelten in den Waldstücken an den Rändern viel befahrener Straßen oder in den Parks leben. Der Verein 21 Luglio, der sich mit Kinderrechten befasst, hat in dem Zeitraum von März bis Mai 2011 rund 154 Zwangsräumungen von solchen Unterkünften gezählt, deren einzige Folge die weitere Verschlechterung der sozialen und sanitären Bedingungen der Einwohner war. Heute werden diese informellen Camps in immer unsicheren und versteckteren Zonen gebaut und behindern somit massiv den kontinuierlichen Schulbesuch der Kinder. Weiter berichtet der Verein 21 Luglio, dass die 430 Räumungen der Camps seit Beginn des sogenannten Nomadenplans 2008 Kosten von ca. 4 Mio. Euro verursacht haben.

Wie die Roma leben in Rom ca. sechstausend Menschen ohne festen Wohnsitz. Von diesen sind nur eintausend in den Nachtunterkünften der Stadt oder ehrenamtlichen Einrichtungen – zumeist aus dem Umfeld der Kirche – untergebracht. Die kommunale Politik handelt praktisch gar nicht. Nur im Winter, wenn die nächtlichen Temperaturen zu niedrig werden, ist von der Stadt ein Anti-Kälte-Plan vorgesehen, der die Schlafplätze für Obdachlose aufstockt.

The good, the bad and the ugly

In Rom gibt es jedoch auch ein politisch und ökonomisch sehr aktives Netz von BürgerInnen mit Migrationshintergrund, die sehr gut in die Stadt integriert sind. Sämtliche Bürgermeister haben stets versucht, sich mit ihnen gut zu stellen, da sie ein aktiver Teil der Stadt sind und weil sie – früher oder später – selbst wählen werden. Alemanno bewegt sich besonders vorsichtig in dieser Brandung, da sie ihm nutzt, um das ihm anhaftende Image des Rassisten los zu werden.

Dann gibt es noch ca. 10.000 Flüchtlinge, Vertriebene, Asylsuchende oder einfach Personen in einer harten Lebenslage, einem Sektor dem die Regierung Alemanno weit weniger Respekt widmet als die vorangegangenen. Jenseits der Quantität der Finanzmittel ist das ernsthafte Problem dieser Art von Marginalisierung die Tatsache, dass sie sehr viel Geld für immer gleich bleibende Gruppierungen, die auf dem Gebiet arbeiten, bringt. Es entstehen so nie vernünftige Prozesse, die es erlauben würden, eine Autonomie (vor allem in Bezug auf den Wohnraum) zu erlangen. Da es für die Migranten schwer ist eine feste oder ordentlich bezahlte Arbeit zu finden, wird es beinahe unmöglich eine Wohnung zu finden. Es entstehen spontane Besetzungen, die von den Institutionen mangels alternativer Lösungen toleriert werden. So geschehen am Beispiel des Bahnhofs Ostiense: Eigens für die WM 1990 gebaut und dann verlassen, leben dort eine Vielzahl Asylsuchender aus Afghanistan.

Ylenia Sina

Amsterdam hat „ausgekrakt“

Repression und Kriminalisierung von Hausbesetzungen im liberalen Holland

Jahrelang war das sogenannte *kraken*, das Besetzen von Häusern, in den Niederlanden erlaubt. Doch damit ist nun Schluss. Ein neues Gesetz stellt Hausbesetzungen seit Oktober 2010 unter Strafe. So wurden mit einem Schlag sämtliche aktuellen und zukünftigen Hausbesetzer zu Kriminellen erklärt. Die Gesetzgebung ließ keinen Zweifel an den individuellen Konsequenzen für all jene, die in besetzten Häusern wohnen, aufkommen: Als Mindeststrafmaß wurde ein Jahr Haft, als höchstes zwei Jahre und acht Monate festgesetzt.

Zur selben Zeit lies der Sozialdemokrat Eberhard van der Laan, als frisch gebackener Bürgermeister von Amsterdam, verkünden, dass alle 300 besetzten Häuser in der Stadt geräumt würden. Während andere Städte in den Niederlanden die Hausbesetzer unbehelligt ließen, gab es in Amsterdam systematische Räumungen.

Trotz der Illegalisierung der Besetzungen und der Kriminalisierung vieler Künstler und Aktivisten, die in ihnen arbeiten und wohnen, sprudelt Amsterdam über vor Begeisterung, geräumte Gebäude und Komplexe zurück zu besetzen. Unter der aktuellen Gesetzgebung bedeutet dies allerdings ein weit höheres persönliches Risiko als in der Vergangenheit.

Junge Talente brauchen jedoch bezahlbare Ateliers, um sich auszudrücken und ihre Arbeit weiter entwickeln zu können. Dies gilt für Künstler überall auf der Welt – und ebenso in Amsterdam. Wie sich jedoch durch die gewaltsame Räumung der Galerie Schijnheilig am 5. Juli 2011 gezeigt hat, weigert sich Amsterdams Bürgermeister Eberhard van der Laan hartnäckig, dies zu verstehen. Er hat sich den Künstlern gegenüber ebenso feindlich gezeigt, wie die Budget-kürzende rechte Niederländische Regierung.

Die Zwangsräumung des Galeriegebäudes steht symbolisch für die intransparenten Pläne, den politischen Ehrgeiz und den Opportunismus von Amsterdams Regierenden. Als Hauptrolle im selbst geschriebenen Drehbuch gibt die Regierungspartei den Part des heldenhaften Zerstörers heterogener Communities. Mit dem Genuss eines Eroberers können sie nun Spekulanten und Stadtplanern freie Hand geben in einer Stadt, die diese bereits seit langem als ihr Privateigentum betrachten.

Räumung von Staatseigentum

In der Nacht vor der Räumung kam van der Laan der Einladung der Galerie Schijnheilig zu einer öffentlichen Debatte nach. Bei dieser Gelegenheit wurde ihm eine gang- und machbare Lösung präsentiert: Alle Ateliers würden freiwillig das Gebäude räumen, wenn der Besitz – wie bereits zuvor im Plan zur Stadtentwicklung beschlossen – sozialen Aktivitäten der Community zugeführt würde. Der Plan zur Stadtentwicklung wurde jedoch niemals umgesetzt, was mehr als einmal zu Spekulationen mit dem immensen Profit, der aus dem Gebäude gezogen werden könnte, geführt hat.

Die Umsetzung des Plans würde für die Stadt bedeuten, das Gebäude zu einem höheren Preis zurückkaufen zu müssen und somit kommunale Gelder zu verschwenden. Van der Laan schien von diesen Argumenten unberührt zu bleiben. Da seine Parteigenossen und Vorgänger sehr leicht für das finanzielle Fiasko zur Rechenschaft gezogen werden könnten, würde er ihre Beteiligung zugeben.

Während der Debatte im Schijnheilig tat der Bürgermeister sein Bestes, um seinen rechten Koalitionspartnern sein *Zero-Tolerance-Image* unter Beweis zu stellen. In der kurzen Zeit, die er in dem besetzten Haus verbrachte, weigerte er sich, die anwesenden Besetzer und Künstler ernst zu nehmen und beharrte auf seiner Frage: „Wer hat mehr Anrecht auf dieses Gebäude, der Eigentümer oder ihr?“

Quelle: Gales Gates

Der Eigentümer des Gebäudes ist jedoch der Rijksgebouwendienst, eine landesweite Agentur, die für Regierungsgebäude und einige Museen und Denkmäler zuständig ist. Tatsächlich hat van der Laan also ein Gebäude geräumt, das der niederländischen Bevölkerung gehört. Ohne Rücksicht auf vorherige Beschlüsse und Einteilungspläne, hat er es dem eigentlichen Zweck der sozialen Nutzung entrissen.

Der Skandal und van der Laans politischer Ehrgeiz wurden schnell offensichtlich, als in Erinnerung gerufen wurde, dass van der Laan in der Vergangenheit als Anwalt Hausbesetzer gegen dubiose Vermieter verteidigt hatte und behauptet hatte Sozialist zu sein.

Boykottiert Amsterdam!

Unerwarteter aber willkommener Rat kam in dieser Situation von einem älteren Ex-Besetzer in einem kritischen Artikel in der Amsterdamer Zeitung *Het Parool*:

„Mutige junge Talente, die weiterhin ihre Ateliers besetzen möchten, mögen folgenden Rat befolgen: Verbündet euch mit entschlossenen Marketing- und Medienleuten. Gründet mit ihnen Agenturen für Anti-Werbung. Entmutigt Kulturtouristen rund um den Globus nach Amsterdam zu kommen. Tut dies, um der Enttäuschung vorzubeugen, die sie erfahren werden, sobald sie hinter die Fassaden von Amsterdam schauen. Tut dies unablässig und nutzt alle möglichen Medien. Mit jedem Prozent städtischer Kurtaxe weniger, werdet ihr gleichzeitig kreativen Erfolg und Befriedigung haben. Bingo!“

Mit van der Laan als Bürgermeister wird Amsterdam jedoch niemals eine dynamisch-urbane und kulturell-diversifizierte Stadt werden. Im besten Falle wird es ein Disneyland der hohen Kunst oder ein Open-Air-Museum wie es Venedig vor Jahrzehnten wurde, im schlimmsten Fall eine Karikatur seiner selbst. Amsterdams Geschichte hat jedoch gezeigt, dass sich kreativer Widerstand lohnt, besonders wenn er zur gemeinschaftlichen und sozialen Notwendigkeit wird.

Daniel Dorset

Meldungen aus der IAA

CNT (Barcelona | Spanien): Urteilsspruch gegen ATENTO
Gegen das Unternehmen ATENTO, das den Notruf 061 in Katalonien betreibt, wurde nun erneut ein Urteil erlassen. Diesmal ging es um Verstöße gegen das Recht auf Streik, zu welchem die CNT im Jahr 2010 wegen der Entlassung von 107 ArbeiterInnen aufgerufen hatte. Das Urteil bestätigt die von der dortigen Sektion der CNT betriebene öffentliche Kampagne und einen bereits gefällten Richterspruch, bei dem die Entlassung der 107 ArbeiterInnen als unrechtmäßig anerkannt worden ist und bei dem festgestellt wurde, dass die Mitglieder der CNT Opfer gezielten Mobbings waren.

CNT (Cordoba | Spanien): Streik bei ABB
ArbeiterInnen des Unternehmens EULEN, die für die schweizerische ABB-Gruppe tätig waren, eröffneten vor 2 Wochen einen unbefristeten Streik als Reaktion auf die neuste Entscheidung des Unternehmens den Vertrag mit EULEN zu kündigen und stattdessen mit ADECCO zu arbeiten. Die dabei übernommenen ArbeiterInnen verlieren durch das Outsourcing bestehende Vertragsrechte. Schon länger verweisen sie auf den Betrug und den Umstand, dass sie die gleichen Tätigkeiten wie ABB-MitarbeiterInnen ausüben, nur unter schlechteren Bedingungen und für weniger Geld. Es sei daran erinnert, dass die Gewerkschaft CNT, die mit einer Sektion bei EULEN vertreten ist, erfolgreich die Einhaltung des Tarifvertrags einklagte und mit einem weiteren Urteil bestätigt bekam, dass die Sicherheitsvorkehrungen an den dortigen Arbeitsplätzen mangelhaft sind. Die Auslagerung zu ADECCO ist eine Repressionsmaßnahme gegen aktive GewerkschafterInnen; ABB versucht sich organisierter und kämpfender ArbeiterInnen zu entledigen.

CNT (Zaragoza | Spanien): AssistentInnen im Kampf
Eine weitere Folge des Konflikts bei EULEN ist die Entlassung von 103 ArbeiterInnen bei dem Unternehmen MT Educación vergangenen Sommer. Die entlassenen ArbeiterInnen organisieren sich seitdem in einem Kollektiv und fordern gemeinsam mit der CNT ihre sofortige Wiedereinstellung. Die CNT erhob Klage gegen die beteiligten Unternehmen, wohingegen die Gewerkschaft CCOO, welche im Betriebsrat des Unternehmens am stärksten vertreten ist, gemeinsam mit den politischen Parteien PP und PSOE tatenlos zusieht.

ZSP (Warschau | Polen): Boss auf Flucht
Karol, ein Leiharbeiter aus Warschau, lag aufgrund eines Arbeitsunfalls im Koma und wird den Rest seines Lebens schwerbehindert sein. Der Boss der Leiharbeitsfirma Jerzy Madziarowicz-MIX, für die Karol auf einer Baustelle tätig war, weist jede Verantwortung von sich. Nachdem nun ein Verfahren gegen ihn eingeleitet worden ist, befindet er sich auf der Flucht. Der Unfall geschah aufgrund unzureichender Sicherheitsmaßnahmen. Die ZSP-Warschau hat deshalb eine Kampagne ins Leben gerufen, bei der sie BauarbeiterInnen auffordert gegenüber ihren Bossen auf die Einhaltung von Sicherheitsstandards zu bestehen.

Internationalismus und Antiimperialismus von unten

Anarchismus und Syndikalismus in der kolonialen und postkolonialen Welt

In den Weltregionen, die dem Kolonialismus und Imperialismus unterworfen sind, spielte die anarchistische Bewegung – einschließlich ihres gewerkschaftlichen Ablegers, des Syndikalismus – eine Schlüsselrolle. Die Rolle der Anarchisten und Syndikalisten in den nationalen Befreiungsbewegungen war zentral, manchmal führend. Die Bewegungen in Asien, Afrika, Lateinamerika und der Karibik – aber auch in Teilen von Europa, insbesondere in Osteuropa und Irland – müssen als integraler Bestandteil der Geschichte der Arbeiterklasse, der Linken und der Unabhängigkeitsbewegungen in diesen Regionen betrachtet werden.

Einige linke Autoren haben den Anarchismus mit Verweis darauf als „historischen Fehler" verurteilt, dass er „fast nichts zu tun [hatte] mit den antikolonialen Kämpfen, die revolutionäre Politik [im 20. Jahrhundert] definierten"[1]. Weniger polemisch behauptete John Crump, ein mit dem japanischen Anarchismus sympathisierender Autor, der „Anarchismus hat in der ‚Dritten Welt', in den Kolonialgebieten kaum Wurzeln geschlagen"[2].

Solche Auslassungen sind in gewissem Sinne verständlich. Texte über die Geschichte des Anarchismus und Syndikalismus konzentrieren sich tendenziell auf die nordatlantischen Länder und ignorieren 80 Prozent der Menschheit und einen Großteil der Geschichte dieser Strömung. Darüber hinaus widmen diese Studien der anarchistischen und syndikalistischen Beteiligung an den antiimperialistischen Kämpfen kaum Aufmerksamkeit[3]. Das Kernproblem aber besteht darin, dass diese Behauptungen schlicht falsch sind. Anarchisten und Syndikalisten spielten in den Kämpfen all dieser Regionen, auch in Unabhängigkeitskämpfen, eine wichtige Rolle. Daher sollten die Debatten, die in der (post-)kolonialen Welt innerhalb der anarchistischen und syndikalistischen Bewegung geführt wurden, genau untersucht werden.

Anarchistischer Antiimperialismus?

Die Themen, mit denen sich diese Bewegungen konfrontiert sahen – und sehen –, sind heute noch entscheidend für revolutionäre Politik und müssen von Anarchisten und Syndikalisten auf Grundlage klarer historischer Referenzen und nicht abstrakter Losungen angegangen werden. Etwa die Frage, ob der Imperialismus geschlagen werden kann: Führen Unabhängigkeitskämpfe immer und zwangsläufig nur zur Herrschaft einer neuen Elite, wie einige meinen[4], oder können sie ein Weg zur sozialen Revolution sein? Wie können ‚rassische' Spaltungen in Arbeiterklasse und Bauernschaft überwunden werden? Dies sind Fragen, die von der Bewegung in der (post-)kolonialen Welt ausführlich diskutiert wurden; und aus ihrer aktuellen Praxis lässt sich einiges lernen.

So fanden zwei der drei großen anarchistischen Revolutionen im 20. Jahrhundert außerhalb der westlichen Welt statt und waren Teil von Unabhängigkeitskämpfen oder nationalen Befreiungsbewegungen: Die Rede ist von der Ukraine (1918–1921) und von Korea/Mandschurei (1929–1931); die dritte ist natürlich Spanien (1936–1939). Jüngste Arbeiten beginnen die bisherigen Behauptungen und irreführenden Ansätze infrage zu stellen. Ein Beispiel hierfür ist *Anarchism and Syndicalism in the Colonial and Postcolonial World, 1870-1940: the praxis of national liberation, internationalism and social revolution*, herausgegeben von Steven Hirsch und Lucien van der Walt (Brill, 2010). Mit einem Vorwort von Benedict Anderson und einer Einleitung der Herausgeber umfasst der Band Beiträge zu Argentinien (Geoffroy de Laforcade), Brasilien (Edilene Toledo und Luigi Biondi), China (Arif Dirlik), Kuba, Mexiko, Panama und Puerto Rico (Kirk Shaffer), Ägypten (Anthony Gorman), Irland (Emmet O'Connor), Korea (Dongyoun Hwang), Peru (Hirsch), Südafrika (van der Walt) und zur Ukraine (Aleksandr Shubin). Dieses internationale Team widmete sich intensiv den Berührungspunkten von Anarchismus und Syndikalismus mit der „nationalen Frage" in diesen Regionen: Das sind einerseits die ethnischen und ‚rassischen' Spaltungen in der Bauernschaft und Arbeiterklasse und andererseits die Kämpfe um nationale Selbstbestimmung und antirassistische Gleichheit im Kontext kolonialer und imperialer Machtkonstellationen.

Anarchistische Hegemonie im „Trikont"

Diese Bewegungen endeten nicht in den 1940ern, um in den 1960ern oder 1990ern wieder aufzukommen. Das sind irreführende Mythen, die sich in einem Gutteil zeitgenössischer Literatur finden, die behauptet, die anarchistische und syndikalistische Bewegung hätte mit der Niederschlagung der Spanischen Revolution „aufgehört, eine lebendige Bewegung zu sein"[5]. Ich möchte darauf verweisen, dass es bis in die 1950er und 1960er bedeutende anarchistische und syndikalistische Gewerkschaftsflügel z. B. in Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile und Kuba gab; in Korea hielt die Präsenz trotz Diktatur bis in die 1950er an; Anarchisten und Syndikalisten spielten eine bedeutende Rolle in den Untergrundkämpfen der 1950er in Russland und China sowie der 1970er und 80er in Argentinien, Kuba und Uruguay; und als die CNT im Spanien der 1970er wieder erstand, erreichte ihre Mitgliedschaft bald ein halbe Million.

Wenn wir nur die (post-)koloniale Welt bis in die 1940er betrachten, ist festzuhalten, dass Syndikalismus und Anarchismus in den Gewerkschaften Argentiniens, Brasiliens, Chiles, Kubas, Mexikos und Perus über viele Jahre hegemonial waren, und dass sie bedeutende, aber nicht beherrschende Strömungen in den Gewerkschaften Algeriens, Boliviens, Bulgariens, Chinas, Kolumbiens, Costa Ricas, Ecuadors, Ägyptens, Malaysias, Mosambiks, Panamas, Paraguays, Polens, Puerto Ricos, Südafrikas, Venezuelas und anderswo darstellten.

So wurden etwa die ersten modernen Gewerkschaften in China von Anarchisten gegründet. 1921 gab es allein in der Provinz Guangdong etwa 40 anarchistisch geführte Gewerkschaften; bis Mitte der 1920er existierte in den Gewerkschaften von Guangdong und Húnán eine „anarchistische Vorherrschaft"[6]. Auch die ersten Gewerkschaften auf der Malaiischen Halbinsel wurden von Anarchisten gegründet, die bis mindestens 1945 eine führende Rolle spielten[7]. Wenn wir uns anarchistische Bauernbewegungen anschauen, fällt ins Auge, dass einige der größten Bewegungen dieses Typs in China, Korea, Mexiko und der Ukraine zu finden sind. In Mexiko gehen anarchistische Bauernaufstände zurück bis zur Revolte von Julio Chávez López in den Jahren 1867 bis 1869, die mit anderen den Zeitraum bis zum anarchistischen Magón-Aufstand von 1911 prägte. Die mexikanischen Anarchisten hatten einen starken, wenn auch nicht allumfassenden Einfluss auf Emiliano Zapata, wie sein Programm, der „Plan von Ayala", und der zapatistische Bundesstaat Morelos belegen.

An zweiter Stelle ist der gewichtige, wenn auch komplizierte, anarchistische und syndikalistische Einfluss auf Gewerkschaften in Irland, Nordrhodesien (Sambia), Südrhodesien (Simbabwe) und Südwestafrika (Namibia) ebenso zu nennen wie der auf die aufkommenden Widerstandsbewegungen in Nicaragua und Indien. In allen angeführten Fällen überlagerten sich anarchistische und syndikalistische Strömungen mit anderen politischen Traditionen und vermischten sich zu Strömungen, die wir am besten halb-anarchistisch oder halb-syndikalistisch nennen.

In Asien, in der Karibik, in Lateinamerika und Afrika entstanden erst im Verlauf der 1920er bedeutende marxistische Bewegungen; und selbst dann dauerte es in vielen Ländern noch Jahre, bis in der Linken eine kommunistische Hegemonie hergestellt war. Das erste marxistische Buch auf chinesisch war 1920 das *Kommunistische Manifest* – zu dieser Zeit waren die Arbeiten Kropotkins in vielen asiatischen Sprachen verbreitet. Mao Zedong war Anarchist, bevor er zum Marxisten wurde – und er war damit in China keine Ausnahme. Das Ursprungsprogramm der Brasilianischen Kommunistischen Partei war anarchistisch[8]. Die erste bedeutende KP in Mexiko, 1919 gegründet, war viele Jahre lang vom Anarchismus beeinflusst. Die erste KP Afrikas wurde im Oktober 1920 mit einem grundlegend syndikalistischen Programm in Südafrika gegründet. Anthony Gorman zeigt, dass auch die 1921 gegründete Ägyptische Sozialistische Partei, Vorläuferin der Ägyptischen Kommunistischen Partei, starkem anarchistischen Einfluss ausgesetzt war und von einigen gar „die anarchistische Partei", al-hizb al-ibahi, genannt wurde.

Nationale Befreiung auf anarchistisch?

Der letzte Fragenkomplex, den unser Band aufwirft, betrifft das anarchistische und syndikalistische Verhältnis zur nationalen Frage. Einerseits ist da das Problem der ethnischen und ‚rassischen' Spaltungen unter den arbeitenden und armen Massen: Die Forschung belegt, dass Anarchisten und Syndikalisten die klassenweite Einheit verfochten und aktiv gegen nationale und rassistische Unterdrückung kämpften. Bemerkenswerte Beispiele sind Brasilien und Kuba (unter ehemaligen Sklaven), Mexiko und Peru (unter Indígenas) sowie Südafrika (unter Schwarzen, Farbigen und Asiaten).

Andererseits ist da das Feld der anarchistischen und syndikalistischen Rolle in den antikolonialen und Unabhängigkeitsbewegungen, die Fragen des strategischen Ansatzes und die Einschätzung ihres tatsächlichen Einflusses auf diese Bewegungen ins Blickfeld rückt. Ein Teil der anarchistisch-syndikalistischen Bewegung mied solche Kämpfe und verwies auf deren Fruchtlosigkeit. Auch dieser Teil war prinzipiell gegen den Imperialismus, aber tatsächlich hielt er Abstand von den nationalen Befreiungsbewegungen. Solche Strömungen hatten keinen Einfluss auf diese Kämpfe. Eine zweite Position brachte es mit sich, dass Anarchisten und Syndikalisten einen klassenübergreifenden Nationalismus unkritisch, ja enthusiastisch, übernahmen. Sie kapitulierten in diesen Kämpfen vor den Nationalisten, die auf einen neuen Staat abzielten. Dieser anarchistisch-syndikalistische Ansatz ist beispielsweise zu beobachten in Teilen der Bewegung in China, Tschechien und Korea. Der interessanteste – und historisch wichtigste – Ansatz der Anarchisten und Syndikalisten war der jener Strömung, die als unabhängige Kraft innerhalb der nationalen Befreiungsbewegungen arbeitete, um diese Kämpfe umzuwandeln in eine anarchistische soziale Revolution. Sie weigerte sich, die nationale Befreiung den Nationalisten zu überlassen. Obwohl sie in einigen Punkten mit Nationalisten zusammenarbeitete, zielte sie darauf, deren Einfluss durch das anarchistische und syndikalistische Programm zu ersetzen. Dieser Ansatz war die vorherrschende Position in der Bewegung in China und Korea; zentral war er zudem in der Bewegung in Kuba, Ägypten, Irland, Mexiko, Puerto Rico, Südafrika und der Ukraine.

Wie sind diese Ansätze zu beurteilen? Leicht festzustellen ist, dass sich die abseits stehende anarchistisch-syndikalistische Position, die die nationalen Befreiungsbewegungen ignorierte, selbst marginalisiert hat. Jene, die sich den Nationalismus zu eigen machten, wurden zunehmend in die nationalistische Bewegung integriert und, als die Nationalisten die Staatsmacht erobert hatten, vereinnahmt oder unterdrückt. Dahingegen legte jener Flügel, der die Herausforderung der nationalen Befreiungskämpfe annahm und sie übernehmen und umwandeln wollte, die Basis für die Revolutionen in der Ukraine und der Mandschurei. Vor einem abschließenden Befund jedoch, ist noch einige Forschungsarbeit zu leisten.

Lucien van der Walt
Übersetzung: A. Förster

Anmerkungen

[1] Chris Day: The Historical Failure of Anarchism: implications for the future of the revolutionary project. *Kasama Essays for Discussion*, 2009 [1996] (online als PDF), S. 5.

[2] John Crump: Anarchism and Nationalism in East Asia. *Anarchist Studies* 4 (1), 1996, S. 60 f.

[3] Bis vor kurzem war das englischsprachige Standardwerk zur anarchistischen Geschichte Peter Marshall's *Demanding the Impossible: a history of anarchism*. Fontana Press, 1993. Das Buch widmet der Welt außerhalb des Westens 33 von 706 Seiten, die schematisch und teils nicht korrekt sind.

[4] Murray Bookchin: Nationalism and the National Question. *Society and Nature* 2 (2), 1994, S. 8-36.

[5] George Woodcock: *Anarchism: a history of libertarian ideas and movements*. University of Toronto Press, 2004, S. 408.

[6] Arif Dirlik: *Anarchism in the Chinese Revolution*. University of California Press, 1991, S. 15, 27, 170; Arif Dirlik: *The Origins of Chinese Communism*. Oxford University Press, 1989, S. 214–215.

[7] D.T.K Kim, R.S. Malhl: Malaysia: Chinese anarchists started trade unions, *The Sunday Star*, 12.09.1993.

[8] J.W.F. Dulles: *Anarchists and Communists in Brazil*, 1900–1935. University of Texas Press, 1973, S. 87–90.

Anzeige

Wundersame Stalinismusheilung durch Geschichtsphilosophie?

Eine Besprechung des Buches *Jenseits von Staat, Macht und Gewalt* **von Abdullah Öcalan**

In linken Diskussionszusammenhängen macht das Gerücht schon länger die Runde: Die Abkehr der kurdischen Bewegung vom Konzept der nationalen Befreiung hin zu einem basisdemokratischen Neuaufbruch. Wie die Verhältnisse in den kurdischen Gebieten tatsächlich zu beurteilen sind, kann an dieser Stelle nicht geklärt werden; über ein paar einführende Gedanken und eine erste kurze Auseinandersetzung mit dem theoretischen Hauptwerk des „Demokratischen Konföderalismus" von Abdullah Öcalan geht der folgende Artikel nicht hinaus. Ebenso bleibt eine Analyse möglicher Gründe für den vermeintlichen libertären Umschwung des „Apo" – Generationswechsel an der Basis, Ergebnis theoretischer Überlegungen oder doch nur Verhandlungstaktik – auf der Strecke. Die Brisanz des Themas erfordert diese einschränkenden Worte, aber auch eine weiterführende, aufmerksame Beschäftigung mit dem, was sich in dem ständigen Kriegsgebiet am Ursprung von Euphrat und Tigris aktuell vollzieht.

Das Berliner Verwaltungsgericht untersagte im November 2011 eine von kurdischen Verbänden und Vereinen am 26. desselben Monats angesetzte Großdemonstration gegen das PKK-Verbot. In Deutschland sitzen etliche KurdInnen aus verschiedenen Ländern und auch einige Deutsche aufgrund der „Unterstützung einer terroristischen Organisation im Ausland" (§ 129b) im Gefängnis. Sowohl den Aufbau von Organisationsstrukturen als auch die Durchführung von Demonstrationen betreffend, hat es die türkische Rechte in Deutschland deutlich einfacher: So konnten am 22. und 23. Oktober 2011 bundesweit Demonstrationen „gegen den Terror der PKK" veranstaltet werden, auf denen Parolen und Fahnen der nationalistisch-faschistischen MHP oder auch der islamistischen Mili Görüs stark präsent waren, teilweise – je nach Stadt – sogar deutlich dominierten, ohne dass Gerichte, Polizei oder Presse daran Anstoß genommen hätten.

Die Auseinandersetzung mit der PKK und der kurdischen Bewegung ist für die deutsche Linke nicht einfach: Auf welche Informationen soll vertraut werden, wie lassen sich politische Ziele und Praktiken vor dem Hintergrund einer Situation einschätzen, die für uns kaum vorstellbar ist – die des jahrzehntelangen Krieges? Grundsätzlich lässt sich wohl festhalten, dass ein militärischer Konflikt, zumal über einen so langen Zeitraum – die PKK trat 1978 in den bewaffneten Kampf – zwangsläufig eine inhumane Logik befördert. Dass in Kämpfen und bei Anschlägen Soldaten des türkischen, syrischen oder iranischen Militärs getötet werden, mag noch grausamer Kriegsalltag sein und steht den brutalen Praktiken dieser Staaten gegenüber; die Exekutionen von PKK-Dissidenten in den 80er und frühen 90er Jahren jedoch haben in Verbindung mit einer marxistisch-leninistischen Orthodoxie der PKK den Ruf einer stalinistischen Terrororganisation eingebracht, der sie zusammen mit dem Vorwurf des Nationalismus für weite Teile der undogmatischen und libertären Linken unmöglich machte. Auf Internetseiten wie *Wikipedia* finden sich weitere abschreckende Informationen, etwa über den Einsatz von Kindersoldaten (der allerdings seit 2001 beendet sei) und den autoritären Führungsstil Abdullah Öcalans. Einiges ist jedoch auch erkennbar konstruiert, etwa wenn auf *Wikipedia* Selbstverbrennungen von KurdInnen als „Selbstmordanschläge" dargestellt werden.

Ausgerechnet Öcalan: Gegen Herrschaft und Gewalt?

Die Skepsis vieler Linker gegenüber einem angeblich undogmatischen, gar anarchistischen Neuanfang der kurdischen Freiheitsbewegung in allen Teilen Kurdistans auf den Staatsgebieten der Türkei, des Irak, Syriens und des Iran ist daher nur allzu verständlich. Gerade der Umstand, dass ein solcher Schwenk von Abdullah Öcalan, dem die Anordnung von Erschießungen wegen Verrat an der Partei und sogar Mord an parteiinternen Rivalen nachgesagt wird, ausgehen soll, sorgt für ungläubiges Kopfschütteln. Eine Bewertung dessen, was sich derzeit in den kurdischen Regionen sowie den kurdischen Communities in Europa und anderen Teilen der Welt vollzieht, kann und soll hier nicht geleistet werden; im Folgenden wird sich daher notgedrungen auf eine Wiedergabe des Inhalts des Öcalan-Buches beschränkt. Es ist ein ambitioniertes Werk, das ursprünglich auf dem VI. Kongress der PKK 1999 als Basis für die Umorientierung von Partei und Bewegung dienen sollte; aufgrund seiner Verhaftung musste Öcalan seine Schreibarbeiten unter den Bedingungen der Isolationshaft und während seines Prozesses fertig stellen, so dass das Buch erst 2004 erschien. Der rote Faden in dem Buch ist eine entschlossene Staats- und Patriarchatskritik, hergeleitet aus dem Übergang der Familien- und Clangesellschaften in die ersten Stadtstaaten, insbesondere in der Epoche der Sumerer um ca. 3000 vor Christus. Öcalan sieht in diesen Vorgängen konstituierende Momente für das Wesen des Staates und begründet somit auch sein Projekt einer *nicht-eurozentristischen Geschichtsphilosophie*. Mit den anarchistischen Klassikern Bookchin und Kropotkin sieht er in der gemeinschaftlichen, kommunikativen Tätigkeit das entscheidende Merkmal der menschlichen Existenz. Gestützt auf archäologische Befunde und entschlüsselte Keilschriften, aber zentral in der Auseinandersetzung mit der frühorientalischen Mythologie zeigt Öcalan auf, wie mit der Gründung der ersten Staatsgebilde im Windschatten der ersten Religionen entgegen der *natürlichen Gesellschaften* die Unterdrückung aller matrizentrischen Gesellschaftskonzepte zu Gunsten hegemonialer patriarchaler Strukturen einherging: Die Legende des Konfliktes zwischen dem männlichen Gott Enki und der Göttin Inanna, in welcher Enki die Errungenschaften der Zivilisation raubt und sich so zum Herrscher über Inanna und die Welt aufschwingt, bezeuge unter anderem die gewaltige Zerrissenheit innerhalb der ersten Staaten und Religionen; Enki stehe symbolisch für die Herrschaft der Priester und mit ihnen die Errichtung eines aggressiv patriarchalen Staates.

Sumerer, Marx, Quantenphysik, Foucault

Öcalan konstruiert zu keinem Zeitpunkt so etwas wie eine eigene Natur von Frau und Mann, sondern sieht alle Wesenszüge als soziale Zuschreibungen an. Der patriarchale Charakter des Staates leite sich aber vom Machtkampf zweier unterschiedlicher Organisationsformen von Gesellschaft ab, und der Staat sei schließlich als Herrschaftsmethode einer männlichen Priesterclique entwickelt worden. Für Öcalan sind Funktion und Erscheinungsbild des Staates damit vorherbestimmt: Er sei von nun an immer die Methode, mit der sich eine zu Unterdrückung und Ausbeutung bereite Gruppe die Herrschaft sichere. Öcalan verwendet einen Großteil seines Buches auf die historische und kulturelle Genese des Staates in all seinen Ausprägungen, von der Antike bis heute. Methodisch beschreibt er die Entwicklungen dabei konsequent aus der Perspektive der Leidtragenden etatistischer Gesellschaftsentwürfe und führt seine Urteile auf die frühen Stadtstaaten der Sumerer sowie seine Kritik am Patriarchat zurück. Programmatisch hält Öcalan fest: „Alle anderen Formen von Sklaverei und Knechtschaft entwickelten sich als Folge der Versklavung der Frau [...] Ohne die Versklavung der Frau zu überwinden, können auch die anderen Sklavereien nicht überwunden werden" (S.22/23), und später: „Solange die gesellschaftliche Gleichheit der Geschlechter nicht hergestellt ist, bleibt jede Forderung nach Freiheit und Gleichheit sinnlos und unerfüllbar" (S.296). Im Kontext mit den gängigen Vorurteilen über die gesellschaftliche Realität in den Staaten, in denen die kurdische Bewegung ihren Kampf führt, erscheint der politische Gehalt dieser Worte unermessbar. Parallel zu einer dezidierten Wissenschaftskritik, die sich stark an die Objektivitätsskepsis der Kritischen Theorie anlehnt, gelangt Öcalan mit Anleihen bei Marx und Foucault sowie immer wiederkehrenden Ausflügen in die Quantenphysik – der gleichberechtigte, antihierarchische Aufbau der Materie – schließlich zur Abkehr vom leninistischen Staatsentwurf, dem er sich, wie er selbstkritisch anmerkt, lange Zeit verpflichtet fühlte. Lenin habe den Staat, wie schon der politische Marx, als Methode verwenden wollen, ohne zu sehen, dass der Staat sich selbst immer Selbstzweck sei. Folgerichtig habe sich der Staat Lenins Definition „wie ein verzauberter Gegenstand" entzogen. Der Historische Materialismus, dem Öcalan ebenfalls in Bezug auf das Scheitern der Sowjetunion den Rücken kehrt, habe im Verbund mit dem Etatismus des Kommunismus in Wahrheit nur den bürgerlichen Staat als unveränderbar und naturgegeben verklärt. Die Bedingungen eines hegemonialen Kapitalismus würden schließlich heute die ohnehin auf Ausbeutung und Unterdrückung ausgelegten Zwecke des Staates ins Unendliche potenzieren.

Vom Stalinisten zum Anarcho? Schriften des amerikanischen Anarchisten Murray Bookchin fanden den Weg durch die Knastzensur und sollen großen Eindruck auf den PKK-Führer gemacht haben.

Demokratischer Konföderalismus

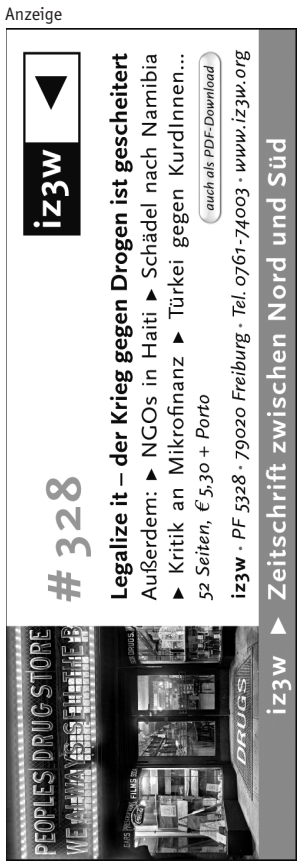
Öcalan entfaltet eine historische Dialektik, wenn er jede Bewegung des Etatismus als Reaktion im Kampf mit der sich ebenfalls weiterentwickelnden *natürlichen Gesellschaft* bestimmt. Dies ähnelt dem operaistischen Verständnis der kapitalistischen Entwicklung als fortdauernde Reaktion auf den Klassenkampf, nur dass Öcalans Fokus klar auf dem Problem des Staates liegt: Es würden immer ideelle und auch konkrete Gegenentwürfe zur staatlichen oder religiösen Herrschaft bestehen, die sich zwangsläufig aus deren Widersprüchen entwickelten – in proletarischen Milieus, im politischen wie privaten Widerstand von Frauen in islamischen Gesellschaften oder auch in der Kultur unterdrückter Völker. Ohne es zu benennen, kommt Öcalan hier dem Konzept der *Multitude* von Toni Negri nahe. Den Begriff „Volk" füllt er mit der oben bereits erwähnten anarchistischen Grundauffassung über die menschliche Existenz in Bezug auf die *natürliche Gesellschaft*, deren Motor gemeinschaftliches Schaffen und Kommunikation sei. Hier zeigen sich große kulturelle und ideengeschichtliche Unterschiede zur westeuropäischen, zumal deutschen Linken. Für so manch akademischen linken Geist hierzulande wäre es sicherlich ein leichtes, Öcalan rhetorisch in die Ecke der „Volksgemeinschaft" zu drängen. Doch ein solches Unterfangen wäre kulturell verkürzend und geradezu bösartig. Schlussendlich formuliert Öcalan Demokratie als einzigen Ausweg aus der desaströsen Lage der Menschen im Mittleren Osten. Dabei unterscheidet er Demokratie ausdrücklich von jeder auf den Staat gerichteten Politik, und führt für diese beispielhaft die von den USA etablierten Staatsstrukturen im Mittleren Osten an. Dagegen propagiert Öcalan einen auf Verständigung und anti-hierarchische Strukturen bauenden Prozess der Gewahrwerdung der eigenen Situation aller Menschen des Nahen und Mittleren Ostens.

Es gibt zaghafte Informationen darüber, dass dieser Prozess in einigen Gebieten der Osttürkei und des Nordiraks tatsächlich eingeleitet sei, dem gegenüber aber auch Informationen vor allem über die nach wie vor inhumanen Praktiken der PKK stehen. Möglicherweise finden die Gedanken in Öcalans Buch ihre Entsprechung auch mehr an der zivilen Basis als in den bewaffneten Milizen. Zudem kontrastiert der anhaltende Personenkult um Abdullah Öcalan dessen reale Bedeutung: Abgeschnitten von der Außenwelt auf der Gefängnisinsel Imrali und körperlich stark angeschlagen, schwinden die Möglichkeiten Öcalans, den Kurs der PKK nachhaltig bestimmen zu können.

Marcus Munzlinger

Öcalan, Abdullah: *Jenseits von Staat, Macht und Gewalt. Verteidigungsschriften*, Mesopotamien Verlag, Neuss 2010. 600 Seiten, ISBN: 978-3-941012-202-2, Euro 15.

Anzeige



Anzeige

Kritik organisieren.

Jungle World. Die linke Wochenzeitung.
Am Kiosk und im Netz: **jungle-world.com**

KULTURGUERILLA

Die Bakuninhütte braucht Dich!

Für weitere Reparaturmaßnahmen werden 15.000 – 20.000 Euro benötigt!

Für den Erhalt dieses seltenen Kulturdenkmals braucht der Wanderverein Bakuninhütte:

... Geld

Mit dem Einbau von 16 Fenstern geht der Rohbau in den Trockenbau über: Deshalb suchen wir Menschen, die Fensterpatenschaften (Euro 500,-) übernehmen. Aber natürlich hilft der Hütte jeder Betrag - ob als Spende (gegen Spendenquittung) oder Direktkredit. (Bitte fordere unser Informationsblatt *Direktkredite* an.)

... Sachleistungen

Du kannst uns helfen beim Ausbau oder durch Materialspenden. Jede helfende Hand, ob gelernt oder ungelernt, ist willkommen. Über alle Möglichkeiten zur Unterstützung informieren wir dich gerne!

... Weitere Informationen

Wanderverein Bakuninhütte e. V.
Ernestinerstraße 14
98617 Meiningen

www.bakuninhuette.de/hilfmit
kontakt@bakuninhuette.de

... Spendenkonto

Wanderverein Bakuninhütte
Kontonummer: 101 180 428
Bankleitzahl: 790 691 65
Genobank Rhön-Grabfeld e. G.

Anzeige

LINKSNET

Portal für linke Wissenschaft und Politik

AIB - Antifaschistisches Infoblatt | ak - analyse & kritik | an.schläge | Ansprüche | arranca! | AUSDRUCK | BIG Business Crime | Bildpunkt | Blätter für deutsche und internationale Politik | Bürgerrechte & Polizei/CILIP | Das Argument | Das Blättchen | Direkte Aktion | express | Forum Recht | FORUM Wissenschaft | GID - Der Gen-ethische Informationsdienst | Graswurzelrevolution | grundrisse | inamo | Initial - Berliner Debatte | isw - sozial-ökologische wirtschaftsforschung | iz3w - Info.zentrum 3. Welt | Kurswechsel | Lateinamerika Nachrichten | LOTTA | Lunapark 21 | Luxemburg | marx21 | Marxistische Blätter | Ossietzky | PERIPHERIE | Perspektiven | prager frühling | PROKLA | SoZ - Sozialistische Zeitung | Sozialismus | spw - sozialistische Politik und Wirtschaft | Streifzüge | sul serio | tendenz | utopia | ver.di Perspektiven | W&F Wissenschaft & Frieden | WeltTrends | Widersprüche | Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung | zag

http://www.linksnet.de

Eine menschliche, nachhaltige und soziale Politik verwirklichen.

Eine andere Politik ist machbar!

Utopische RealistInnen

Ein Interview mit Francesca Araiza Andrade, Mitregisseurin von „Noise & Resistance"

Im Sommer 2011 lief der Dokumentarfilm Noise & Resistance – Voices from the DIY Underground *in den Programmkinos mehrerer Länder an. Unsere Genossin Monika sprach mit Franny, einer der beiden Regisseurinnen, über widerständige Kultur, das Lebensgefühl des Do it yourself (DIY) und das Verhältnis von Utopie und Wirklichkeit.*

Erstmal ein Zitat aus dem Film: „Es geht nicht nur darum, gegen die Gesellschaft um uns herum zu sein, sondern auch darum, eine Alternative aufzubauen." Was ist eine Alternative zur heutigen Gesellschaft?

Es hängt von der Perspektive des einzelnen ab, im Falle des Films ist es eine Gesellschaft, die auf Solidarität, Gemeinschaft und Verantwortungsbewusstsein beruht, anstelle von Profit, Ausbeutung, Isolation und anderem Bullshit, der dich nur von den wesentlichen Dingen abhält, die nötig sind, um diese Welt miteinander zu teilen.

Ist die Alternative eine Utopie für dich? Oder ist eine alternative Lebensweise möglich? Ist die DIY-Idee noch lebendig?

In der Art, wie diese Szene die DIY-Idee praktiziert, funktioniert sie nicht für die ganze Gesellschaft, das ist eine Utopie. Aber wenn du eine Utopie verfolgst, hast du immer einen Plan und verwirklichst etwas auf deinem Weg. Natürlich wirst du auf diesem Weg auf Hindernisse und an deine eigenen Grenzen stoßen, das ist ein Kampf und nicht alles kannst du realisieren, aber das Wichtigste ist, dass du dich darauf hinbewegst. Darum denke ich, es ist cool die Utopie zu bewahren, auch wenn am Ende nicht genau das dabei herumkommt, was du erwartest hast, aber du bleibst in Bewegung und bewirkst Veränderungen.

Würdest du die Menschen in eurem Film UtopistInnen nennen? Sind diese KünstlerInnen und MusikerInnen utopistisch?

Schwierige Frage, habe ich nie drüber nachgedacht. Ich denke, es hängt von der Interpretation ab, was utopisch ist. Auf der einen Seite ist es sehr real, weil es für sie ganz gut funktioniert. Sie leben

Francesca Araiza Andrade ist seit 7 Jahren beim Filmkollektiv AK Kraak aktiv

bereits das, was vielen anderen utopisch erscheint. Natürlich kannst du sie UtopistInnen nennen im Sinne der Perspektive von jenen, die keine Veränderung wollen. Weil sie Vorstellungen haben, die für andere unmöglich sind: eine andere Welt, eine andere Gesellschaft. Im Sinne eines machbaren Entwurfes einer fiktiven neuen Ordnung der Gesellschaft sind sie ebenfalls UtopistInnen, weil sie immer noch die Idee einer anderen Welt entwickeln. Andererseits haben sie schon etwas erreicht und leben ihre Utopie - so sind sie also RealistInnen geworden.

Ihr wart sehr viel unterwegs, in Spanien, Deutschland, dann Russland, dann Schweden, die Niederlande, England. Wie kamt ihr auf die Idee für diesen Film?

Die Idee entstand zwischen meiner Kollegin Julia und mir: Wir dachten, wir machen einen Film über eine Szene ohne zu definieren, was diese Szene eigentlich ist und dass sie eine Menge zugleich sein kann. Als wir dann anfingen zu drehen, war es sicher, dass es ein Film über Musik und die Haltung dahinter werden würde, über Punk und DIY. Als wir anfingen, entwickelte sich die Idee weiter und wurde stärker politisch. Von da an, als die Idee klarer wurde, wollten wir verschiedene Bands haben, die etwas zu sagen haben, wir wollten verschiedene Länder dabei haben, wir wollten verschiedene Bewegungen porträtieren. Wir wählten einige aus, die in einer Art repräsentativ oder charakteristisch für das Land sind, wie die Hausbesetzungsbewegung in Barcelona und die queerfeministische Bewegung in Schweden, um die Szene dieses Landes zu porträtieren, aber eigentlich spricht alles für eine global verbundene Szene: Genderfragen sind nicht nur in Schweden interessant und finden auch nicht nur dort statt, genauso Antifaschismus nicht nur in Russland. So entwickelten wir die Idee während der gesamten Drehzeit weiter und es gab eine Eigendynamik, weil wir während des Drehens schauen mussten, was gerade los ist, welche Band auf Tour ist, wer mit uns reden wollte usw.

Was war der schwierigste Teil der Arbeit an diesem Film?

Russland. Es ist viel intensiver und nicht so leicht dort zu drehen. Obwohl es ein bisschen leichter für mich war, weil ich schon vorher da war und eine Reihe von Leuten vorher kannte. Aber du weißt nie genau, wie du dich verhalten musst und musst dir immer über die Risiken im Klaren sein und drehst mit der Angst im Nacken, dein Equipment und die Aufnahmen zu verlieren.

Welche Gefahr meinst du? Die Nazi-Szene?

Ja, die Nazi-Szene und das Drehen in der Stadt, wo man Probleme mit der Polizei bekommen kann – sie könnten die Kamera wegnehmen und dich verhaften. Also muss man sich über das dortige System bewusst sein.

Hast du etwas Neues oder Inspirierendes gelernt, als du diesen Film gedreht hast?

Also, ich habe einen Film über meine eigene Szene gemacht, daher habe ich nichts gelernt, was ich nicht schon vorher wusste. Aber was inspirierend war, ist, dass Punk für viele, viele Leute immer noch viel mehr ist als Musik, und die Arbeit an dem Film half mir, mir das wieder ins Bewusstsein zu rufen. Da sind so viele Leute, die vieles machen und ihre Utopie leben oder auf ihre Utopie hinarbeiten. Es geht nicht nur um Konzerte, um Stile oder Lifestyle, weil sie viel mehr wollen als das. Und für viele Leute ist es mehr eine Protest-Subkultur als eine Subkultur mit politisch korrekter Unterhaltung. In diesem Kontext ist die russische Szene sehr beeindruckend – ihre Stärke und ihre Radikalität.

Interview: Monika Kupczyk (weitere Beiträge zu Politik & Kultur von Monika auf asylon.wordpress.com)

Das komplette Interview erscheint demnächst auf www.direkteaktion.org/

Der lange Weg zurück

Endlich zu Hause: Die Bakuninhütte in Meiningen

Die Hütte kann nur zu Fuß erreicht werden." Geschichte ist Bewegung, Denken ist Beanspruchung des Körpers. Doch nichts verläuft geradlinig, nichts ist unausweichlich, kein Pfad vorherbestimmt: „Verschiedene Wege führen zur Bakuninhütte." Man kann sich dieser Hütte nur aufrechten Ganges nähern, um den so hart gekämpft wurde, für dieses Bauwerk, bei Meiningen, tief in der thüringischen Provinz. Aus der Ferne mit Gedanken betrachtet, erscheint das besagte Bauwerk wie ein robustes Gefährt durch den Sturm der Veränderung. Die Bakuninhütte, ab1925 erbaut, ist eines der sehr wenigen erhaltenen Kulturdenkmäler der syndikalistischen Bewegung vor 1933 in Deutschland.

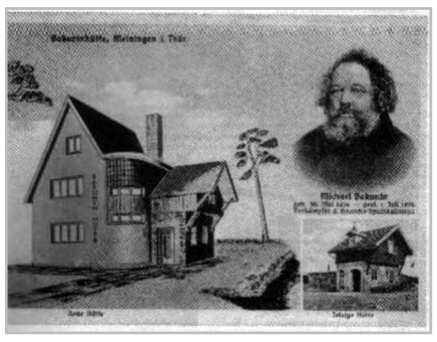
Glanz und Drama der Bakuninhütte

Die Bakuninhütte entstand in den 1920er Jahren auf einer Selbstversorgungsfläche hungernder ArbeiterInnen. Diese kamen aus Meiningen und Umgebung und waren überwiegend in der „Freien Arbeiter Union Deutschland" (FAUD) organisiert. Aus dem Gemüsefeld wurde im Laufe der Jahre erst eine einfache Schutzhütte und später ein Steinhaus und der „Siedlungsverein gegenseitige Hilfe" gründete sich. Die Kunde von diesem Ort verbreitete sich recht schnell. Neben der sonntäglichen Nutzung als Ausflugsziel und Urlaubsstätte für ArbeiterInnen aus dem damaligen Reichsgebiet fanden überregionale Treffen der syndikalistisch-anarchistischen Jugend statt. Auch Persönlichkeiten wie Augustin Souchy und Erich Mühsam machten Station in Meiningen. 1932 wurde der letzte Erweiterungsbau begonnen. Nur wenig später kam es zur Enteignung durch die Nazis, auf die eine jahrzehntelange Odyssee mit verschiedenen Nutzungen folgte: Bis 1945 diente die Bakuninhütte der SS, der Nazi-Jugend und Privatpersonen. Nach einer erneuten Enteignung wurde sie der SED Meiningen übertragen und als Jugendferienlager, betriebliche Ferienstätte, Stützpunkt für jugendliche Naturforscher und als Übungsgelände der Bereitschaftspolizei genutzt. Nach der Wende fiel die Hütte dem Bundesvermögensamt zu. Bemühungen um Rückübertragung scheiterten. Erst 2005, nachdem der Staat das historische Bauwerk immer mehr verfallen gelassen hatte, gelang der Kauf der Hütte mit viel zusätzlicher Freifläche, woraufhin sich ein Jahr später dann der „Wanderverein Bakuninhütte e.V.", Meiningen, als Nutzer- und Unterstützungsverein gründete, welcher inzwischen ca. 80 Mitglieder zählt. Wie schon in den 1920er Jahren wurde der Kaufpreis durch Spenden und Direktkredite finanziert. Mitte 2011 hat der Verein bereits Dreiviertel der noch vom Kauf offenen Darlehenssumme getilgt.

Bakunin und das Landratsamt

Begonnene Reparaturarbeiten wurden im Oktober 2009 unterbrochen: Das Bauamt des Landkreises untersagte den Zutritt und die Nutzung der Bakuninhütte. Auf keinen Fall solle heute hier eine „Wallfahrtsstätte" entstehen. So ließ sich Uwe Kirchner, Pressesprecher des Landratsamtes in Meiningen, im April 2011 zitieren. Eine Wallfahrtsstätte wofür oder für wen? Für die Erinnerung an die ursprüngliche Idee der Menschen, die die Bakuninhütte erbauten – entschiedenen Feinden des Nationalsozialismus? Oder etwa für den Namensgeber Michail Alexandrowitsch Bakunin? Sollte letzterer gemeint sein, so wäre die Angst des Landratsamtes in Meiningen von geradezu possierlicher Komik: Die Heerscharen von Bakunin-Verehrenden, die sich womöglich jedes Jahr am 1. Juli (dem Todestag des vielleicht ersten explizit *anti*-nationalen Revolutionärs) auf nach Meiningen machen – eine herrliche Paranoia deutscher Provinzverwaltungsbeamter.

Erst im März 2011 kam es zu einer Einigung mit der Baubehörde vor dem Oberverwaltungsgericht Weimar. Zwar darf nun keine Gastronomie betrieben und die Hütte nicht für Übernachtungen genutzt werden, doch nun dürfen wieder alle Sanierungsar-



Historische Spendenpostkarte der FAUD zur Unterstützung des Erhalts der Bakuninhütte

beiten durchgeführt werden. Dieser langwierige Rechtsstreit kostete den Verein mehr als 5.000 Euro.

Ein neues Kapitel

Heute, nach über 90 Jahren, scheint es so, als ob die Bakuninhütte tatsächlich wieder auf eine gesicherte Existenz als Ausflugs- und Wanderziel zusteuert. Ausstellungen sind ebenso geplant, wie die Möglichkeit für sozial engagierte Menschen Treffen abzuhalten und vieles andere mehr. Der Wanderverein Bakuninhütte e.V. hat sich inzwischen auch über den Meininger Raum hinaus einen Namen gemacht: Neben fortlaufenden Reparaturarbeiten am historischen Gebäude wurde recht viel zur Geschichte der Bakuninhütte geforscht und ein Archiv angelegt. Inzwischen verfügt das Vereinsarchiv über eine Bibliothek und weitere Zeugnisse der historischen F.A.U.D. Meiningen, Musikinstrumente, die an der Hütte erklangen und etliche Original-Fotos. Über die Bakuninhütte und den Verein wird regelmäßig wohlwollend in regionalen und überregionalen Medien berichtet: Highlights waren bisher ein Hörfunkbeitrag auf SWR II und ein Feature im *Thüringen Journal* des MDR-Fernsehens. Seit 2008 nimmt die Bakuninhütte regelmäßig an dem Tag des offenen Denkmals teil. Der Verein veranstaltet Vorträge, organisiert Wanderungen und gab 2010 eine Gedenkschrift für den ehemaligen Hüttenwart Fritz Scherer heraus. Die grundsätzlichen Sanierungsmaßnahmen sind bereits abgeschlossen, jedoch müssen Fenster eingesetzt, die Wände verputzt und die Fußböden saniert werden. Besonders wichtig ist dabei der Fenstereinbau, da dieser den Übergang vom Rohbau zum Trockenbau einleitet. Wie bisher wird der Verein auch in Zukunft darauf Wert legen, dass die jeweiligen Reparaturabschnitte von HandwerkerInnen der jeweiligen Gewerke begleitet werden, um professionelle Ergebnisse zu erzielen. Zusammen mit dem Architekten des Vereins beläuft sich der Bedarf auf 15. – 20.000 Euro, je nach Anteil der Eigenleistung. Jede helfende Hand, ob gelernt oder ungelernt, ist willkommen.

Ulysses & Marcus Munzlinger

Über alle Möglichkeiten zur Unterstützung informiert der Wanderverein unter:

www.bakuninhuette.de/hilfmit
kontakt@bakuninhuette.de

„Fair spielen und fair verlieren war ein ethisches Gebot“

Zu Fußball und Arbeiterkultur

Die Nr. 206 (Juli/August 2011) der *DA* war historischen, politischen und ökonomischen Analysen des Sports gewidmet. Mehrere Artikel bezogen sich dabei unter anderem auf den Arbeiter-Turn- und Sportbund (ATSB), der von 1924 bis 1933 eine auch international wichtige Rolle in der Organisierung des Arbeitersports darstellte.

Von besonderer Bedeutung war nicht zuletzt die Fußballabteilung, die insgesamt 73 mal eine deutsche Arbeiterauswahl aufs Feld schickte. Die Geschichte dieser Spiele wurde nun von Rolf Frommhagen in einem Band des bewährten Fußballverlags *Die Werkstatt* unter dem Titel *Die andere Fußball-Nationalmannschaft. Bundesauswahl der deutschen Arbeitersportler 1924-1932* umfassend dokumentiert. Der Inhalt des Buches ist eine anregende Mischung aus Arbeitersportgeschichte, akribisch zusammengetragener Statistik und vergnüglichem Sportjournalismus: „Eine Steilvorlage erreicht Aschenbrenner, der die überraschten russischen Verteidiger düpiert, den Torwart überwindet und die Zuschauer jubeln lässt“ (S. 60).

Die statistischen Angaben verraten nicht nur Aufstellungen, Zuschauerzahlen, Schiedsrichter, Torfolge und Trikotfarben, sondern auch eine Reihe von Details, die einen beispielsweise wundern lassen, wie die deutsche Auswahl am 4. August 1929 in Bremen ein Spiel gegen England trotz eines Eckenverhältnisses von 7:0 mit 0:4 verlieren konnte. Interessant auch der Vermerk, dass bei Arbeiterspielen des Öfteren Torrichter eingesetzt wurden – über achtzig Jahre vor dem entsprechenden FIFA-Beschluss. Abgerundet werden die Eindrücke der deutschen Arbeiterauswahl von anschaulichen Reiseberichten, wonach Zugfahrten der 3. Klasse und Geselligkeit auf schaukelnden Fähren oder auch ein finnischer Saunabesuch genauso aufregend waren wie ein Torerfolg in Kotka oder Turku.

Eine andere Fußballkultur ist möglich

Faszinierend sind die Werte, unter denen der Arbeiterfußball betrieben wurde. Sie lesen sich wie auf weiser Vorausschau basierende Versuche, die negativen Aspekte moderner Fußballkultur zu unterbinden. Unehrliches Spiel und übertriebener Siegeswille waren genauso verpönt wie die Erniedrigung des Gegners oder Starkult. Was letzteren betrifft, so wurden anfangs gar Spielerlisten unterschlagen, um nicht unnötige Aufmerksamkeit auf Einzelkönner zu lenken. Elfmeter wurden bei hoher Überlegenheit absichtlich verschossen, Torleute durch besonderes Regelwerk vor gefährlichen Attacken geschützt und Mannschaftsfotos vor dem Spiel oft in demonstrativer Einigkeit mit dem Gegner geknipst. Natürlich war nicht alles rosig in der Welt des Arbeiterfußballs. Ideologische Gegensätze führten zu Konflikten, so dass es beispielsweise zu kommunistischen Abspaltungen vom immer stärker sozialdemokratisch dominierten ATSB kam. Auch konnten eine Reihe der talentiertesten Spieler den verlockenden Angeboten bürgerlicher Vereine nicht widerstehen, beispielsweise Erwin Seeler, der Vater von Uwe, der nach Jahren beim SC Lorbeer 1906 bei Victoria 1893 Hamburg und später beim HSV landete. Individuell kann den Spielern freilich kein Vorwurf gemacht werden. Nur sehr überzeugte Sozialisten konnten sich einem zusätzlichen Verdienst und der Anerkennung des DFB auf Dauer verweigern. Dass es solche Spieler gab, zeigt nicht zuletzt die Tatsache, dass einige von ihnen, wie der Hamburger August Postler oder die Dresdner Georg Lindner und Alfred Krug, nach der Machtübernahme der Nazis in den Reihen von Widerstandsgruppen landeten und von den neuen Machthabern eingesperrt oder ermordet wurden.

Der chronologische Aufbau des Buches ist gelungen und schafft ein besonderes Spannungsmoment – schließlich will das nächste Resultat so bald wie möglich in Erfahrung gebracht werden. Besonders die Rivalität zwischen Deutschland und Österreich hat es in sich. Die zwei Länder stellten die erfolgreichsten Arbeiterauswahlen. Die Freude darüber, dass Österreich die Gesamtbilanz am Ende klar für sich entscheidet (9 Siege bei 3 Unentschieden und 3 Niederlagen), sollte uns AlpenrepublikanerInnen bei allem Antinationalismus gegönnt werden – schließlich gibt es wenig, worüber es sich in Österreich freuen lässt. Die politischen Deutungen am Ende des Buches müssen nicht von allen geteilt werden. So darf die These, dass die Tradition des Arbeiterfußballs nach dem Zweiten Weltkrieg im nunmehr geeinten DFB weiterlebte, ebenso in Zweifel gezogen werden wie die Schlussfolgerung, dass das „Experiment des gesellschaftlichen Klassensports [...] gescheitert“ sei (S. 219). In jedem Fall historisieren beide Thesen den Arbeiterfußball, während die Aufgabe wohl darin besteht, ihn wiederzubeleben. Dass es dafür konkrete Ansätze gibt, belegt der Artikel zum Arbeitersportverein Mannheim in der eingangs erwähnten DA-Nr. 206. Den Wert des Buches schmälern diese Fragen jedoch keineswegs. Ungeachtet eventueller politischer Vorbehalte werden alle an dem Werk gefallen finden, die sich für Fußball genauso begeistern können wie für die Arbeiterbewegung.

Gabriel Kuhn

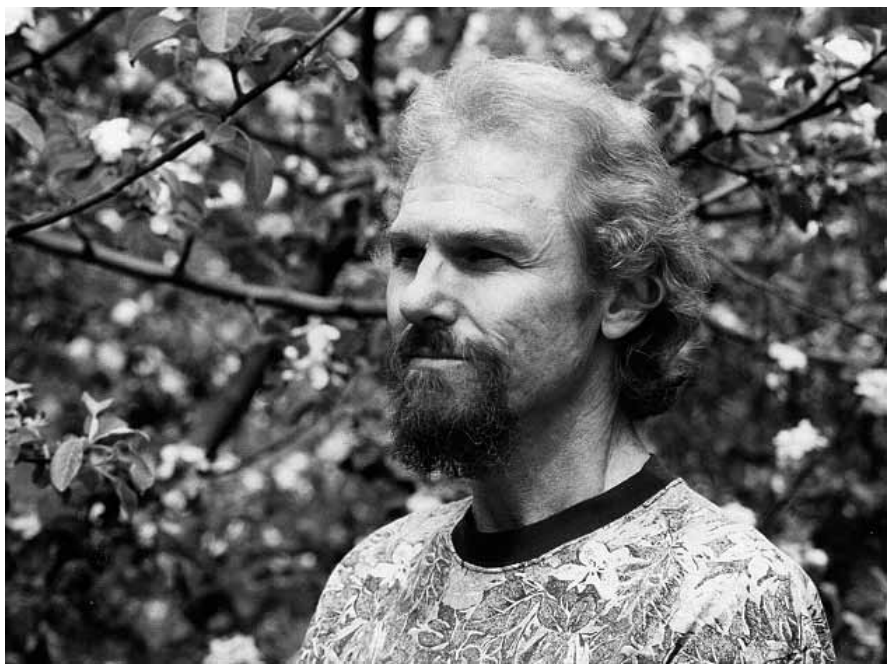
historisch präzise, politisch streitbar

Frommhagen, Rolf: *Die andere Fußball-Nationalmannschaft. Bundesauswahl der deutschen Arbeitersportler 1924-1932* Verlag Die Werkstatt, Göttingen 2011. 272 Seiten, ISBN-13: 978-3895338076, 29,90 Euro.

Transzendental meditierend auf dem Friedenspfad

Ein Gespräch mit William T. Hathaway, ehemaligem GI im Vietnamkrieg und bereits seit langem Friedensaktivist

Zurzeit arbeitet Hathaway als Dozent für Amerikanistik an der Universität Oldenburg. Mit der DA *sprach Hathaway über sein Buch* Das Ende der Kriege*, einem u.a. von Noam Chomsky überaus positiv bewerteten Werk über Militarismus und Widerstand, in dem sich allerdings ein breites Meinungsspektrum von traditionellem Antiimperialismus bis hin zu esoterisch Angehauchtem finden lässt.*



William T. Hathaway, Amerikanist und Friedensaktivist

Herr Hathaway, Sie beziehen sich auf eine pazifistische, antikapitalistische und antipatriarchale Bewegung gegen den Krieg - wie stark schätzen Sie diese gegenüber der aktuellen rechten Bewegung in den USA ein?

Verglichen mit den Rechten sind wir leider winzig.

In vielen Ihrer Texte und Gespräche taucht die Meinung auf, die BRD sei in erster Linie gefügiger Vasall der USA ohne ernsthafte eigene Machtinteressen; eine Meinung, die sich u.a. auch in rechtsradikalen deutschen Antikriegspositionen finden lässt. Greift diese Sicht nicht deutlich zu kurz?

Das war die Meinung zweier meiner Interviewten. Meiner Meinung nach verfolgt Deutschland seine eigenen Machtinteressen, die etwas bescheidener, aber genauso übel wie die der USA sind. Kapitalismus kann in der jetzigen Phase nicht anders als imperialistisch sein.

In Ihrem Buch *Das Ende der Kriege* versammeln Sie 15 unterschiedliche Perspektiven auf die aktuellen Kriege in Afghanistan und dem Irak. Sie bezeichnen jede davon als „einen Weg, der in Richtung Frieden führt“ und sagen: „Zusammen werden sie zu einem breiten Pfad“. Wäre es nicht notwendig, die Unterschiedlichkeit der Positionen auch auf den Inhalt des Zieles „Frieden“ hin zu überprüfen, anstatt sie so zusammenzufassen? Die Aussagen ihrer irakischen Interviewpartnerin Al-Marjan sind nun alles andere als pazifistisch, hinsichtlich Israels klingen sie sogar deutlich eliminatorisch.

Alle sind gegen Krieg, aber nicht alle sind Pazifisten. Wie im Vorwort steht: „Nicht alle von uns stimmen mit jedem der hier beschriebenen Ansätze überein, aber wir alle sind der Meinung, dass diese Geschichten es verdient haben, erzählt zu werden. Al-Marjan hat Verständnis für die Rachsucht ihres Bruders, unterstützt seine Gewalt aber nicht. Sie ist gegen den jüdischen Staat, aber nicht gegen die Juden.

Ein wichtiges Motiv in Ihrem Buch ist die Kritik des Patriarchats, unter anderem anhand von Schilderungen über Vergewaltigungen innerhalb der im Irak stationierten US-Truppen. Gibt es in den USA zivile Organisationen, die sexualisierte Gewalt im Kriegseinsatz thematisieren und den Opfern beistehen?

Es gibt sie, aber sie sind klein und haben wenig Ressourcen.

Dagegen halten die gesammelten Beiträge jedoch häufig eine angeblich eigene Natur der Frau, die in die kriegerische Welt des Patriachats gezwungen werde. Frauen seien friedlicher, weil sie von Natur aus Leben spendeten; in einem Beitrag zieht dann eine Mutter ihren im Krieg traumatisierten Sohn via Sex auf die Seite des friedliebenden Matriachats... ehrlich: es mag sich tatsächlich um Erzählungen von realen Personen handeln, doch der die absurdesten Geschlechterklischees bedienende esoterisch-naturalistische Gedanke dürfte so mancheR LeserIn die Lektüre deutlich vermiesen. Wie stehen Sie zu solch einem Mist?

Solche Liebe könnte eine Art Anarchismus sein, indem sie die patriarchalischen Muster bricht.

Die Frage, ob ein Teil unseres geschlechtsspezifischen Verhaltens angeboren ist, ist wichtig und kompliziert. Sie lässt sich nicht nur aus Theorien heraus beantworten, und sie ist schwer zu erforschen. Ich glaube, falls unser Verhalten teilweise angeboren ist, ist dieser Teil klein und nicht entscheidend. Wir sollten weiter versuchen, die Unterschiede zu verringern und sehen, wie weit das geht. Gleichzeitig sollten wir die Forschung fortsetzen. Hauptsächlich sollten wir uns einfach gegenseitig wertschätzen.

Die Schilderungen über die Kriege in Afghanistan und im Irak, die Sie in *Das Ende der Kriege* versammelt haben, sind bedrückend, und sowohl Mut als auch organisatorische Stärke der Netzwerke zur Unterstützung von US-DeserteurInnen beeindruckend. Wäre dieses Thema nicht groß genug für ein Buch gewesen? Wieso diese Vermischung mit so vielen anderen, zum Teil äußerst fragwürdigen Themen?

Je fragwürdiger, desto besser! Wir müssen für neue Erkenntnisse offen bleiben.

Viele Linke (leider besonders in Europa) lehnen Verfahren wie Transzendentale Meditation ab, weil sie nicht in ihre Weltanschauung passen. Aber diese Weltanschauung ist zum Teil im Materialismus des 19. Jahrhunderts hängen geblieben. Der ist zu einer Ideologie geworden, die sie gefangen hält. Die moderne Physik hat entdeckt, dass die Grundlage des Universums nicht Materie ist, sondern Energie. Materie manifestiert sich kontinuierlich aus einem einheitlichen Feld von abstrakter, nicht-materieller Energie und löst sich wieder darin auf. Werner Heisenberg hat festgestellt, dass dieses Feld mit unserem eigenen Bewusstsein verbunden ist.

Während der Transzendentalen Meditation bringen wir unseren aktiv denkenden Geist zu dieser Verbindung mit dem einheitlichen Feld und regenerieren uns mit seiner Energie. Es mag komisch klingen, aber es funktioniert. Viele Leute, darunter ich, haben jahrzehntelange Erfahrung damit und können jetzt klarer denken und besser mit Stress umgehen. Im Esoterikbereich gibt's bestimmt eine Menge Spinner, aber TM ist etwas Anderes.

Die Wirkung von großen Meditationsgruppen auf Kriege ist gut erforscht und wissenschaftlich bestätigt. Bewusstsein, sowohl individuell als auch kollektiv, ist das Neuland der Wissenschaft. Aber unsere Vorurteile können uns diesen neuen Entwicklungen gegenüber blind machen.

Herr Hathaway, danke für dieses Interview.

Marcus Munzlinger

Hathaway, William T.: *Das Ende der Kriege. Wie Kriegsgegner in Deutschland, Amerika, Afghanistan und im Irak für den Frieden kämpfen*. Jesbin Verlag, Oldenburg 2011. 188 Seiten, ISBN-13: 978-3939276043; 14,90 Euro.

DA Kultur präsentiert:

☞Kiel
Sa. 25. Februar, 14 Uhr
Kulturzentrum Hansa 48
(Hansastraße 48)
Street Art zwischen Revolte, Repression und Kommerz
am Beispiel der Pariser Graffiti-Künstlerin Miss.Tic und des Hamburger Sprayers OZ. Vegan/vegetarischer Brunch 10-14 Uhr, danach Buchvorstellung, Vortrag, Film.

Woher rührt die subversive Kraft von Graffitis und das nicht erlahmende Verfolgungsinteresse staatlicher Repressionsorgane? Was Street Art ausmacht, ist die politische Dimension in Form von Illegalität und der Aneignung von Stadt - viel mehr noch als ihr künstlerisches Erscheinungsbild. Diese Tatsache bewahrt die Kunst nicht vor der Kommerzialisierung, so die These von Rudolf D. Klöckner von www.urbanshit.de. In Hamburg wurde Walter F. alias OZ für insgesamt 8 Jahre in den Knast geschickt, nur weil er seine immer gleichen Smiley-Zeichen auf die Rückseiten von Verkehrsschildern oder auf hässlich-graue Bunkerwände sprayte. In Paris verzierte Miss. Tic mit poetischen Pochoirs Häuserwände ganz in der Tradition des Situationismus. Auch sie wurde dafür angeklagt, um sich nur wenig später als hip-angesagte Künstlerin in ihrem Ansinnen, sich einen Platz in der Kunstgeschichte zu erobern, bestätigt zu fühlen.

Jorinde Reznikoff und KP Flügel haben in der *Edition Nautilus* das Buch *Bomb it, Miss.Tic* herausgegeben und sowohl die widersprüchliche Karriere der Graffiti-Künstlerin als auch den Prozess gegen OZ journalistisch verfolgt. Im Rahmen der Veranstaltung wird zu diskutieren sein, inwieweit Street Art ihren rebellischen Ursprungscharakter als „Aufstand der Zeichen“ noch bewahren kann, oder ob sie sich dem Verwertungsinteresse des kapitalistischen Kunstbetriebs nicht mehr widersetzen kann.

Was will die FAU-IAA?

Wir Anarcho-SyndikalistInnen haben die herrschaftslose, ausbeutungsfreie, auf Selbstverwaltung begründete Gesellschaft zum Ziel.

Die Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen ist die grundlegende Idee des Anarcho-Syndikalismus.

Daher lehnen wir die Organisation unserer Interessen in zentralistisch aufgebauten Organisationen ab, da diese stets Machtkonzentration und Hierarchie bedeuten. Weder soll, noch kann mensch mit StellvertreterInnen-Politik wie sie z.B. von reformistischen Gewerkschaften, Parteien und Kirchen betrieben wird, unsere Interessen durchsetzen.

FAU★IAA

Dagegen sind wir direkt und indirekt lohnabhängigen Menschen für Selbstorganisation in unabhängigen Betriebs-, Branchen- und Ortsgruppen. Diese sind bundesweit (in der FAU) und international (in der IAA) zusammengeschlossen.

Zur Durchsetzung unserer Ziele und Forderungen dienen uns sämtliche Mittel der Direkten Aktion, wie z.B. Besetzungen, Boykotts, Streiks etc. Im Gegensatz dazu lehnen wir die parlamentarische Tätigkeit in jeglicher Form ab. Mit dieser Art von Organisation verbinden wir die Möglichkeit, Vereinzelung und Perspektivlosigkeit aufzuheben und so für eine revolutionäre Veränderung auf freiheitlicher Grundlage zu kämpfen.

Da die Macht und die Stärke des kapitalistischen Systems in der privaten bzw. staatlichen Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und in der tagtäglichen Ausbeutung der arbeitenden Klasse begründet sind, ist der ökonomische Bereich der Hauptansatzpunkt für den antikapitalistischen Kampf.

Revolutionäre Arbeit in den Betrieben trifft den Kapitalismus nicht nur in seinen Erscheinungsformen, sondern an seiner Wurzel. Diese Arbeit kann nur erfolgreich sein, wenn in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichzeitig revolutionäre Arbeit geleistet wird, da alle Kämpfe in einer Wechselbeziehung zueinander stehen.

Alle Menschen, die in diesem Sinne mit uns zusammenarbeiten wollen, sind uns willkommen.

Ein Aufrechter durch die Zeiten

Des letzten Rätsels Lösung: Fritz Scherer, Anarchosyndikalist in vier deutschen Staaten und guter Geist der Bakuninhütte

Auch die Aufrechten müssen sich manchmal wegducken, wenn es hageldick kommt. „Fritze“ (1903-1988), wie seine Freunde ihn nannten und wie er selbst in Briefen oft unterzeichnete, das war ein selten Aufrechter. Der Sturm des autoritären Zeitgeistes konnte ihn zwar biegen, aber nicht brechen.

Fritz Scherer, ein kleiner drahtiger Mann, war nicht auf den Mund gefallen. Als belesener Buchbinder hatte er auf Schusters Rappen die damals so erreichbare kleine Welt erkundet. Der Erste Weltkrieg und die Arbeitskämpfe des frühen 20. Jahrhunderts hatten ihn sich auf die Seite der idealistischen Jugend- und Wanderbewegung und der anarchistischen ArbeiterInnen-Bewegung schlagen lassen. Als wandernder Geselle Mitglied der FAUD, knüpfte er überall Beziehungen. So auch in Meiningen, Thüringen, wo FAUD-Mitglieder auf einem bewaldeten Bergrücken einst die „Bakuninhütte“ erbauten. Fritz wurde zeitweilig ihr Hüttenwart und blieb lebenslang im Herzen mit ihr verbunden. Erst durch ihn erfuhr die Nachkriegsgeneration von dem Bau, der nach drei Beschlagnahmungen durch drei deutsche Staaten wieder *zurückgekauft* werden musste. Nach Zeiten als SS- und Polizei-Hütte wird die Bakuninhütte nun wieder eine libertäre Wanderhütte, nach dem Sinn ihrer ErbauerInnen. Fritz‘ Grabstein steht nun als Gedenkstein dort.

Fritz hatte Nazi-Reich und Krieg als Buchbinder der Berliner Feuerwehr glücklich überlebt. Notgedrungen unauffällig lebend, fertigte er trotzdem Widerstandsflugblätter. Auch hielt er Kontakt mit FAUD- und Anarch@genossInnen und half vielen Menschen mit Rat und Tat und Lebensmittelpäckchen, insbesondere Familien von inhaftierten oder kriegsgeschädigten GenossInnen. Von 1941-45 wurde Fritz noch Sanitäter. Ausgerechnet in Meiningen kam er als Kriegsgefangener an und mit Hilfe von Genossen frei.

Viele anarchistische und verbotene Bücher, sowie anderes historisches Material, rettete der Buchbinder über den Krieg. Ende der 1960er erhielt Fritz aus Meiningen sogar das Bakuninhüttenbuch, das er liebevoll restaurierte.

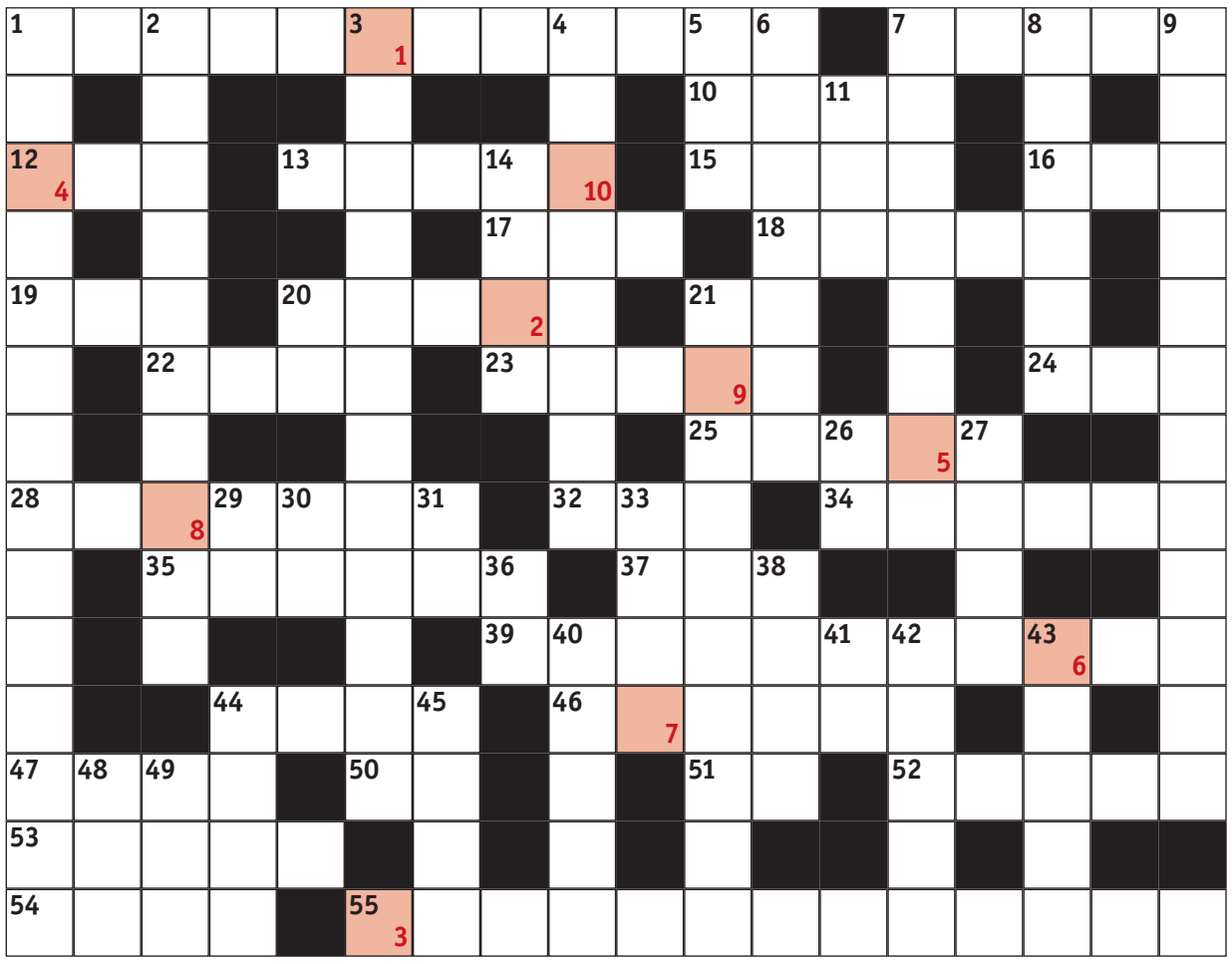
Nach dem Krieg knüpfte „Fritze“ sofort wieder per Brief und Besuch Beziehungen zu überlebenden AnarchistInnen. Er versuchte zusammen mit ihnen den Anarchosyndikalismus in „Trizonesien“, Berlin und der SBZ wiederzubeleben - lange Zeit vergeblich. Zu viele waren dahin und die Bürden der Nachkriegszeit und des Kalten Krieges legten allzu viele Hindernisse in den Weg. Erst in der rebellischen „1968“er Zeit ergaben sich lebendige Kontakte zu jungen GenossInnen. Der alte erfahrene Anarchosyndikalist händigte ihnen nach und nach das unter Lebensgefahr gerettete Vermächtnis der deutschen libertären Bewegung aus.

Als 1988 der „A-Laden Berlin“ eröffnete, nannte dieser seine Bibliothek „Fritz-Scherer-Gedenkbibliothek“, zu Ehren des kleinen großen Mannes, Freundes und Genossen, der gerade von uns gegangen war.

Ralf G. Landmesser / LPA Berlin

Fritz Scherer als junger Mann

Sozialrevolutionäres Kreuzworträtsel Nr. 74



1	2	3	4	5	6	7	8	9	10

Waagerecht

1. einer der Organisatoren der Antikriegsbewegung in der kaiserlich-deutschen Kriegsmarine (1917 erschossen), Vorname: Max 9. in den 90er Jahren half eine internationale gewerkschaftliche Hilfskampagne, diese multiethnische Industriestadt in Bosnien am Leben zu halten, die nie von nationalistischen Parteien regiert wurde 10. knapp verpassen: um ein ~ verfehlen 12. indirekte Steuer, die wir bei jedem Brot und jedem Stück Butter an den Staat zahlen 13. US-Bundesstaat mit der längsten Grenze zu Mexiko 15. Widerhall, Rezeption 16. slowenischer Männername, z.B. ~ Kronaveter, Profifußballer bei FC Energie Cottbus 17. Kraftfahrzeug, das zum gewerblichen Personentransport oder Gütertransport dient <Abk.> 18. Paddelboot, Grönländer 19. Musikrichtung vertreten etwa durch die Bands Blechreiz und El Bosso & die Ping-Pongs 20. die Stadt Stralsund, die Autofirma Skoda und ungarische Faschisten des 20 Jh. führ(t)en dies im Wappen 21. Kfz-Kennzeichen für Ludwigsburg 22. keine ~ Mark oder keinen ~n Euro zahlen wollen: keinen einzigen 23. Inselstaat im Pazifik 24. kostenlos, umsonst: für ~ 25. als AutofahrerIn akustisches Warnsignal geben 28. ob aufrichtige RätekommunistIn, taktierende TrotzkistIn oder starrsinnige StalinistIn, viele Linke bezeichnen sich als ~ <männl. Form> 32. erster Namensteil der niederländischen Hauptstadt 34. seit 1912 herausgegebene russische Tageszeitung (1917-91 Parteiorgan der KPdSU) 35. politischer Skandal um verdeckte Parteispenden in der BDR der 1980er: Flick-~ 37. internationale Organisation für die Normierung von Maßeinheiten <Abk.> 39. beliebter anarchosyndikalistischer Demo-Slogan: Wer hat uns verraten? Die Sozialdemokraten! Wer war mit dabei? Die ~ 44. Fernsehkanal für Kinder und Jugendliche <Abk.> 46. deutscher Elektropunk-Musiker, Vorname: Frank bzw. Knarf 47. japanischer Reiswein 59. Blutkonserve <Abk.> 51. zwei Vokale 52. Dativpronomen von „Sie“ 53. genau, sorgfältig 54. Ölpflanze, deren Anbau zeitweise von der EU stark gefördert wurde 55. enorme Entwicklung (der Qualität, Leistungsfähigkeit usw.)

Hinweis zum Rätsel: Umlaute (ä, ö, ü) bleiben, das ß wird (falls vorhanden) als „ss“ geschrieben.

Senkrecht

1. ChefIn, die häufig oder gerne feuert <männl. Form> 2. Begriff aus der Pathologie: in der Organwand gelegen 3. Bezeichnung der „Likedeeler“ für die von ihnen bekämpften reichen hanseatischen Händler 4. skandinavisches Wort für Deutschland 5. zu Lebzeiten Bürgersohn und Leninist, nach dem Tod millionenfache T-Shirt-Ikone 6. Form des Ackerbaus im tropischen Regenwald 7. Schadprogramm; im Herbst 2011 entdeckte der Chaos Computer Club eine staatliche Spionagesoftware, die man prompt Bundes~ nannte 8. Organisationsform des „künstlerischen Volksschaffens“ in der DDR: ~ schreibender Arbeiter 9. Prozess der, nach Marx, die Vorgeschichte des Kapitals und der kapitalistischen Produktionsweise bildet: ursprüngliche ~ 11. plötzlich auftretende Einsicht in die Lösung eines Problems: ~-Erlebnis 14. Gewürz- und Heilpflanze 20. Bezeichnung dafür, dass ein Werk keinem Urheberrecht mehr unterliegt (oder ihm nie unterlegen hat) <engl. Abk.> 21. wer arbeitet und nichts zu verlieren hat als seine/ihre Ketten <männl. Form> 26. Abkürzung mit der Bedeutung: etc., usw. 27. Spaßmacher, Tölpel 29. Limousinenbaureihe des britischen Herstellers Jaguar, seit 2008 auf dem deutschen Markt <Abk.> 30. englisch für „wenn“ und „falls“ 33. jemandem eine Ohrfeige geben: jemand ~ hauen 38. in diese europäische Hauptstadt flüchteten in und nach 1933 etliche deutsche Linke 40. aus (gebranntem) Ton 41. Kurzname für ein legendäres Jazzlokal in Hamburg, 1970-85: Onkel ~ 42. super, toll <rückwärts!> 43. Gemeinde im Landkreis Lörrach 44. nerven, ärgern: auf den ~ gehen 45. wiederaufladbare Batterie 48. Herausgeber symbolistischer anarch. Literatur in Frankreich der 1890er Jahre, Autor von „Leben, ohne zu warten“ (Edition Nautilus): Xo d‘~ 49. Landspitze, vorspringender Teil einer Küste

Wieder gibt es ein DA-Abo (sechs Ausgaben) zu gewinnen. Wenn ihr bereits ein Abo habt, wird es einfach um sechs Ausgaben verlängert. Das Lösungswort könnt ihr der DA-Aboverwaltung schicken, entweder per E-Mail <da-abo@fau.org> oder per Post (DA-Aboverwaltung, c/o FAU München, Schwanthaler Str. 139 Rgb, 80339 München).
Gewinner#208: Jörn Z. aus Neubrandenburg

Auflösung # 73

```
BETRIEBSBESETZUNG
U A D   P   T E   U C
MEUTE JÄGERMEISTER
M   VOR T MA N C   E
ELB GUT LINEA H   U
L VERFÜGUNGSGEWALT
SABRA V N   SELEN Z
T   M   WACKERSDORF
R ARMADA   NN ET   E
ELBE   THEO DR JUL
I   NEXÖ A WWW QUAD
KARTEILEICHE A N T
 L E   E T OHIO T
YPSILANTI WERKBANK
```

DA DIREKTE AKTION anarchosyndikalistische Zeitung

anarchosyndikalistische Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union (FAU-IAA)

Direkte Aktion
c/o FAU München
Schwanthaler Str. 139 Rgb
80339 München

ISSN 0949-1872

Redaktionsanschriften:
BuG: da-bug@fau.org
Globales: da-globales@fau.org
Hintergrund: da-hintergrund@fau.org
Kultur: da-kultur@fau.org
Zeitlupe: da-zeitlupe@fau.org
Schlussredaktion: da-schlussredaktion@fau.org
Anzeigen: da-sanzeigen@fau.org

Verleger: Direkte Aktion e.V., c/o DFG-VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/M.

ViSdP: Patrick Lohner

Druck: Union Druck Berlin

Redaktionsschluss DA 210: 10. Februar 2012

Eigentumsvorbehalt: Die Zeitung ist solange Eigentum des Absenders, bis sie an den Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts.